

Zusatz Einkommen:

Die Frau ist gezwungen, neben den beschriebenen Arbeiten für die täglichen Mahlzeiten zunehmend auch für die wachsenden Familienausgaben etwas dazuzuverdienen, selbst dann, wenn der Mann ein regelmäßiges Einkommen hat. In größeren Orten verkaufen die Frauen häufig vor ihren Haustüren selbstzubereitetes Fettbackenes, gekochte Maiskolben, Getränke oder Früchte, die sie auf ihrem Hof angebaut haben. Viele Frauen versuchen als Kleinst- und Zwischenhändlerinnen auf Märkten und Straßen etwas Geld zu verdienen.

Für die Frauen auf dem Land ist es schwieriger. In bestimmten Gegenden baut die Frau allein oder mit anderen gemeinsam Gemüse für den Verkauf an. Die Ernte zu verkaufen heißt jedoch, den Transport zum nächsten Markt zu gewährleisten. Das kann 10 bis 20 km Fußweg bedeuten. Des Weiteren sammeln die Bäuerinnen in der Trockenzeit Holz, das — zu Bündeln geschnürt — an den Straßen und Pisten den vorbeikommenden Reisenden feilgeboten wird. In einigen Gebieten in Obervolta verdienen die Frauen z. B. Geld mit Bierbrauen aus Hirse. Sie versuchen auch ihre handwerklichen Erzeugnisse zu verkaufen (Körbe, gefärbte Stoffe, Töpferwaren u. a.). Diese sind jedoch oft nicht mehr konkurrenzfähig gegenüber den fabrikmäßig hergestellten. Importierte Emailleschüsseln z. B. oder etwa bedruckte Stoffe aus Holland sind billiger.

Es gibt in Westafrika sicher auch Frauen, die aus traditionell reichen Familien kommen oder durch Wirtschaftsbeziehungen der Kolonialmächte reich geworden sind. Das sind die Frauen, die z. B. in Dakar/Senegal Fischkutter besitzen, den Markt in Accra/Ghana beliefern, Stoffe in Mali einkaufen und in den Küstenländern absetzen oder Webateliers ihr eigen nennen. Doch diese Frauen bilden eine Minderheit im Vergleich zu denen, die in der Subsistenzwirtschaft oder in den Städten am Rande des Existenzminimums leben.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Frauen auf dem Lande Schwerarbeit leisten. Ihren traditionellen Status und ihre soziale Sicherheit haben sie verloren. Modernisierungstendenzen in der Landwirtschaft, die das Ziel haben, die afrikanischen Märkte als Rohstoff/Nahrungsmittellieferanten in den Weltmarkt zu integrieren, richten sich hauptsächlich an den afrikanischen Mann. Als Folge davon steigt die Arbeitsproduktivität der Männer, während die der Frau im besten Fall statisch bleibt. Der Wandel von traditioneller zu moderner Landwirtschaft tendiert somit dazu, den Status der Männer auf Kosten der Frauen zu heben.

Uns Frauen, die wir im Bereich der Entwicklungspolitik arbeiten, ist diese Entwicklung erst vor kurzem klar geworden. Wir wollen deshalb in Zukunft verstärkt auf die besondere Benachteiligung der afrikanischen Frauen durch sogenannte „Entwicklungshilfe“-projekte hinweisen. Einige Erfahrungen aus persönlicher Anschauung sollen als Mappeneinlage den Anfang machen.



Weiterführende Literatur

- Ba, Mariama: Ein so langer Brief, Wuppertal 1981.
- Kossodo, Blandina Lee: Die Frau in Afrika, Ffm. 1980.
- Bruchhaus, Eva-Maria: Was bringt Entwicklungshilfe den Frauen in Afrika? in: E+Z 9/79, Bonn 1979. S. 13 ff.
- Mies, Maria: Gesellschaftliche Ursprünge der geschlechtlichen Arbeitsteilung, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Nr. 3, München 1980, S. 61 ff.
- Hortsmann-Neun, Regina: Djenah. Meine Schwarze Freundin erzählt. Gelnhausen und Berlin 1982.
- Meillassoux, Claude: Die wilden Früchte der Frau, Ffm. 1976.
- Thiam, Awa: Die Stimme der schwarzen Frau, Reinbek 1981.
- Schöpflin, Ninon: Difficultés et Espoirs de l' Animation Féminine en Pays Dida, Berlin (WFD) 1975.
- Wyss, Tainara: Die Frauen von Achada Leitao, Broschürenreihe der Amílcar-Cabral-Gesellschaft.
- Bosserup, Ester: Die ökonomische Rolle der Frau in Afrika, Asien, Lateinamerika, Stuttgart 1982.



Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. ASW
Weltfriedensdienst e.V. WFD

FRIEDRICHSTR. 236, 1 BERLIN 61

Spenden an Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, BLZ 1100101 11
Konto: 1600194500

Gosshner
Mission

WIR SIND NICHT DÜMMER ALS UNSERE MÄNNER

Ansätze der neuen palästinensischen Frauenbewegung

„Frauen ihre gemeinsamen Interessen erkennen zu lassen und sie dazu anzuleiten, sich selbst zu organisieren, ist eine schwere und langwierige Arbeit. Besonders dort, wo die Gesellschaft in festen traditionellen und patriarchalischen Strukturen lebt, in engen, familienorientierten, religiösen Gemeinschaften, in denen Frauen traditionell die Rolle der Hausfrau und Mutter zugeordnet ist. Wenn man Frauen ermutigen will, aus ihrem abhängigen Leben auszubrechen, so geht das nur, wenn man ihnen gleichzeitig Alternativen anbietet.“

So faßte ein führendes Mitglied eines Frauenkomitees in der Westbank/Palästina die Einschätzung und Grundlage der Arbeit der palästinensischen Frauenbewegung zusammen.

Frauenorganisationen haben in der palästinensischen Gesellschaft eine lange Tradition. In Abgrenzung zu diesen, von Frauen aus der städtischen Oberschicht getragenen, überwiegend karitativ ausgerichteten und hierarchisch organisierten Frauenvereinigungen, hat sich seit 1978 eine neue progressive Frauenbewegung in den besetzten Gebieten entwickelt, die derzeit von vier größeren Frauenorganisationen getragen wird. Es gibt unterschiedliche Schwerpunktsetzungen. Gemeinsames Anliegen ist ihnen jedoch, Frauen-Selbsthilfe anzuregen und zu unterstützen. Sie streben eine möglichst breite Mobilisierung und Organisation von Frauen gerade aus den sozial und wirtschaftlich schwächsten Schichten (Dörfer, Flüchtlingslager, Fabrikarbeiterinnen) an, um gemeinschaftlich und in Eigeninitiative Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen als Frauen zu erreichen. Um die sozio-kulturellen Bedingungen, die für die Rolle der Frau in der palästinensisch-arabischen Gesellschaft bestimmend sind, und an denen die neue Frauenbewegung ansetzt, besser verstehen zu können, möchten wir entsprechende Auszüge aus dem im Mai 1983 erstmals in den besetzten Gebieten erschienenen Frauen-Magazin „Die Stimme der Frau“ wiedergeben. Wir haben uns dabei auf Ausschnitte beschränkt, die die Lebenssituation dörflicher Frauen beschreiben.

Hindernisse auf dem Weg zur Befreiung der Frau

Nur Okrut, Sozialarbeiterin:

„Wir Frauen haben viel Energie, die wir aus folgenden Gründen nicht voll einsetzen können:

keinen Wert. Es gibt wenige Männer, die ihren Frauen Gelegenheit geben, an weiterbildenden Kursen, die von verschiedenen Institutionen angeboten werden, teilzunehmen. Die Frauen werden insbesondere dann an der Teilnahme gehindert, wenn dafür bezahlt werden muß.

Ich glaube, daß die Probleme der Dorffrauen meistens durch die traditionelle Rolle des Mannes bestimmt sind, und dadurch werden ihre eigenen Möglichkeiten, sich aus ihrer traditionellen Rolle zu befreien, beschränkt. Auch gebildete junge Männer sind stark von dem Willen ihrer Familien abhängig und müssen befolgen, was die ältere Generation von ihnen verlangt. Damit übertragen sie diese Einstellung auf ihre eigene Familie und insbesondere ihre Frau.

keine Verkehrsverbindungen zur nächsten Stadt, keine Wasserleitungen. Diese schwierigen Lebensbedingungen wirken sich in erster Linie nachteilig für die Frauen aus, die für die Versorgung ihrer Familie zuständig sind.

Ich halte es für notwendig, daß die Frauenorganisationen ihre Arbeit in den Dörfern verstärken. Sie müssen dort Vorträge und Beratung für die Frauen veranstalten. Außerdem müssen Projekte entwickelt werden, die den gesellschaftlichen Bedingungen der Frauen im Dorf entsprechen und sie befähigen, ihre Energien produktiv einzusetzen. Wir müssen uns an unsere Männer wenden, ob jung oder alt, damit die Entwicklung der Frauen nicht behindert sondern gefördert wird!“



Es gibt nur wenige Frauen in den Dörfern, die einen Sekundarabschluß haben. Die Familien begnügen sich in der Regel mit der Grundschulausbildung für ihre Töchter, bevor sie verheiratet werden. Heiraten sie nicht gleich, so haben sie die Chance, die Schule bis zur 9. Klasse zu besuchen, dann müssen sie jedoch sofort heiraten. So haben nur sehr wenige Frauen den Sekundarabschluß, und diese werden nicht selten diskriminiert, weil sie noch unverheiratet sind. Hierzu kommt auch noch, daß es in den Dörfern kaum Arbeitsplätze für Frauen gibt, die z. B. ein Universitätsstudium beendet haben. Ein Beispiel: Eine Frau beendet ihr Studium und kam in ihr Dorf zurück. Sie suchte verzweifelt im Rahmen ihrer Ausbildung und in der Nähe ihres Dorfes Arbeit. Schließlich fand sie sich damit ab, auf den Ehemann „zu warten“. Sie ist sich bewußt, daß der Ehemann nicht ihrer Wahl entspricht, aber dies scheint tausendmal besser zu sein, als unverheiratet zu bleiben.

Trotz einiger Fortschritte herrscht in vielen Dörfern ein Mangel an Dienstleistungen (Gesundheitsversorgung, Berufsbildungs- und Freizeitangebote). Es gibt in vielen Dörfern keine Elektrizität, Kanalisation,

Befreiung erfordert Mut und Ermutigung

Für Adun Abu-Farha ist die Erkenntnis eines arabischen Soziologen Ausgangspunkt für ihre Mitarbeit im Frauenkomitee des Dorfes Ramon: „Es ist unmöglich, die arabische Gesellschaft zu verändern, solange sich die Situation der arabischen Frau nicht verändert. Denn sie ist diejenige, die den arabischen Menschen formt.“

Die Frauen, die selber begonnen haben, für eine Veränderung ihrer Situation zu arbeiten und zu kämpfen, „befinden sich in einem wichtigen aber auch gefährlichen Entwicklungsstadium. Sie werden bedroht und bestraft, weil sie danach streben, sich aus ihrer Abhängigkeit zu befreien und ihre Bildung zu verbessern. Die Frau wird von der Dorfgesellschaft als 'niedriges Objekt' angesehen. Sie wehrt sich dagegen, als schwach, dumm und ängstlich bezeichnet zu werden. Sie will vielmehr beweisen, daß sie unter den gleichen Bedingungen wie die der Männer ebenso produktiv sein kann, ja in manchen Bereichen sogar leistungsfähiger. Aber ihre Rolle ist von der Gesellschaft immer noch auf die Kindererziehung und Versorgung der Familie durch landwirtschaftliche Arbeit beschränkt. Die Arbeit außerhalb des Dorfes ist in der Regel verbo-

- 1) das Fehlen einer Macht, die unsere Interessen vertritt,
- 2) die Unruhe und Unsicherheit des Einzelnen, der Familie und unserer ganzen Gesellschaft,
- 3) die schlechte wirtschaftliche Lage, die zur Abwanderung von qualifizierten Kräften führt.“

Den Entfaltungsmöglichkeiten der Frauen in den Dörfern, einer Mehrheit, stehen darüber hinaus weitere Hemmnisse im Wege: „Die Einstellung des Mannes im Dorf, der die Frau als seinen Besitz betrachtet, als Hausfrau und Dienerin für ihn und seine Kinder. Ihre Weiterentwicklung hat für ihn

ten und wird nur bei größter materieller Not geduldet. In diesem Fall bestimmt die Familie den Arbeitsplatz und verfügt über den Lohn.

Das Frauenkomitee in Ramon hilft den Frauen, ihre Fähigkeiten zu erkennen und zu entwickeln, um ihre soziale Stellung zu verbessern.

Sie sollen ermutigt werden, sich aktiver in die Dorfgemeinschaft und die Gesellschaft einzubringen. Dafür bietet das Frauenkomitee ein Alphabetisierungsprogramm und Nähkurse an und organisiert einen kostenlosen Gesundheitsdienst sowie Vorträge zu bestimmten Problemen.“



Auszug aus Gesprächen 1983 mit den Frauen der „Stickereigenossenschaft palästinensischer Frauen in Bila'in und Kafr Na'ameh“, die von WFD/ASW unterstützt wird.

In dem Lagerraum fällt uns noch ein fest verschlossener Schrank auf: Nawal holt aus ihrem umfangreichen Schlüsselbund den passenden Schlüssel, und wir erblicken einen ungeordneten Haufen von Büchern, Zeitschriften, Plakaten — die Bücherei der Frauen. Alle Frauen versammeln sich um uns und erzählen, daß sie sich nicht mehr trauen, ihre Bücherei öffentlich und sichtbar einzurichten seit die israelischen Militärs das ganze Stickzentrum durchsucht und einige Bücher mitgenommen hatten.

„Habt ihr denn Bücher hier, die von den Israelis verboten sind?“ „Nein, das können wir uns gar nicht erlauben, das wäre eine zu große Gefahr für das ganze Projekt“ ist die Antwort. „Aber, daß Frauen überhaupt Bücher und Zeitungen lesen und sogar ihre Meinung zu politischen Ereignissen haben, oder z. B. auf unserer Wandzeitung auch Probleme der Frauen, ihre Rolle in unserer Gesellschaft, ihre Unterdrückung und ihren Kampf dagegen aufschreiben, das finden



nicht nur die Israelis gefährlich, sondern noch viel mehr unsere eigenen Männer, Väter und Brüder. Na ja, nicht alle, aber doch die meisten. Darum wollen auch viele der Männer nicht, daß wir hierher ins Stickzentrum kommen und uns unterhalten ohne ihre Kontrolle. Es ist doch so: wenn wir über das Projekt nicht Geld verdienen würden, dürften wir überhaupt nicht hierher kommen.“

Alle Frauen beteiligen sich lebhaft an dieser Diskussion, jede hat aus ihrer Erfahrung etwas dazu zu sagen:

„Zuhause, wenn die Männer diskutieren über Sachen im Dorf oder über Politik und Nachbarn zu Besuch da sind, und wir dann auch unsere Meinung sagen, dann schicken uns die Männer raus zum Kaffee- oder Teekochen! Es ist ihnen peinlich, daß eine Frau zu diesen Dingen vor anderen etwas sagt.“

„Ja, das stimmt“, ruft Nawal dazwischen, „ihr wißt doch, daß mein Vater mich nur im Projekt arbeiten läßt, weil dadurch das Geld für die Ausbildung meines Bruders zusammenkommt. Bin ich denn dümmer oder weniger wert als mein Bruder? Ich bin stolz darauf, daß er eine Ausbildung bekommt, und dazu will ich auch beitragen, aber ich selber will auch etwas lernen. Darum kämpfe ich darum, daß ich hier ins Stickzentrum kommen kann.“

„Da habe ich es viel besser“, lacht Im Nafez, deren Mann sie und ihre kleinen Kinder vor fast 20 Jahren verlassen hat, um in Südamerika Arbeit zu suchen. „Ich habe zwar nichts von meinem Mann, noch n... einmal Geld schickt er für die Familie, u...er dafür brauche ich mir von niemandem etwas sagen zu lassen und kann tun und reden, was mir paßt!“



»Insofern Frauen nicht zu den Herrschenden, sondern zu den Beherrschten gehören, jahrhundertlang, zu den Objekten der Objekte, Objekte zweiten Grades, oft genug Objekte von Männern, die selbst Objekte sind, also ihrer sozialen Lage nach unbedingt Angehörige der zweiten Kultur; insofern sie aufhören, sich an dem Versuch abzuarbeiten, sich in die herrschenden Wahnsysteme zu integrieren. Insofern sie, schreibend und lebend, auf Autonomie aus sind. Da begegnen sie dann Männern, die auf Autonomie aus sind. Autonome Personen, Staaten und Systeme können sich gegenseitig fördern, müssen sich nicht bekämpfen wie solche, deren innere Unsicherheit und Unreife andauernd Abgrenzung und Imponiergebärden verlangen.«

Christa Wolf,
Voraussetzungen einer
Erzählung: Cassandra



Acción Permanente Cristiana Por La Paz

Der folgende Bericht aus der amerikanischen Zeitschrift "sojourners" wurde von Armin übersetzt.

Die darin erwähnte Gruppe "WITNESS FOR PEACE" ist eine christliche Basisbewegung in den USA. Sie haben sich zur Aufgabe gesetzt, als US-Bürger vor allem in den Grenzgebieten von Nicaragua präsent zu sein, um die 'Contra'-Angriffe zu stoppen.

Im Juni 1984 war ich in Cleveland, Ohio, um mich auf eine Predigt für einen zentralen Friedens-Pfingst-Gottesdienst der Stadt vorzubereiten. Gerade als ich mit dem "Witness for Peace-Team" (Zeugen für den Frieden), die im April Nicaragua besucht hatten, mich treffen wollte, erreichte mich eine schlechte Nachricht in einem Telefongespräch aus unserm Sojourners-Büro in Washington D.C..

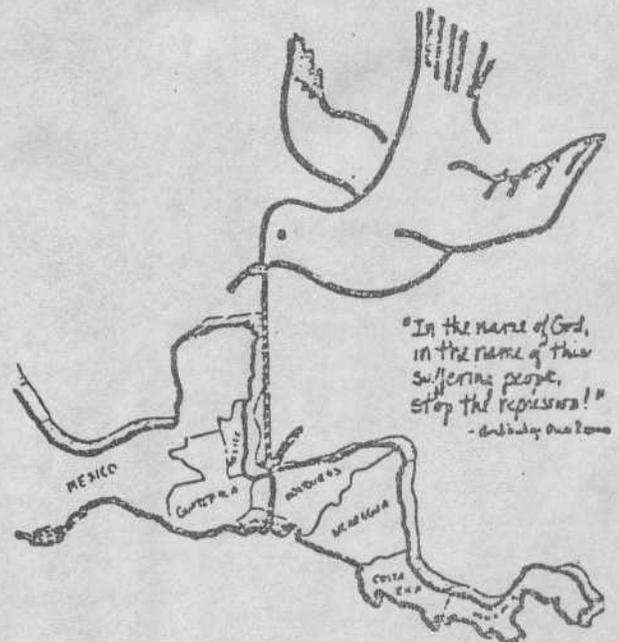
Die Maryknoll-Schwestern in Ocotal, Nicaragua, hatten angerufen, um zu berichten, daß ihre Grenzstadt von 600 von den USA unterstützten Contras am frühen Morgen angegriffen wurde. Die Schwestern berichteten von vielen Toten und Verwundeten, die in den Straßen lagen und erzählten, daß eine, in den USA hergestellte Mörsergranate in ihrem Hinterhof explodiert sei. Die Zahl der Opfer würde immer noch steigen und wie gewöhnlich seien die meisten von ihnen Zivilisten.

Einige Opfer seien geoltert und verstümmelt, eine Terrortaktik, die von diesen CIA unterstützten Söldnern oft angewandt wird. Die 'Contras' hätten auch Getreidelager, eine Kraftwerk, ein Sägewerk und die kleine Radiostation zerstört.

Ich teilte diese traurige Nachricht den Witness for Peace Freiwilligen mit. Während ich sprach, konnte ich bei vielen in der Runde Tränen in den Augen sehen. Dann erfuhr ich, daß die Delegation aus Ohio im Ocotal gelebt hatte, während ihres Besuches in Nicaragua.

Die Leute, mit denen ich hier saß, hatten mit Familien aus Ocotal zusammengelebt. Sie hatten mit den Leuten gebetet, mit ihren Kindern gespielt, hatten ihre Gastfreundschaft genossen, gemeinsam Gottesdienst gefeiert. Wirkliche Bande der Freundschaft waren geknüpft worden. Ich konnte in ihren Gesichtern sehen, daß die Betroffenheit und der Schmerz zutiefst persönlich war.

Es fiel mir nicht schwer, ihre Gefühle zu teilen. Das erste Kurzzeit-Team, an dem ich teilnahm, verbrachte eine Nacht in Ocotal, als die Straße nach Jalapa wegen schweren Beschusses durch die Contras gesperrt war. Kirchliche Gruppen in Ocotal organisierten danach in kurzer Zeit eine Prozession, die in einer unvergeßlichen Gebets-Mahnwache mit mehr als 500 Menschen auf dem Marktplatz der Stadt endete.



Ich erinnerte mich an diese Adventsnacht während das Ohio-Team Geschichten erzählte von den Menschen aus Ocotal, die sie kennengelernt hatten.

Wir beugten unsere Köpfe und gedachten in Fürbitte unseren angegriffenen Brüdern und Schwestern.

Plötzlich wurde mir bewußt, welch außergewöhnliches Ereignis gerade stattfand. Ich war dabei, wie Christen aus Ohio für namentlich genannte Menschen in der weitentfernten Kleinstadt Ocotol in Nicaragua beteten. Ich wußte in dem Augenblick, daß das die Stärke unseres Friedenszeugnisses ist, unserer Bewegung Wittnes for Peace, das Herz einer Kampagne, um den Krieg in Nicaragua zu beenden. In diesen tränenreichen Gebeten fühlte ich die Bindung, die zwischen US-Bürgern und Menschen aus Nicaragua geschmiedet waren, einem Volk, gegen das unsere Regierung solche Gewalt unterstützte.

Noch stärker empfanden wir die Kraft christlicher Gemeinschaft (besonders Geschwisterschaft), die keine nationalen Grenzen kennt und die letztendlich stärker ist als die Propaganda und Gewalt politischer Macht.

Alles Liebe

Vor nicht allzu langer Zeit trafen sich die Friedensmarschierer Mutlanger - Bonn vom Sommer letzten Jahres zu einem Gruppentreffen in Berlin, ca 60 Leuten. Angesichts der sich für Nicaragua bedrohlich zuspitzenden Lage (es war im November 1984) plante man spontan eine Demonstration vor dem amerikanischen Generalkonsulat. Man ging mit Transparenten alten, neuen und ausgeliehenen zu diesem Thema bis in die Bannmeile, um die Adressaten auch zu erreichen, harmlos wie Passanten und gewiß ohne "verwerfliche Absicht". Im Nu erschien eine Anzahl eilends von den Amerikanern herbeigerufener deutscher Polizisten und nahm die Unbotmäßigen mit.



Etwas ist ihnen passiert, diesen Tausend Menschen, die mit Wittnes for Peace nach Nicaragua gegangen waren und zurückgekehrt sind, um von ihren Erfahrungen berichten. Sie haben einen tiefen persönlichen Wandel durchgemacht, der manchmal nur durch Beten und Tränen ausgedrückt werden kann. Aber aus diesen Gebeten heraus ist ein entschiedener Widerstand gewachsen, gegen die Gewalt, die über diese Menschen gebracht wird, die uns Brüder und Schwestern geworden sind.

Die Regierung der Vereinigten Staaten sollte nicht wagen, diese gläubige Entschlossenheit zu unterschätzen.

Jim Wallis

Da ein Teil der Demonstranten schon fort war und mit ihnen die meisten Transparente, wurden nur noch einige von ihnen mit zur Wache genommen ebenso wie ein einsames lila Transparent. Der Wachhabende schrieb das Protokoll und stutzte. Dann erklärte er, er könne den Text nicht lesen. Eine der Delinquentinnen hielt es ihm unter die Nase. In weißer Schrift prangte auf lila Grund

Alles Liebe

Um das A rankte sich ein Kreis, das Zeichen für Anarchie, Herrschaftsfreiheit: keine Macht für niemand! Brummend schrieb der Wachhabende ins Protokoll **A**lles Liebe, nicht ohne den Kreis liebevoll nachzuzeichnen. So geschehen zu Berlin im Winter 1984/85.

H. v. K.



KRIEG WIRD VON UNS. MIT UND GEGEN UNS GEMACHT!



Was heißt " Aktion 5,72 DM " ?

Die Aktion 5,72 Dm ist eine Protestaktion mit symbolischen Charakter. Für jedes der 572 neuen Waffensysteme wird ein Pfennig (=5,72 DM) von einer selbst zu entrichtenden Steuer abgezogen und auf ein Steuerverwahrkonto überwiesen. (z.B. KFV- Hunde- Einkommens- Steuer)

Da das zuständige Finanzamt von jedem Verweigerer persönlich informiert wird, kann der Vorwurf der Steuerhinterziehung ausgeschlossen werden. Die verweigerten Steuern sollen später friedliche Projekte finanzieren helfen.

Die Aktion bedeutet einen ersten Schritt in den zivilen Ungehorsam. Sie bietet jedem einzelnen die Möglichkeit gegen Kriegsvorbereitung und Rüstung eigene konkrete Schritte zu unternehmen.

Die Behörden werden das Einbehalten auch eines so niedrigen Betrages nicht hinnehmen und versuchen durch Mahnung bis hin zur Pfändung, den Betrag einzutreiben.

Die Aktion ist daher für Menschen gedacht, die trotzdem bereit sind aus Gewissensgründen einen unbequemen Weg zu gehen.

Machen wir uns deutlich: Durch die Offensivstrategien der Nato und des Warschauer Pakts hängt das Fallbeil über unseren Köpfen nur noch am seidenen Faden. Lassen wir uns nicht freiwillig zur Schlachtbank führen!

Nur praktischen Durchführung

In jeder Stadt werden fürs erste 100 Verweigerer gesucht!

1. Erklärung von diesem Flugblatt abtrennen und an die nächstgelegene Kontaktadresse schicken.
2. Dauerauftrag, Einzugsermächtigung stoppen bzw. rückgängig machen.
3. Bei Fälligkeit der Steuern 5,72 DM abziehen und auf das Steuerverwahrkonto überwiesen. (Kto. Nr. usw. erfahren Sie bei der Kontaktadresse)
4. Einen persönlichen Brief an das Finanzamt schicken, in dem die Gründe dargelegt werden (Art. 1, 2, 4, 26 des Grundgesetzes) und gleichzeitig Bitte um Angabe eines Finanzamt- Kto auf dem die friedliche Verwendung der Steuern garantiert ist.
5. Kopien dieses Briefes und ev. Reaktion der Behörden an die Kontaktadresse schicken.
6. Verwandte, Freunde und Bekannte auf die Möglichkeit dieses konkreten Schrittes hinweisen und zum Mitmachen ermutigen.
7. Kopien der Briefe an kommunale Abgeordnete der Parteien, sowie an Landes- und Bundesvertreter und die regionale Presse schicken.

Warum gerade Steuerboykott ?

Die bisherigen Proteste und schriftlichen Appelle konnten die weitere gezielte Aufrüstung durch die Europa zum Schlachtfeld nicht verhindern. (Irland Battle, Star wars, Zivilschutz) Ca. 30% unserer Steuern werden nach wie vor zur Finanzierung von Massenvernichtungsmitteln und Kriegsvorbereitung verwendet.

Das heißt: jeder Steuerzahler zahlt monatlich ungefähr 100 DM für militärische Zwecke.

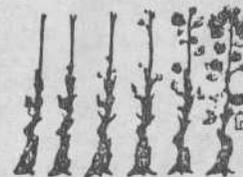
Die Grenzen der Entscheidungsbefugnisse der Parlamente und der Steuergesetze sind erreicht, wenn Androhung von Gewalt, Einkalkulierung der Vernichtung des eigenen sowie anderer Völker und gassenhaftes Elend, als zweckmäßige Mittel angesehen werden Freiheit, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit zu verteidigen.

Analog der Gewissensentscheidung gegen den Dienst an der Waffe, bietet die Steuerverweigerung jedem Bürger die Möglichkeit, sich gegen ein Mitschuldigwerden durch seine finanzielle Beteiligung an der Rüstung, in kleinen erweiterbaren Schritten zur Wehr zu setzen.

Die Kriegssteuerweigerung blickt auf eine lange Tradition und wird zunehmend in europäischen Ländern und Übersee von mutigen Mitmenschen durchgeführt.

Kontaktadresse in Berlin

Marga Richter
Winklerstr.4a
1000 Berlin 33
030/892 80 00 /09



Treffen der Friedenssteuerinitiativen
am 22.3.-24.3.1985 in Köln
Tagungsort: Alte Feuerwache, Kasparstr.5,
5000 Köln 1
Anmeldung: bitte bis 16.3. an AK-Kriegs-
AK-Kriegssteuerboykott
c/o Mosbach
Gellerstr. 14
5000 Köln 60
tel: 0221/734457

6. März 1985 -

-12-

Zum Todestag Martin Niemöllers

Es ist eine jüdische Sitte, den ersten Todestag eines Menschen noch einmal zu bedenken, im Abstand sein Wirken noch einmal zu sehen, seine Spuren kenntlich zu machen.

In einem seiner letzten Interviews wurde Martin Niemöller gefragt, wie er sich denn jetzt fühle, ein Denkmal schon zu Lebzeiten, ein Mensch der Geschichte. Seine Antwort war ebenso kurz wie drastisch: "Ich sch... auf die Geschichte ..". Wenig später wurde er befragt, was er als den eigentlichen Sinn, das Fazit seines langen Lebens ansehe. Er antwortete "wir sind allesamt Bettler vor Gott, aber der Mensch ist die Krone der Schöpfung, wenn er es nur begreifen würde..."

Es scheint, als stünden diese beiden Aussagen über Geschichte und Sinn des Lebens unverbunden nebeneinander, als hätten sie nichts miteinander zu tun. Da hat einer mitgewirkt, "Geschichte gemacht", wie wir sagen würden, und meint doch im nachhinein, daß ihn das überhaupt nicht interessiert. Gemessen an dem kleinen Zeitraum, den auch ein langes Leben in der Geschichte ausmacht, schrumpft die Bedeutung der erlebten Geschichte zum Nichts zusammen.

Mit der Bestimmung "Bettler vor Gott" begibt er sich aus dieser Geschichte heraus in sein fundamentales Verhältnis zu Gott. Dabei bleibt er aber nicht stehen. In der Definition "Krone der Schöpfung" klingt auch an "und machet sie (die Erde) euch untertan".

Aus unserer Abhängigkeit von Gott haben wir uns herausbegeben, unsere stückweise Erkenntnis verabsolutiert in dem Bemühen zu "sein wie Gott", wir haben "Geschichte gemacht". Damit sind wir aus dem Zusammenhang mit der Schöpfung, mit der Natur herausgefallen, haben neue Schöpfungen, Träume, Utopien erdacht, zerstört, worin und wovon wir leben.

Kommt diese Erkenntnis zu spät, nicht nur angesichts unseres eigenen, individuellen Todes, sondern angesichts des zweiten Todes (wie ihn Jonathan Schell nennt) der Vergangenheit und Zukunft der ganzen Erde auszulöschen droht?

Ist die Möglichkeit des Heils, des Shalom für immer verloren. Wenn wir als "Bettler vor Gott" ebenso wie als "Krone der Schöpfung" begreifen und annehmen lernten,

gäbe es Umkehr oder wie Martin Buber sagt "Des Menschen Sünde ist nicht seine Schuld,... sondern daß er jeden Tag umkehren könnte, und es nicht tut."

Kertha



Mittwoch, den 6. März 1985

18 Uhr: Andacht im Friedenszentrum

19 Uhr: "Bekennende Kirche in dieser Zeit oder religiöse Agentur ?"

Ein Gespräch über Niemöllers Vision einer neuen Kirche vor 40 Jahren

Ort: Friedenszentrum

Wenn sich am 6. März Martin Niemöllers Todestag zum ersten Mal jährt, werden bestimmt keine Beleidigtelegramme von Strauß oder Carstens zu erwarten sein. Auch keine eifrigen Sympathieerklärungen an den "großen Deutschen" von Seiten der Mächtigen und keine Umarmungen des "unschrockenen Bekenner" durch den evangelischen Klerus. Sein Wort von der Verbrechererziehung der Bundeswehr hat gegessen und sitzt, ebenso wie seine Bemerkung, er habe unter der Nachkriegskirche mehr gelitten als unter dem Dritten Reich.

Auch der tote Martin Niemöller ist bisig genug. So wird es am 6.3. d.J. recht still um ihn bleiben.

Dabei hat er sich nicht zum Ziel gesetzt, "Provokateur" oder "Nestbeschmutzer" zu werden. Er hat einfach gesagt, was er denkt (und getan, was er gesagt hat).

b.w.

So ist es ihm voll und ganz abzunehmen, daß er unter der Nachkriegskirche gelitten hat. Eine ganz neue Kirche schwebte ihm nach der Befreiung vor Augen: Die Kirche Jesu Christi, also keine religiöse Agentur, kein Servicebetrieb, kein Verein von Ja - Sagern.

Und was kam? Selbst die lauen Schulbekenntnisse wie das von Stuttgart, zu denen sich die Kirche durchgerungen hatte, waren heiß umstritten. Und als es dann zur Wiederbewaffnung kam, schien es, als hätte die Kirche mit ihrem Bekenntnis auch wieder ihre Schuld vergessen. Jedenfalls war von ihr nur ein höchst bedeutungsschweres, vieldeutiges und halblaut gemurmeltes "jein" zu hören.

Das Problem ist nur: "die" Kirche sind nicht nur "die"-ändern, sondern niemand anders als wir selbst. Wir haben uns deshalb mit ihrer Geschichte zu befassen und auseinanderzusetzen, ob sie uns paßt oder nicht.

Zum Todestag Martin Niemöllers wollen wir über eine Rede sprechen, die er vor 40 Jahren kurz nach der Befreiung gehalten hat. Die darin enthaltenen Gedanken zum Aufbau einer ganz neuen Kirche sind unheimlich spannend - v.a. auf dem Hintergrund der real existierenden Kirche, wie sie sich dann tatsächlich entwickelt hat.

Martin B.

Termine * Termine * Termine *

Dienstag, den 5. März - 19.30 Uhr
Europäische Friedensaktion
"Die Frauensfriedensbewegung in der Krise?"

Versöhnungsbund Berlin - 20 Uhr
Thema: "Der 8. Mai"

Mittwoch, den 6. März
18 Uhr - Friedensandacht
mit anschließender Diskussion
zum Todestag von Martin Niemöller
(siehe Info.S.12/13)



Freitag, den 8. März
Internationaler Frauentag
Die Frauen Für den Frieden vermachen folgende Veranstaltungen:
in der Jesus Christus Kirche
Eerlin / Dahlem:
- 16 - 17 Uhr spielt die
Frauen - Big Band "Lärm u. Lust"
- 17-18Uhr Feministischer Gottesdienst
"Jenseits von Gott, Vater Sohn und Co."
- 18-19Uhr - Der Film
"Carry Greenham home" über
das Frauenwiderstandscamp
in England 1983

Im Friedenszentrum: 19³⁰ 8.3.
Gustav-Heinemann-Initiative
Ein Abend mit Joseph Kuber
"Automatisierung und Arbeitskräfte"

Mittwoch, den 13. März
Graswurzelgruppe/Berlin
19.30Uhr - Der Film
"Der Mann aus Eisen" über
Polen, von A.Wajda

Dienstag, den 19. März
Plenum der Frauen Für den Frieden
20. Uhr - Friedenszentrum



Mittwoch, den 20. März
Graswurzelgruppe Berlin
19.30Uhr - Utopien des Zusammenlebens:
"Unsere eigene Motivation zur Gewaltfreiheit und zu politischer Arbeit"

Donnerstag, den 21. März
Hausversammlung
20. Uhr

Dienstag, den 26. März
19.30Uhr - Ohne Rüstung Leben
Plenum



AUSSTELLUNG * AUSSTEL

Vom 26.2.-7.4.85 veranstaltet Amnesty International eine Ausstellung unter dem Titel "Aufmachen! Geheimpolizei!" Stationen einer Entrechtung.

Ort: Foyer der Hochschule der Künste Hardenbergstr.33, 1Berlin 12 AI beschreibt die Ausstellung folgendermaßen: "Die Ausstellung soll zu einem Prozeß der Solidarisierung anregen. Sie soll zu der Einsicht führen, daß alle Menschen Menschenrechte brauchen und daß sie verteidigt werden müssen. Denn sie zeigt, daß und warum Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Wir zielen in der Ausstellung darauf hin, daß die Besucher/innen die Konsequenz ziehen, sich für die Menschenrechte anderer einzusetzen.



Aber: Nur bis zu den oben genannten Einsichten können wir führen. Der Sprung zum eigenen Handeln bleibt den einzelnen überlassen."

Vom 2.3.- 14.4.85 findet im Kunstamt Kreuzberg, Mariannenplatz 2, 1Berlin36 die Ausstellung "Nichts wird uns trennen" Südafrikanische Fotografie und Apartheid - statt.

Unter anderem findet im Rahmen des Begleitprogrammes zur Ausstellung am 9.März um 16 Uhr eine Veranstaltung der Frauen für Südafrika -gegen Apartheid (ev. Frauenarbeit)

"...und wenn du dazu noch schwarz bist" Geschichten, Bilder und Gedichte südafrikanischer Frauen vom Widerstand gegen Apartheid und Rassismus, statt.



Vom 15.3.- 29.3.1985 zeigt die Christliche Arbeiterjugend Berlin im Jugendzentrum Witzlebenstr. 10, 1 Berlin 19 eine Ausstellung von Gemälden einer Häftlingsgruppe aus der Jugendvollzugsanstalt Plötzensee.

Im Rahmen der Ausstellung findet u.a. 16.3.85 um 16 Uhr eine Podiumsdiskussion mit dem Titel "Kriminelle Karriere - wie kann ich von draußen helfen?" statt.



Bücherecke 

"Frauen im Kirchenkampf" Beispiele aus der Bekennenden Kirche Berlin-Brandenburg 1933 - 1945 von Wolfgang See, Rudolf Weckerling Wichern-Verlag, Berlin 1984

In dem Buch werden zehn Portraits von Frauen vorgestellt, die in der Zeit der Bekennenden Kirche eine große Rolle spielten. "Sie traten nicht so sehr nach außen in Erscheinung; trotzdem hing von ihrer Treue und Entschiedenheit der Bestand einer Bekennenden Gemeinde ab." (so Renate Scharf in dem Vorwort des Buches). Das Buch kann in der Bibliothek des Friedenszentrums ausgeliehen werden.

Friedenszentrum Martin Niemöller Haus e.V.

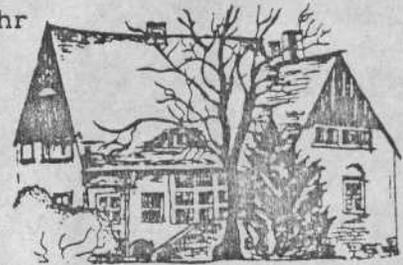
Pacelliallee 81

1000 Berlin 33

Tel. 030-832 54 97

Mo-Fr: 17-19 Uhr

An die Mitglieder und Freunde
des Friedenszentrums!



Berlin im März 1985

Zu unserer nächsten MITGLIEDERVERSAMMLUNG möchten wir Euch ganz herzlich einladen. Wir wollen uns am 20. April um 15 Uhr treffen. Aller Voraussicht nach werden wir gegen 21 Uhr fertig sein. Wir wollen uns ein wenig Zeit zum Austausch lassen, der organisatorische Teil wird sich auf ein Minimum beschränken lassen. Wir möchten aber alle Gruppen bitten, an der MV teilzunehmen, vor allem auch die, die man nicht so häufig im Friedenszentrum sieht! Bitte notiert Euch diesen Termin gleich.

Der Austausch der Gruppen ist unabdingbar, gerade dies war/ist ein Anliegen des Friedenszentrums. So wäre es zu begrüßen, wenn jede Organisation ein wenig aus der laufenden Arbeit berichten kann. Hierbei ist auch an eine Reflexion gedacht, gleichzeitig aber auch an den Blick nach vorn: welches sind Eure nächsten Schritte, welches sind die Schwerpunkte Eurer Arbeit, gibt es langfristige Perspektiven, wo werdet Ihr 1987 stehen?

Wir denken, daß solche Fragen wichtig sind sowohl zur Zusammenarbeit aber auch um über unsere Arbeit, die häufig aus der Reaktion lebt, nachzudenken, vor allem in Hinblick auf eine kontinuierliche Perspektive.

Bringt bitte für unser gemeinsames Kaffeetrinken kleine Überraschungen mit!

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:

1. Aktivitäten auf dem Kirchentag
2. Finanzen
3. Berichte aus den Gruppen
Reflexion der Arbeit, Schwerpunkte, Perspektiven (1987)
- 3.4. Mitarbeit/ Aufgaben des Friedenszentrums
4. Bericht der Wohngemeinschaft
5. Bildungs- und Aktions
Zentrum Dritte Welt

Mit freundlichen Grüßen
für den Vorstand

Friedenszentrum



Pacelliallee 61
1000 Berlin 33
Tel. 030-832 54 97

Mo-Fr: 17-19 Uhr

Martin Niemöller Haus e.V.

März 1985



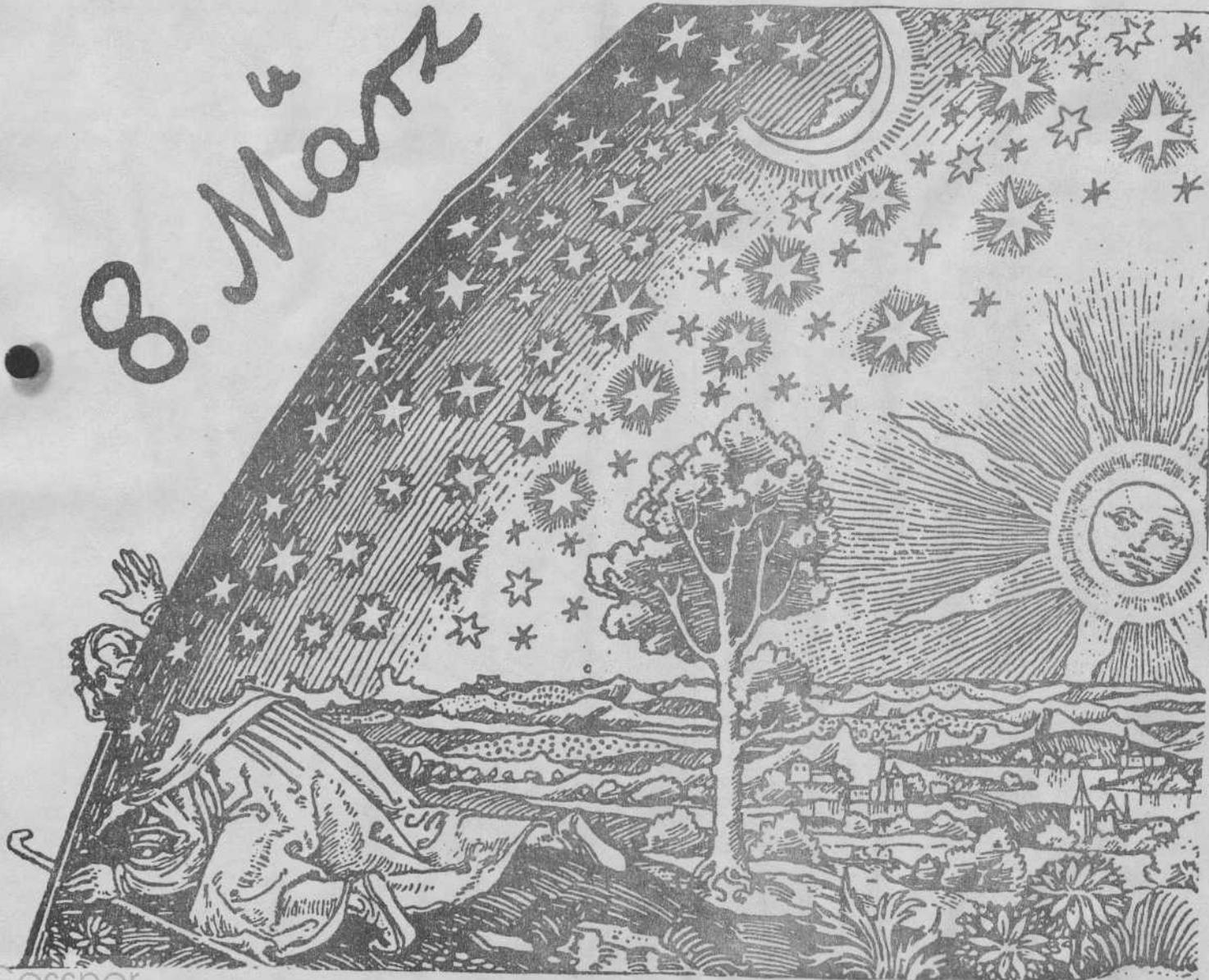
Postscheck-Konto Nr. 67 132 - 105,

Psch.-Amt Berlin West

• Internationales Frauentag



• 8. März



Liebe Freundinnen und Freunde des
Friedenszentrums!

Der Inhalt des Infos ist bestimmt
durch zwei Daten dieses Monats.
Zum einen starb vor einem Jahr
am 6. März 1984 Martin Niemöller;
wir werden aus diesem Anlaß ein
Diskussionsgespräch hier im
Hause haben.

Zum anderen begehen Frauen aus
allen Ländern der Welt am
8. März den Internationalen Frauen-
tag.

Ich wünsche Euch viel Spaß beim
Lesen.

Hannelore

Inhalt

8. März - Internationaler Frauentag	S. 4 - 4
- Frauen in West-Afrika	S. 5 / 6
- Palastinensische Frauenbewegung	S. 7 / 8
- Witness for Peace / Nicaragua	S. 9 - 10
- Alles Liebe	S. 10
- Rüstungssteuerboykott	S. 11
- 6. März - Todestag von Martin Niemöller	S. 12 / 13
- Termine, Ausstellungen, Infos	S. 13 - 14

8. März - Internationaler Frauentag

Am 8. März rufen Frauen aus aller
Welt jedes Jahr zu den verschie-
densten international und national
organisierten Aktionen auf. In der
Tradition des 1910 von der Sozialis-
tischen Frauen - Internationale in
Kopenhagen beschlossenen Frauentages
wurde bisher in der Bundesrepublik
der 8. März hauptsächlich von Ge-
werks- und Parteifrauen sowie von
organisierten sozialistischen und
kommunistischen Frauengruppen be-
gangen.

Mit der Entwicklung einer autonomen
internationalen Frauenfriedensbe-
wegung, die ihre feministisch-
pazifistischen Wurzeln ebenfalls
in der frühen Frauenstimmrecht -
Bewegung vor dem Ersten Weltkrieg
hat, haben in den letzten Jahren
auch mehr und mehr autonome Frauen-
gruppen den 8. März für Aktionen
genutzt.

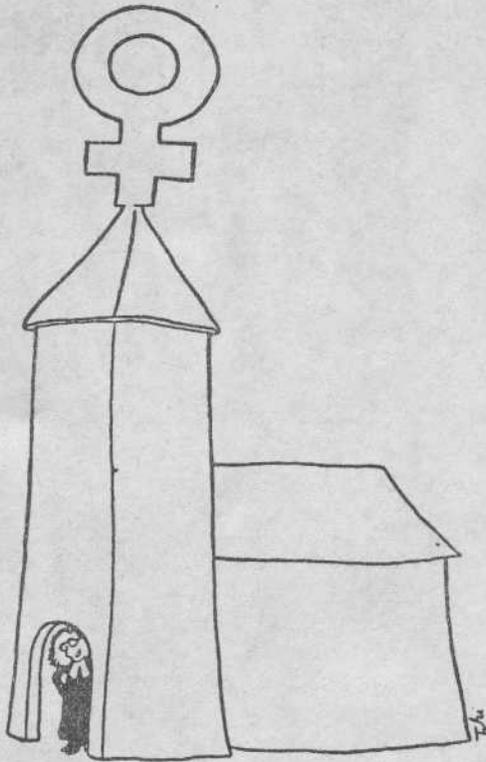
Wir autonomen FRAUEN FÜR DEN FRIEDEN-
Berlin haben auch dieses Jahr den
8. März zum Anlaß genommen, unseren
Protest gegen die Politik der Ge-
walt zu formulieren, die sich in
der alltäglichen Gewalt gegen

Frauen ebenso wie in der Zerstörung
der Umwelt und der nur noch als
Wahnwitz benennbaren Über-Rüstung
darstellt.



Wir haben diesen Tag aber auch zum Anlaß genommen, die Inseln unserer Utopie sichtbar zu machen und zu benennen.

Wir werden am 8. März zur Jesus-Christus-Kirche kommen, dem Ort, von dem aus wir 1983 das erste Mal in Berlin eine Frauenfriedens-kette bildeten. Damals faßten sich 6000 Frauen an den Händen und stellten eine lebendige Verbindung zwischen dem amerikanischen und dem sowjetischen Konsulat her. Wir überreichten eine Friedensbotschaft an die Frauen der beiden Großmächte, in der es u. a. heißt: "Zwischen uns, Ihr amerikanischen und sowjetischen Frauen sollte Feindschaft keine Gültigkeit haben. Wir wissen, daß wir alle von den gleichen Sorgen erfüllt sind. Ohne Vorbehalte wollen wir Euch die Hände reichen, Euch und uns Mut machen, unser Schweigen



zu brechen. Unsere Sicherheit ist die unaufhebbare Zusammengehörigkeit aller Frauen, der wir mehr vertrauen als jeglicher sogenannter Sicherheit durch Abschreckung."

In diesen Worten klingt unsere Utopie an, denn "damit das Mögliche entsteht, muß immer wieder das Unmögliche versucht werden." (H. Hesse)



Am 8. März 1985 werden wir an der Jesus-Christus-Kirche in Berlin-Dahlem ein großes Transparent in den noch kalten Vorfrühling hängen:
ALS FRAU HABE ICH KEIN LAND -
ALS FRAU WILL ICH KEIN LAND -
ALS FRAU IST DIE GANZE WELT MEIN LAND - (Virginia Woolf)

Wir werden in einem feministischen "Gottesdienst" dokumentieren, daß Frauen aufbrechen müssen und ausziehen wollen aus den traditionellen Formen, die Kirche und Staat Frauen vorschreiben. Als Frauen haben wir kein Land, weder in der Politik noch in der Kultur und Religion, noch in der Sprache. Als Frauen haben wir kein Land - aber wir werden nicht länger die fürsorgenden, dienenden, opferbereiten Mütter, Krankenschwestern, Trösterinnen und Friedensengel sein.

Wir werden unsere Wünsche und Utopien aussprechen und unsere Forderungen für ein Leben mit "Brot und Rosen - statt Hunger und Waffen" stellen! Wir werden an diesem 8. März an die Großmächte appellieren, endlich wenigstens zu einem Rüstungsstopp zu gelangen. wir müssen gestehen, wir haben wenig Hoffnung, daß in Genf mehr geschehen wird als eine schon ritualisierte Heuchelei, die keine wirkliche Verhandlungsbereitschaft meint. Der Präsident der USA hat ja keinen Zweifel daran gelassen, daß er die nächste Aufrüstungsrunde nun schon im Weltraum - um jeden Preis starten wird:
Als Frau habe ich kein Land

-4-

So wie schon vor dem 1. Weltkrieg, als die Frauen der verfeinerten europäischen Länder in DEN HAAG zu einer Frauenfriedenskonferenz zusammenkamen, reicht unsere internationale Frauenfriedensbewegung über Landes- und Blockgrenzen hinweg :



- Die SCHWEIZER FRAUEN für den Frieden, die seit 1982 den "nicht-gouvernementalen Organisationen der UNO beitraten, sagen in ihrer Dokumentation: "Wir wollen uns nicht auf den ERNSTFALL vorbereiten, denn unser ERNSTFALL ist jetzt, wir tragen hier und heute Verantwortung als Frauen in der gesellschaftlichen Situation der achtziger Jahre."

- Die ENGLISCHEN FRAUEN, die seit 1981 in Greenham Common den Stationierungsort der Cruise Missils belagern, die Gefängnis und Geldstrafen auf sich nehmen und sagen: "we have a dream again and again .."(wir werden am 8.3. in der Jesus Christus Kirche auch einen Film aus diesem Widerstandscamp zeigen!)



- Die SKANDINAVISCHEN Frauen, die 1980 mit ihrem Friedensappell die neue starke Frauenwiderstandsbewegung ins Leben riefen. Zusammen mit Frauen in der ganzen Welt werden wir unsere Ohnmacht in Stärke verwandeln. Wir wollen nicht länger den Machtkampf zwischen den Großmächten stillschweigend akzeptieren!"

- Die DDR Frauen, die sich gegen ihre Einbeziehung in die Nationale Volksarmee im ERNSTFALL im Oktober 1982 in einem Brief an den Staatsratsvorsitzenden wandten, indem sie u.a. schreiben: "Wir Frauen wollen den Kreis der Gewalt durchbrechen und allen Formen der Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung unsere Teilnahme entziehen." Sie sind als Teil der autonomen Basisbewegung SCHWERTER ZU PFLUGSCHAREN vielfältigem politischen Druck bis hin zur zeitweiligen Verhaftung ausgesetzt.



- Die FRAUEN FÜR DEN FRIEDEN in der Bundesrepublik und West Berlin, die vorsorglich eine Erklärung an die Bundesbehörden schicken, mit der sie eine Dienstverpflichtung im "Verteidigungsfall" gemäß Art.12a, Abs.4 und 6 des Grundgesetzes verweigern, da die für den Frieden vorgesehenen Einsatzmöglichkeiten im zivilen, besonders sanitären Bereich notwendig sind, um Kriege zu ermöglichen und zu verlängern. So verstehen wir unsere Aktion am 8.März als Teil der Solidarität aller Frauen:
Für Frieden und gegen Militarisierung des Himmels und der Erde!

Gisela R.
Frauen für den Frieden
Berlin West

FRAUEN IN WESTAFRIKA

Wir können nicht von Frauen in Westafrika allgemein sprechen, weil ethnische und regionale Unterschiede sehr groß sind. Es lassen sich jedoch einige Hauptfaktoren benennen, die die Situation der Frauen im ländlichen Bereich und in den vom Kolonialismus stärker geprägten Städten bestimmen. Wollen wir also das Leben der Frauen einer Volksgruppe in einer bestimmten Region verstehen, müssen wir genauer erforschen

- welche natürlichen Umweltbedingungen in dieser Region herrschen
- welche Aufgaben die Frauen in der Produktion wahrnehmen
- welche Traditionen ihre Position innerhalb der Großfamilie und gegenüber dem Mann bestimmen
- welche zusätzlichen Momente Einfluß haben.

Auch heute noch gibt es wenige Frauen in Afrika, die das Privileg haben, Bücher schreiben zu können, die uns einen tieferen Einblick in ihr Leben geben könnten wie z. B. Miriama Ba. Wenn wir versuchen wollen, ihre Situation zu verstehen, müssen wir auf andere Quellen zurückgreifen, auf Studien und Literatur von Europäern und Afrikanern. Leider gibt es dieser nur sehr wenige. So sind wir vielfach auch auf die eigene Anschauung angewiesen. Doch selbst langjährige Aufenthalte im Rahmen konkreter Entwicklungsarbeit schützen uns nicht vor der Gefahr, eigene Weltbilder der Wirklichkeit afrikanischer Frauen aufzupropfen. In jedem Fall wird uns vieles verborgen bleiben.

In der nachfolgenden Darstellung beziehen wir uns hauptsächlich auf Frauen im ländlichen Bereich.

Familien- und Sozialstruktur

Die Grundlage aller afrikanischen Gesellschaftsformen ist die Familie. Doch „Familie“ ist in Afrika ein viel weiter gefaßter Begriff als in der westlichen Welt. Die Familie ist eine Gemeinschaft aller Verwandten, die sich auf eine gemeinsame Abstammung berufen können. Zu ihr gehören die Lebenden ebenso wie die verstorbenen Ahnen.

Der Familienclan hat große Bedeutung für das politische, wirtschaftliche und religiöse Zusammenleben. Er trifft maßgebliche Entscheidungen für:

- die Organisation der Haushalte
- den Sozialisationsprozeß — Vermittlung traditioneller Werte
- Eigentumsübertragungen
- Schlichtung von Streitigkeiten
- Durchführung des Ahnenkults

Das Familienband wirkt stärker als das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Ehe.

Die Bedeutung der Ehe: Anders als es in unserem westlichen Kulturkreis der Brauch ist, beruht die Form der Ehe und des Zusammenlebens nicht auf einem monogamen System, das eine starke emotionelle Fixierung von ausschließlich zwei Personen vorgibt. In Afrika ist die Ehe nicht nur die Union zweier Einzelmenschen, sondern bildet vor allem ein Bündnis zwischen zwei Clans. Sie hat daher einen „kollektiven Charakter“.

Das Brautgeld: Durch die Übergabe des Brautpreises von der Familie des Bräutigams an die der Frau wird die Ehe legalisiert. Die Frau geht mit zu der Sippe ihres Mannes über und die Kinder, die sie gebärt, gehören dieser Sippe (falls es sich um patrilineare Erbfolge handelt). Der Brautpreis regelt also den interfamiliären Tausch weiblicher Arbeitskraft. Es handelt sich bei dem Brautgeld nicht um eine direkte „Bezahlung“ für die Frau. Die Gruppe, zu der die Frau geht, steht immer in Abhängigkeit zu der Gruppe, die die Frau verläßt. Allerdings besteht der Brautpreis heutzutage fast ausschließlich aus Geld, während früher eher traditionelle Werte (Kauri-Muscheln, Schmuck etc.) übergeben wurden, die nicht als allgemeines Zahlungsmittel dienten. Von daher kann das Brautgeld doch mehr und mehr als Kaufpreis betrachtet werden, und Männer, die eine hohe Summe für die Heirat aufgebracht haben, sehen ihre Frauen zunehmend als Eigentum.

Die Polygamie: Im Unterschied zu ihren arabischen und nordafrikanischen Geschlechtsgenossinnen verfügt die westafrikanische Frau über einen eigenen abgetrennten häuslichen Bereich und über ein eigenes Feld, das ihr vom Ehemann zugeeignet ist, und dessen Produkte ihr alleine gehören. In ländlichen Gebieten lassen sich als Hauptmotiv für die Polygamie ökonomische Vorteile angeben. Mehrere Ehefrauen können mehr Feldarbeit verrichten. Außerdem werden mehr Kinder geboren, die als zukünftige Arbeitskräfte einsatzfähig sind und als eine Art Altersversicherung angesehen werden.

Es ist für uns schwer nachzuvollziehen, wie die Mehrheit der Frauen das polygame System erlebt (uns ist keine tiefergehende Studie bekannt). Es gibt unterschiedliche Positionen, die uns von Afrikanerinnen nahegebracht werden:

„Nehmen wir einen Afrikaner mit zwei oder mehr Frauen. Die eine weiß, daß sie diese Woche an der Reihe ist, sich ums



Kochen, den Mann und die Kinder zu kümmern. Die andere hingegen ist frei. Sie kann ihren Geschäften nachgehen und nur ihnen.

'Also die totale Freiheit?'

'Für sie total. Sie braucht sich nicht ums Haus zu kümmern, bis die Reihe an ihr ist. Daß der Mann die Nacht mit der anderen verbringt, stört sie gar nicht. Sie wird die gleiche Gelegenheit haben. Und die andere auch wieder - auf gleicher Basis.'

(Doris, in dem Film von Gordian Troeller und Claude Delforge „Vom Nutzen der Vielehe“)

„Das ist meine neue Frau, sie heißt X...“, sagte er mir. 'Du wirst uns das Bett überlassen müssen. Heute abend nimmst du die Matte, die dort in der Ecke liegt, für dich und die beiden Kinder', fügte er hinzu. Ich war wie betäubt. Träume ich? fragte ich mich. Ich spürte, wie mir der Boden unter den Füßen weglitt. Ich dachte, ich würde gleich ohnmächtig und setzte mich auf das Bett. Nein, ich träumte nicht. Ich mußte mein Lager an diese Neuangekommene, an meine Rivalin, abtreten. Welche Unverschämtheit, sagte ich mir im Innern. Was tun? Ich kam gar nicht dazu, mir über all das klarzuwerden. Wie ein Automat, halb im Schlaf, nahm ich die Matte und legte mich mit meinen beiden Kindern darauf.'

(Yacine, in: Awa Thiam, Stimme der schwarzen Frau, Reinbek 1981, S. 14)

Wir nehmen an, daß in traditionellen Gesellschaften die polygame Lebensform für die Frauen mehr ökonomische Autonomie, persönliche Würde und Entscheidungsbefugnis vorsah. Durch die Schwächung der ökonomischen Position der Frau in der exportorientierten Produktion kann sie in der Polygamie immer weniger ihre traditionelle soziale Anerkennung erhalten und sieht ihre ökonomische Freiheit schwinden. Sie wird zunehmend reduziert auf ihre Arbeitskraft oder wird — vornehmlich in den Städten — zum Prestigeobjekt des Mannes.

Frau werden

Sehr früh, schon mit 4 oder 5 Jahren wird das kleine Mädchen zu Hausarbeiten herangezogen. Es muß Wasser holen, Feuerholz sammeln und nach Hause tragen, Haus und Hof fegen, beim Kochen helfen, kleine Backwaren verkaufen und das Baby der Mutter hüten.

Die Mädchen verbringen ihre Kindheit nicht mit Spielen, sondern ordnen sich ganz früh in den Arbeitsablauf ihrer Mütter ein. Damit wird ihre Rolle als Mutter und Nahrungsmittelproduzentin in früher Kindheit geprägt. Die Jungen nehmen manchmal an den leichteren Arbeiten der Männer teil, sonst widmen sie sich ausschließlich dem Spiel, und da sie keinerlei Arbeiten im Haus verrichten, werden sie schon als kleine Jungen immer von Frauen bedient.

Traditionell bedeutet das Lernen und Arbeiten mit den Eltern Schule, sowohl für die Mädchen als auch für die Jungen. Nachdem die Kolonialmächte Staaten, Beamten und Schulen geschaffen hatten, wurde auch für die Mädchen Bildung zu einer Möglichkeit, die traditionelle Rolle als Bäuerin zu verlassen. Da die Mädchen aber schon ganz früh von der Hausarbeit absorbiert werden, haben sie nur wenig Zeit und Kraft und vor allem elterliche Unterstützung für ein Fortkommen in der Schule (17 % sind alphabetisiert). Vielleicht gibt es für sie die Hoffnung einer Heirat mit einem reichen Mann, sodaß sie weniger für die Subsistenz der Familie produzieren muß. Das neue Leitbild von reichen Frauen in den Städten oder von Frauen in staatlichen Diensten, die eine bestimmte soziale Anerkennung haben, läßt sie hoffen, in einer Ehe ein besseres Leben zu finden.

Spätestens in der Pubertät regelt die Großfamilie des Vaters ihr Geschick. Es gibt nach Volksgruppen sehr unterschiedliche Initiationsriten und Beschneidungspraktiken für Mäd-

chen (Vgl. auch Thiam). Eine ältere Frau wird von der Familie des Vaters beauftragt, die Überlieferungen mitzuteilen und den Mädchen Vorstellungen der Gesellschaft über das Leben einer erwachsenen Frau beizubringen. Das Mädchen wird oft schon im Kindesalter nach den Vorstellungen der Familie des Vaters einem Ehemann versprochen. Mittlerweile kann sie jedoch begrenzt auch selber wählen. Auf jeden Fall wacht die Familie über ihr Verhalten. Sie muß zur Verheiratung Jungfrau sein.

Eine Frau kann grundsätzlich ihren Ehemann verlassen. Sie kann auch verstößt werden, wenn sie z. B. keine Kinder geboren hat. Wenn sie geht, muß sie jedoch ihre Kinder verlassen; sie gehören der Familie des Ehemannes. Sie kann nur das Wenige mitnehmen, was ihr Besitz ist (Kleidung, Haushaltsgeräte). Die Früchte ihrer Arbeit läßt sie zurück. Als alleinstehende Frau kann sie zwar in ihre Familie zurückgehen; diese wird sie aber früher oder später nötigen, wieder zu heiraten. Ihr früherer Ehemann wird den Brautpreis, den er für sie gezahlt hat, zurückfordern, ein neuer Ehemann muß dies ausgleichen. Häufige Eheschließungen im Leben einer Frau sind keine Seltenheit. Die alte, erfahrene Mutter erlangt Respekt nachdem sie entschieden hat, endgültig bei ihrem derzeitigen Ehemann zu bleiben und das Dorf nicht mehr zu verlassen. Sie ist geliebt von ihren Söhnen und Töchtern, geehrt vom Ehemann und den anderen Mitgliedern der Familie.

Die gesellschaftliche Stellung der Frau in Westafrika ist stark geprägt durch ihre Reproduktionsfunktion (Familie ernähren, Kinder gebären und erziehen), ihr Einfluß auf politische Entscheidungen war jedoch zu allen Zeiten sehr gering, angefangen bei Entscheidungen über allgemeine Dorfsangelegenheiten. Nur einzelne Fürstentöchter oder etwa die Marktfrauen in Accra/Ghana konnten zu weitreichenden politischen Einflußsphären gelangen, aber in den meisten Gesellschaften wird der Frau öffentlich kaum oder gar kein Einfluß zugestanden.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist dabei die Tatsache, daß die Frau unabhängiger ist, sofern sie selbst über Boden oder z. B. Vieh verfügt. Die ökonomische Selbstständigkeit jedoch reicht nicht in jedem Falle aus, um damit an der modernen politischen Entscheidungsstruktur partizipieren zu können. Verfügungs- und damit Zuteilungsrecht von Produktionsmitteln ist gleichbedeutend mit politischer Macht (vgl. Meillassoux), in der Geschichte hatte die Frau nur selten die Gelegenheit, diese auch auszuüben.

Sitten und Gebräuche, oft vorislamischer und vorchristlicher Prägung, werden heute oft vehement von den Afrikanerinnen zu verteidigen gesucht. Sie verteidigen damit immer auch ein Stück der Identität ihrer Volksgruppen!

Ernährung der Familie

Die Frauen in Afrika tragen die Hauptlast der Subsistenzproduktion. 70 - 90 % der Frauen in Westafrika leben auf dem Land. Da immer mehr Männer und Jugendliche — insbesondere der Sahel-Länder — gezwungen sind, aus ökonomischen Gründen in die Städte oder in die ehemaligen kolonialen 'Mutterländer' (Frankreich, Großbritannien und Portugal) abzuwandern oder sich als Saisonarbeiter von Ernte zu Ernte, von einem zum anderen Land durchzuschlagen, sieht für viele Frauen das Leben so aus, wie eine Sarkolle-Frau im Senegal dieses ausdrückt.

„Man geht ins Dett. Man steht sehr früh auf. Man geht Wasser holen, man geht Holz holen, man stampft die Hirse, man bereitet das Essen vor. Man erhitzt das Wasser für das Bad der Männer. Das ist unsere tägliche Arbeit. In der Regenzeit kümmern wir uns zusätzlich um die Landwirtschaft. Wenn die Kinder groß sind, gehen sie nach Frankreich. Sie gehen

erst nach Dakar, da müssen sie lange warten. Dann kommen sie bis Marseille, dort werden sie oft zurückgeschickt nach Dakar. Da müssen sie wieder warten. Das einzige, was uns bleibt, ist das Feld zu bestellen, und wenn das nichts bringt, sind wir verloren." (Korrespondenz: die Frau, Jg. 1980, S. 9)

In vorkolonialer Zeit wie auch heute produzieren die Frauen die Grundnahrungsmittel, beherrschen weite Bereiche des Handwerks und des Kleinhandels und sind verantwortlich für die familiäre Produktion und Versorgung der Kinder. Noch aus der vorkolonialen Zeit bestehen eine klare Gütertrennung sowie eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Die von Ethnie zu Ethnie unterschiedliche Organisation der Produktion ist mit der Durchsetzung der weltmarktorientierten Landwirtschaft einem tiefen Wandlungsprozeß unterworfen. Weniger Agri-'culture' als Land-'Wirtschaft' beherrschen den Alltag der Menschen, besonders zum Nachteil und Leidwesen der Frauen.

So bedeutete z. B. Gütertrennung in der vorkolonialen Zeit für die Männer das Eigentum an Vieh und das Recht der Bodenverteilung, während die Frauen ein Recht auf die Erträge der von ihnen bearbeiteten Böden hatten. Da es in den ländlichen Gegenden Afrikas kaum Landeigentum sondern nur Landnutzungsrechte gab und die Produktion primär für den eigenen Gebrauch bestimmt war, diente das Land kaum der privaten Bereicherung. Durch die z.T. zwangsweise Einführung von Exportkulturen (z. B. Kaffee, Kakao, Baumwolle, Erdnüsse, etc.) und damit einhergehende Modernisierung der landwirtschaftlichen Techniken veränderte sich die Bedeutung der Bodennutzung grundsätzlich. Während die Männer in der Exportproduktion für Geld Warenwerte produzierten, blieb den Frauen der Bereich der bezahlten Nahrungsmittelproduktion weitgehend verschlossen. Für die Produktionsbereiche des Mannes stehen heute staatliche Förderungen, technische Beratung sowie entsprechende Vermarktungsstrukturen zur Verfügung. Auch in Gegenden, in denen die Männer traditionell an der Nahrungsmittelproduktion beteiligt sind (z. B. Erdnüsse, Hirse und Reis), werden diese Produkte zunehmend vermarktet. Darüberhinaus wirkt sich die traditionelle Gütertrennung nachteilig für die Frauen aus, weil — vor allem in Gebieten, in denen Bodenknappheit herrscht — die guten Böden für die Exportproduktion reserviert sind. Die hierdurch geringer werdende Produktion von Grundnahrungsmitteln für den Eigenbedarf hat zur Folge, daß die Frauen für ihre Arbeit auf den Feldern mit Exportproduktion Geld verlangen. Sie wissen allerdings, daß sie mit diesem Geld nur als die Grundnahrungsmittelproduktion ersetzen können. Die Notwendigkeit, Geld zu verdienen, hat es in der traditionellen Produktionsweise nicht gegeben; sie führt zunehmend zu einer Verringerung des Nahrungsmittelanbaus für die Familie. — Eine der Hauptursachen für den Hunger, den durch die Weltmarktbedingungen produzierten Hunger, liegt hier. Viele Frauen sind sich dessen bewußt, sehen aber keinen Ausweg: „Alles muß man jetzt kaufen: die Kleidung der Kinder, die Seife, das Petroleum, sogar das Essen. Die Männer haben keine Hirse mehr in den Speichern und kein Geld, um welche zu kaufen. Die Frauen müssen sehen, wie sie zurechtkommen, damit die Kinder nicht verhungern.“

„Aber ihr verkauft doch Erdnüsse, das bringt doch Geld?“
„Die Männer verkaufen die Marktfrüchte und sie behalten das Geld für sich.“

(Bruchhaus, E+Z, Bonn 9/79, S. 14)

Angesichts der steigenden Ausgaben für Steuern, Hausbau, Instandhaltung, Mobiliar, Medikamente, Schulgelder und Schulbücher, für religiöse Feste, Familienfeste etc., sind die Männer kaum noch in der Lage, für die tägliche Haushaltsführung etwas beizusteuern.

Diese Gewichtsverlagerung in der einst ausgewogenen Gütertrennung der Männer, hat auch ihre Konsequenzen in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. War einst die Aufgabenteilung genau geregelt, sind heute die Frauen durch die traditionelle Rollenzuweisung stark benachteiligt. Nicht nur wird der Wert ihrer Arbeit weniger honoriert, weil er unbezahlt ist, sondern ihre billige Arbeitskraft auf den Feldern mit der Exportproduktion ist die Voraussetzung der Konkurrenzfähigkeit der 'cash-crop' auf dem Weltmarkt. Ganz zu

schweigen davon, daß die Männer viele ihrer traditionellen Pflichten vernachlässigen, weil sie arbeitsmäßig auf den Exportfruchtfeldern ausgelastet sind. Wenn diese Selbstausbeutung und Mehrbelastung der Frauen so deutlich ist, fragt man sich, warum sich diese nicht wehren? Schen wir genau hin, werden wieviele Beispiele dieses Widerstandes finden. Folgende Erfahrungen stehen für viele andere:

Um eine Diversifikation der Export-Produkte zu erreichen, sollte der Baumwollanbau anstelle des Erdnußanbaus gefördert werden. Der erzielte Einkommensertrag sollte, so wurde den Bauern versprochen, derselbe sein, die Abhängigkeit von der Erdnußproduktion aber abgebaut werden. Eine vernünftige Rechnung! Nur es wurde nicht bedacht, daß der Baumwollanbau viel arbeitsintensiver ist als der Erdnußanbau und die Bauern — "cash-crop" ist Männersache — zu viel Arbeitszeit aufwenden mußten, so daß sie ihren Frauen nicht mehr ausreichend bei der Feldarbeit helfen konnten. Da das Baumwollprojekt in den ersten Jahren relativ sorgfältig überwacht wurde, beklagten sich die Frauen, daß ihre eigene Arbeitsbelastung beim Anbau von Millet und Sorghum viel zu groß sei. Sie mußten Arbeiten verrichten, die ihnen normalerweise ihre Männer abnahmen, z. B. das Felderoden. Als die Kontrolle des Baumwollanbaus nachließ, kehrten die Männer, von ihren Frauen gedrängt, zur traditionellen Arbeitsteilung zurück und vernachlässigten die Baumwollfelder. Danach waren die Baumwollerträge in Qualität und Menge international nicht mehr konkurrenzfähig.

(Quelle Gerli Hippel: Erfolg nur mit Frauen. Weshalb Projekte im ländlichen Westafrika fehlschlagen in E+Z 11/1980, S. 10)

Trotzdem wird dieser Widerstand erfolglos bleiben, wenn nicht Männer wie Frauen sich gemeinsam gegen die Benachteiligung, die sie auf dem Weltmarkt erfahren, zur Wehr setzen.





Zusatz Einkommen:

Die Frau ist gezwungen, neben den beschriebenen Arbeiten für die täglichen Mahlzeiten zunehmend auch für die wachsenden Familienausgaben etwas dazuzuverdienen, selbst dann, wenn der Mann ein regelmäßiges Einkommen hat. In größeren Orten verkaufen die Frauen häufig vor ihren Haustüren selbstzubereitetes Fettgebackenes, gekochte Maiskolben, Getränke oder Früchte, die sie auf ihrem Hof angebaut haben. Viele Frauen versuchen als Kleinst- und Zwischenhändlerinnen auf Märkten und Straßen etwas Geld zu verdienen.

Für die Frauen auf dem Land ist es schwieriger. In bestimmten Gegenden baut die Frau allein oder mit anderen gemeinsam Gemüse für den Verkauf an. Die Ernte zu verkaufen heißt jedoch, den Transport zum nächsten Markt zu gewährleisten. Das kann 10 bis 20 km Fußweg bedeuten. Des Weiteren sammeln die Bäuerinnen in der Trockenzeit Holz, das — zu Bündeln geschnürt — an den Straßen und Pisten den vorbeikommenden Reisenden feilgeboten wird. In einigen Gebieten in Obervolta verdienen die Frauen z. B. Geld mit Bierbrauen aus Hirse. Sie versuchen auch ihre handwerklichen Erzeugnisse zu verkaufen (Körbe, gefärbte Stoffe, Töpferwaren u. a.). Diese sind jedoch oft nicht mehr konkurrenzfähig gegenüber den fabrikmäßig hergestellten. Importierte Emailleschlüssel z. B. oder etwa bedruckte Stoffe aus Holland sind billiger.

Es gibt in Westafrika sicher auch Frauen, die aus traditionell reichen Familien kommen oder durch Wirtschaftsbeziehungen der Kolonialmächte reich geworden sind. Das sind die Frauen, die z. B. in Dakar/Senegal Fischkutter besitzen, den Markt in Accra/Ghana beliefern, Stoffe in Mali einkaufen und in den Küstenländern absetzen oder Webateliers ihr eigen nennen. Doch diese Frauen bilden eine Minderheit im Vergleich zu denen, die in der Subsistenzwirtschaft oder in den Städten am Rande des Existenzminimums leben.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Frauen auf dem Lande Schwerarbeit leisten. Ihren traditionellen Status und ihre soziale Sicherheit haben sie verloren. Modernisierungstendenzen in der Landwirtschaft, die das Ziel haben, die afrikanischen Märkte als Rohstoff/Nahrungsmittellieferanten in den Weltmarkt zu integrieren, richten sich hauptsächlich an den afrikanischen Mann. Als Folge davon steigt die Arbeitsproduktivität der Männer, während die der Frau im besten Fall statisch bleibt. Der Wandel von traditioneller zu moderner Landwirtschaft tendiert somit dazu, den Status der Männer auf Kosten der Frauen zu heben.

Uns Frauen, die wir im Bereich der Entwicklungspolitik arbeiten, ist diese Entwicklung erst vor kurzem klar geworden. Wir wollen deshalb in Zukunft verstärkt auf die besondere Benachteiligung der afrikanischen Frauen durch sogenannte „Entwicklungshilfe“-projekte hinweisen. Einige Erfahrungen aus persönlicher Anschauung sollen als Mappeneinlage den Anfang machen.



Weiterführende Literatur

- Ba, Mariama: Ein so langer Brief, Wuppertal 1981.
- Kossodo, Blandina Lee: Die Frau in Afrika, Ffm. 1980.
- Bruchhaus, Eva-Maria: Was bringt Entwicklungshilfe den Frauen in Afrika? in: E+Z 9/79, Bonn 1979. S. 13 ff.
- Mies, Maria: Gesellschaftliche Ursprünge der geschlechtlichen Arbeitsteilung, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Nr. 3, München 1980, S. 61 ff.
- Hortsmann-Neun, Regina: Djenah. Meine Schwarze Freundin erzählt, Bohnhausen und Berlin 1982.
- Meillassoux, Claude: Die wilden Früchte der Frau, Ffm. 1976.
- Thiam, Awa: Die Stimme der schwarzen Frau, Reinbek 1981.
- Schöpflin, Ninon: Difficultés et Espoirs de l'Animation Féminine en Pays Dida, Berlin (WFD) 1975.
- Wyss, Tainara: Die Frauen von Achada Leitao, Broschürenreihe der Amílcar-Cabral-Gesellschaft.
- Bosserup, Ester: Die ökonomische Rolle der Frau in Afrika, Asien, Lateinamerika, Stuttgart 1982.



Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. ASW
Weltfriedensdienst e.V. WFD

FRIEDRICHSTR. 236, 1 BERLIN 61

Spenden an Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, BLZ 1100101 11
Konto: 1600194500

Gossner
Mission

WIR SIND NICHT DÜMMER ALS UNSERE MÄNNER

Ansätze der neuen palästinensischen Frauenbewegung

„Frauen ihre gemeinsamen Interessen erkennen zu lassen und sie dazu anzuleiten, sich selbst zu organisieren, ist eine schwere und langwierige Arbeit. Besonders dort, wo die Gesellschaft in festen traditionellen und patriarchalischen Strukturen lebt, in engen, familienorientierten, religiösen Gemeinschaften, in denen Frauen traditionell die Rolle der Hausfrau und Mutter zugeordnet ist. Wenn man Frauen ermutigen will, aus ihrem abhängigen Leben auszubrechen, so geht das nur, wenn man ihnen gleichzeitig Alternativen anbietet.“

So faßte ein führendes Mitglied eines Frauenkomitees in der Westbank/Palästina die Einschätzung und Grundlage der Arbeit der palästinensischen Frauenbewegung zusammen.

Frauenorganisationen haben in der palästinensischen Gesellschaft eine lange Tradition. In Abgrenzung zu diesen, von Frauen aus der städtischen Oberschicht getragenen, überwiegend karitativ ausgerichteten und hierarchisch organisierten Frauenvereinigungen, hat sich seit 1978 eine neue progressive Frauenbewegung in den besetzten Gebieten entwickelt, die derzeit von vier größeren Frauenorganisationen getragen wird. Es gibt unterschiedliche Schwerpunktsetzungen. Gemeinsames Anliegen ist ihnen jedoch, Frauen-Selbsthilfe anzuregen und zu unterstützen. Sie streben eine möglichst breite Mobilisierung und Organisation von Frauen gerade aus den sozial und wirtschaftlich schwächsten Schichten (Dörfer, Flüchtlingslager, Fabrikarbeiterinnen) an, um gemeinschaftlich und in Eigeninitiative Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen als Frauen zu erreichen. Um die sozio-kulturellen Bedingungen, die für die Rolle der Frau in der palästinensisch-arabischen Gesellschaft bestimmend sind, und an denen die neue Frauenbewegung ansetzt, besser verstehen zu können, möchten wir entsprechende Auszüge aus dem im Mai 1983 erstmals in den besetzten Gebieten erschienenen Frauen-Magazin „Die Stimme der Frau“ wiedergeben. Wir haben uns dabei auf Ausschnitte beschränkt, die die Lebenssituation dörflicher Frauen beschreiben.

Hindernisse auf dem Weg zur Befreiung der Frau

Nur Okrut, Sozialarbeiterin:

„Wir Frauen haben viel Energie, die wir aus folgenden Gründen nicht voll einsetzen können:

keinen Wert. Es gibt wenige Männer, die ihren Frauen Gelegenheit geben, an weiterbildenden Kursen, die von verschiedenen Institutionen angeboten werden, teilzunehmen. Die Frauen werden insbesondere dann an der Teilnahme gehindert, wenn dafür bezahlt werden muß.

Ich glaube, daß die Probleme der Dorffrauen meistens durch die traditionelle Rolle des Mannes bestimmt sind, und dadurch werden ihre eigenen Möglichkeiten, sich aus ihrer traditionellen Rolle zu befreien, beschränkt. Auch gebildete junge Männer sind stark von dem Willen ihrer Familien abhängig und müssen befolgen, was die ältere Generation von ihnen verlangt. Damit übertragen sie diese Einstellung auf ihre eigene Familie und insbesondere ihre Frau.

keine Verkehrsverbindungen zur nächsten Stadt, keine Wasserleitungen. Diese schwierigen Lebensbedingungen wirken sich in erster Linie nachteilig für die Frauen aus, die für die Versorgung ihrer Familie zuständig sind.

Ich halte es für notwendig, daß die Frauenorganisationen ihre Arbeit in den Dörfern verstärken. Sie müssen dort Vorträge und Beratung für die Frauen veranstalten. Außerdem müssen Projekte entwickelt werden, die den gesellschaftlichen Bedingungen der Frauen im Dorf entsprechen und sie befähigen, ihre Energien produktiv einzusetzen. Wir müssen uns an unsere Männer wenden, ob jung oder alt, damit die Entwicklung der Frauen nicht behindert sondern gefördert wird!“

Befreiung erfordert Mut und Ermutigung

Für Adun Adu-Farha ist die Erkenntnis eines arabischen Soziologen Ausgangspunkt für ihre Mitarbeit im Frauenkomitee des Dorfes Ramon: „Es ist unmöglich, die arabische Gesellschaft zu verändern, solange sich die Situation der arabischen Frau nicht verändert. Denn sie ist diejenige, die den arabischen Menschen formt.“

Die Frauen, die selber begonnen haben, für eine Veränderung ihrer Situation zu arbeiten und zu kämpfen, „befinden sich in einem wichtigen aber auch gefährlichen Entwicklungsstadium. Sie werden bedroht und bestraft, weil sie danach streben, sich aus ihrer Abhängigkeit zu befreien und ihre Bildung zu verbessern. Die Frau wird von der Dorfgesellschaft als 'niedriges Objekt' angesehen. Sie wehrt sich dagegen, als schwach, dumm und ängstlich bezeichnet zu werden. Sie will vielmehr beweisen, daß sie unter den gleichen Bedingungen wie die der Männer ebenso produktiv sein kann, ja in manchen Bereichen sogar leistungsfähiger. Aber ihre Rolle ist von der Gesellschaft immer noch auf die Kindererziehung und Versorgung der Familie durch landwirtschaftliche Arbeit beschränkt. Die Arbeit außerhalb des Dorfes ist in der Regel verbo-

Es gibt nur wenige Frauen in den Dörfern, die einen Sekundarabschluß haben. Die Familien begnügen sich in der Regel mit der Grundschulausbildung für ihre Töchter, bevor sie verheiratet werden. Heiraten sie nicht gleich, so haben sie die Chance, die Schule bis zur 9. Klasse zu besuchen, dann müssen sie jedoch sofort heiraten. So haben nur sehr wenige Frauen den Sekundarabschluß, und diese werden nicht selten diskriminiert, weil sie noch unverheiratet sind. Hierzu kommt auch noch, daß es in den Dörfern kaum Arbeitsplätze für Frauen gibt, die z. B. ein Universitätsstudium beendet haben. Ein Beispiel: Eine Frau beendet ihr Studium und kam in ihr Dorf zurück. Sie suchte verzweifelt im Rahmen ihrer Ausbildung und in der Nähe ihres Dorfes Arbeit. Schließlich fand sie sich damit ab, auf den Ehemann „zu warten“. Sie ist sich bewußt, daß der Ehemann nicht ihrer Wahl entspricht, aber dies scheint tausendmal besser zu sein, als unverheiratet zu bleiben.

Trotz einiger Fortschritte herrscht in vielen Dörfern ein Mangel an Dienstleistungen (Gesundheitsversorgung, Berufsbildungs- und Freizeitangebote). Es gibt in vielen Dörfern keine Elektrizität, Kanalisation,



- 1) das Fehlen einer Macht, die unsere Interessen vertritt,
- 2) die Unruhe und Unsicherheit des Einzelnen, der Familie und unserer ganzen Gesellschaft,
- 3) die schlechte wirtschaftliche Lage, die zur Abwanderung von qualifizierten Kräften führt.“

Den Entfaltungsmöglichkeiten der Frauen in den Dörfern, einer Mehrheit, stehen darüber hinaus weitere Hemmnisse im Wege: „Die Einstellung des Mannes im Dorf, der die Frau als seinen Besitz betrachtet, als Hausfrau und Dienerin für ihn und seine Kinder. Ihre Weiterentwicklung hat für ihn

ten und wird nur bei größter materieller Not geduldet. In diesem Fall bestimmt die Familie den Arbeitsplatz und verfügt über den Lohn.

Das Frauenkomitee in Ramon hilft den Frauen, ihre Fähigkeiten zu erkennen und zu entwickeln, um ihre soziale Stellung zu verbessern.

Sie sollen ermutigt werden, sich aktiver in die Dorfgemeinschaft und die Gesellschaft einzubringen. Dafür bietet das Frauenkomitee ein Alphabetisierungsprogramm und Nähkurse an und organisiert einen kostenlosen Gesundheitsdienst sowie Vorträge zu bestimmten Problemen."



Auszug aus Gesprächen 1983 mit den Frauen der „Stickereigenossenschaft palästinensischer Frauen in Bita'in und Kafr Na'ameh“, die von WFD/ASW unterstützt wird.

In dem Lagerraum fällt uns noch ein fest verschlossener Schrank auf: Nawal holt aus ihrem umfangreichen Schlüsselbund den passenden Schlüssel, und wir erblicken einen ungeordneten Haufen von Büchern, Zeitschriften, Plakaten — die Bücherei der Frauen. Alle Frauen versammeln sich um uns und erzählen, daß sie sich nicht mehr trauen, ihre Bücherei öffentlich und sichtbar einzurichten seit die israelischen Militärs das ganze Stickzentrum durchsucht und einige Bücher mitgenommen hatten.

„Habt ihr denn Bücher hier, die von den Israelis verboten sind?“ „Nein, das können wir uns gar nicht erlauben, das wäre eine zu große Gefahr für das ganze Projekt“ ist die Antwort. „Aber, daß Frauen überhaupt Bücher und Zeitungen lesen und sogar ihre Meinung zu politischen Ereignissen haben, oder z. B. auf unserer Wandzeitung auch Probleme der Frauen, ihre Rolle in unserer Gesellschaft, ihre Unterdrückung und ihren Kampf dagegen aufschreiben, das finden

nicht nur die Israelis gefährlich, sondern noch viel mehr unsere eigenen Männer, Väter und Brüder. Na ja, nicht alle, aber doch die meisten. Darum wollen auch viele der Männer nicht, daß wir hierher ins Stickzentrum kommen und uns unterhalten ohne ihre Kontrolle. Es ist doch so: wenn wir über das Projekt nicht Geld verdienen würden, dürften wir überhaupt nicht hierher kommen.“

Alle Frauen beteiligen sich lebhaft an dieser Diskussion, jede hat aus ihrer Erfahrung etwas dazu zu sagen:

„Zuhause, wenn die Männer diskutieren über Sachen im Dorf oder über Politik und Nachbarn zu Besuch da sind, und wir dann auch unsere Meinung sagen, dann schicken uns die Männer raus zum Kaffee- oder Teekochen! Es ist ihnen peinlich, daß eine Frau zu diesen Dingen vor anderen etwas sagt.“

„Ja, das stimmt“, ruft Nawal dazwischen, „ihr wißt doch, daß mein Vater mich nur im Projekt arbeiten läßt, weil dadurch das Geld für die Ausbildung meines Bruders zusammenkommt. Bin ich denn dümmer oder weniger wert als mein Bruder? Ich bin stolz darauf, daß er eine Ausbildung bekommt, und dazu will ich auch beitragen, aber ich selber will auch etwas lernen. Darum kämpfe ich darum, daß ich hier ins Stickzentrum kommen kann.“

„Da habe ich es viel besser“, lacht Im Nafez, deren Mann sie und ihre kleinen Kinder vor fast 20 Jahren verlassen hat, um in Südamerika Arbeit zu suchen. „Ich habe zwar nichts von meinem Mann, noch nicht einmal Geld schickt er für die Familie, aber dafür brauche ich mir von niemandem etwas sagen zu lassen und kann tun und reden, was mir paßt!“



»Insoweit Frauen nicht zu den Herrschenden, sondern zu den Beherrschten gehören, jahrhundertlang, zu den Objekten der Objekte, Objekte zweiten Grades, oft genug Objekte von Männern, die selbst Objekte sind, also ihrer sozialen Lage nach unbedingt Angehörige der zweiten Kultur; insoweit sie aufhören, sich an dem Versuch abzuarbeiten, sich in die herrschenden Wahnsysteme zu integrieren. Insoweit sie, schreibend und lebend, auf Autonomie aus sind. Da begegnen sie dann Männern, die auf Autonomie aus sind. Autonome Personen, Staaten und Systeme können sich gegenseitig fördern, müssen sich nicht bekämpfen wie solche, deren innere Unsicherheit und Unreife andauernd Abgrenzung und Impioniergebärden verlangen.«

Christa Wolf,
Voraussetzungen einer
Erzählung: Cassandra



WITNESS FOR PEACE

Acción Permanente Cristiana Por La Paz

Der folgende Bericht aus der amerikanischen Zeitschrift "sojourners" wurde von Armin übersetzt.

Die darin erwähnte Gruppe "WITNESS FOR PEACE" ist eine christliche Basisbewegung in den USA. Sie haben sich zur Aufgabe gesetzt, als US-Bürger vor allem in den Grenzgebieten von Nicaragua präsent zu sein, um die 'Contra'-Angriffe zu stoppen.

Im Juni 1984 war ich in Cleveland, Ohio, um mich auf eine Predigt für einen zentralen Friedens-Pfingst-Gottesdienst der Stadt vorzubereiten. Gerade als ich mit dem "Witness for Peace-Team" (Zeugen für den Frieden), die im April Nicaragua besucht hatten, mich treffen wollte, erreichte mich eine schlechte Nachricht in einem Telefongespräch aus unserm Sojourners-Büro in Washington D.C..

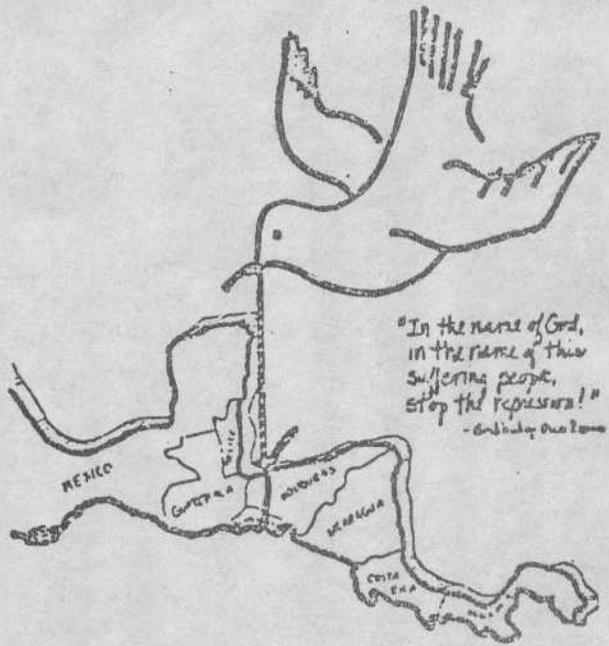
Die Maryknoll-Schwestern in Ocotal, Nicaragua, hatten angerufen, um zu berichten, daß ihre Grenzstadt von 600 von den USA unterstützten Contras am frühen Morgen angegriffen wurde. Die Schwestern berichteten von vielen Toten und Verwundeten, die in den Straßen lagen und erzählten, daß eine, in den USA hergestellte Mörsergranate in ihrem Hinterhof explodiert sei. Die Zahl der Opfer würde immer noch steigen und wie gewöhnlich seien die meisten von ihnen Zivilisten.

Einige Opfer seien geoltert und verstümmelt, eine Terrortaktik, die von diesen CIA unterstützten Söldnern oft angewandt wird. Die 'Contras' hätten auch Getreidelager, eine Kraftwerk, ein Sägewerk und die kleine Radiostation zerstört.

Ich teilte diese traurige Nachricht den Witness for Peace Freiwilligen mit. Während ich sprach, konnte ich bei vielen in der Runde Tränen in den Augen sehen. Dann erfuhr ich, daß die Delegation aus Ohio im Ocotal gelebt hatte, während ihres Besuches in Nicaragua.

Die Leute, mit denen ich hier saß, hatten mit Familien aus Ocotal zusammengelebt. Sie hatten mit den Leuten gebetet, mit ihren Kindern gespielt, hatten ihre Gastfreundschaft genossen, gemeinsam Gottesdienst gefeiert. Wirkliche Bande der Freundschaft waren geknüpft worden. Ich konnte in ihren Gesichtern sehen, daß die Betroffenheit und der Schmerz zutiefst persönlich war.

Es fiel mir nicht schwer, ihre Gefühle zu teilen. Das erste Kurzzeit-Team, an dem ich teilnahm, verbrachte eine Nacht in Ocotal, als die Straße nach Jalapa wegen schweren Beschusses durch die Contras gesperrt war. Kirchliche Gruppen in Ocotal organisierten danach in kurzer Zeit eine Prozession, die in einer unvergeßlichen Gebets-Mahnwache mit mehr als 500 Menschen auf dem Marktplatz der Stadt endete.



Ich erinnerte mich an diese Adventsnacht während das Ohio-Team Geschichten erzählte von den Menschen aus Ocotal, die sie kennengelernt hatten.

Wir beugten unsere Köpfe und gedachten in Fürbitte unseren angegriffenen Brüdern und Schwestern.

Plötzlich wurde mir bewußt, welch außergewöhnliches Ereignis gerade stattfand. Ich war dabei, wie Christen aus Ohio für namentlich genannte Menschen in der weitentfernten Kleinstadt Ocotal in Nicaragua beteten. Ich wußte in dem Augenblick, daß das die Stärke unseres Friedenszeugnisses ist, unserer Bewegung Wittnes for Peace, das Herz einer Kampagne, um den Krieg in Nicaragua zu beenden. In diesen tränenreichen Gebeten fühlte ich die Bindung, die zwischen US-Bürgern und Menschen aus Nicaragua geschmiedet waren, einem Volk, gegen das unsere Regierung solche Gewalt unterstützte.

Noch stärker empfanden wir die Kraft christlicher Gemeinschaft (besonders Geschwisterschaft), die keine nationalen Grenzen kennt und die letztendlich stärker ist als die Propaganda und Gewalt politischer Macht.

Alles Liebe

Vor nicht allzu langer Zeit trafen sich die Friedensmarschierer Mutlanger - Bonn vom Sommer letzten Jahres zu einem Gruppentreffen in Berlin, ca 60 Leuten. Angesichts der sich für Nicaragua bedrohlich zuspitzenden Lage (es war im November 1984) plante man spontan eine Demonstration vor dem amerikanischen Generalkonsulat. Man ging mit Transparenten alten, neuen und ausgeliehenen zu diesem Thema bis in die Bannmeile, um die Adressaten auch zu erreichen, harmlos wie Passanten und gewiß ohne "verwerfliche Absicht". Im Nu erschien eine Anzahl eilends von den Amerikanern herbeigerufener deutscher Polizisten und nahm die Unbotmäßigen mit.



Etwas ist ihnen passiert, diesen Tausend Menschen, die mit Wittnes for Peace nach Nicaragua gegangen waren und zurückgekehrt sind, um von ihren Erfahrungen berichten. Sie haben einen tiefen persönlichen Wandel durchgemacht, der manchmal nur durch Beten und Tränen ausgedrückt werden kann. Aber aus diesen Gebeten heraus ist ein entschiedener Widerstand gewachsen, gegen die Gewalt, die über diese Menschen gebracht wird, die uns Brüder und Schwestern geworden sind.

Die Regierung der Vereinigten Staaten sollte nicht wagen, diese gläubige Entschlossenheit zu unterschätzen.

Jim Wallis

Da ein Teil der Demonstranten schon fort war und mit ihnen die meisten Transparente, wurden nur noch einige von ihnen mit zur Wache genommen ebenso wie ein einsames lila Transparent. Der Wachhabende schrieb das Protokoll und stutzte. Dann erklärte er, er könne den Text nicht lesen. Eine der Delinquentinnen hielt es ihm unter die Nase. In weißer Schrift prangte auf lila Grund

Alles Liebe

Um das A rankte sich ein Kreis, das Zeichen für Anarchie, Herrschaftsfreiheit: keine Macht für niemand! Brummend schrieb der Wachhabende ins Protokoll Alles Liebe, nicht ohne den Kreis liebevoll nachzuzeichnen. So geschehen zu Berlin im Winter 1984/85.

H. v. K.



KRIEG WIRD VON UNS. MIT UND GEGEN UNS GEMACHT!



Was heißt " Aktion 5,72 DM " ?

Die Aktion 5,72 Dm ist eine Protestaktion mit symbolischen Charakter. Für jedes der 572 neuen Waffensysteme wird ein Pfennig (=5,72 DM) von einer selbst zu entrichtenden Steuer abgezogen und auf ein Steuerverwahrkonto überwiesen. (z.B. Kfz- Hunde- Einkommens- Steuer)

Da das zuständige Finanzamt von jedem Verweigerer persönlich informiert wird, kann der Vorwurf der Steuerhinterziehung ausgeschlossen werden. Die verweigerten Steuern sollen später friedliche Projekte finanzieren helfen.

Die Aktion bedeutet einen ersten Schritt in den zivilen Ungehorsam. Sie bietet jedem einzelnen die Möglichkeit gegen Kriegsvorbereitung und Rüstung eigene konkrete Schritte zu unternehmen.

Die Behörden werden das Einbehalten auch eines so niedrigen Betrages nicht hinnehmen und versuchen durch Mahnung bis hin zur Pfändung, den Betrag einzutreiben.

Die Aktion ist daher für Menschen gedacht, die trotzdem bereit sind aus Gewissensgründen einen unbequemen Weg zu gehen.

Machen wir uns deutlich: Durch die Offensivstrategien der Nato und des Warschauer Paktes hängt das Fallbeil über unseren Köpfen nur noch am seidenen Faden. Lassen wir uns nicht freiwillig zur Schlachtbank führen !

Zur Praktischen Durchführung

In jeder Stadt werden fürs erste 100 Verweigerer gesucht !

1. Erklärung von diesem Flugblatt abtrennen und an die nächstgelegene Kontaktadresse schicken.
2. Dauerauftrag, Einzugsermächtigung stoppen bzw. rückgängig machen.
3. Bei Fälligkeit der Steuern 5,72 DM abziehen und auf das Steuerverwahrkonto überwiesen. (Kto. Nr. usw. erfahren Sie bei der Kontaktadresse)
4. Einen persönlichen Brief an das Finanzamt schicken, in dem die Gründe dargelegt werden (Art. 1, 2, 4, 26 des Grundgesetzes) und gleichzeitig Bitte um Angabe eines Finanzamt- Kto auf dem die friedliche Verwendung der Steuern garantiert ist.
5. Kopien dieses Briefes und ev. Reaktion der Behörden an die Kontaktadresse schicken.
6. Verwandte, Freunde und Bekannte auf die Möglichkeit dieses konkreten Schrittes hinweisen und zum Mitmachen ermutigen.
7. Kopien der Briefe an kommunale Abgeordnete der Parteien, sowie an Landes- und Bundesvertreter und die regionale Presse schicken.

Warum gerade Steuerboykott ?

Die bisherigen Proteste und schriftlichen Appelle konnten die weitere gezielte Aufrüstung durch die Europa zum Schlachtfeld nicht verhindern. (Irland Battle, Star wars, Zivilschutz) Ca. 30% unserer Steuern werden nach wie vor zur Finanzierung von Massenvernichtungsmitteln und Kriegsvorbereitung verwendet.

Das heißt: jeder Steuerzahler zahlt monatlich ungefähr 100 DM für militärische Zwecke.

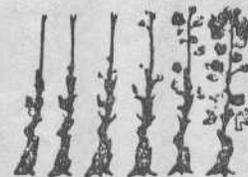
Die Grenzen der Entscheidungsbefugnisse der Parlamente und der Steuergesetze sind erreicht, wenn Androhung von Gewalt, Einkalkulierung der Vernichtung des eigenen sowie anderer Völker und massenhaftes Elend, als zweckmäßige Mittel angesehen werden Freiheit, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit zu verteidigen.

Analog der Gewissensentscheidung gegen den Dienst an der Waffe, bietet die Steuerverweigerung jedem Bürger die Möglichkeit, sich gegen ein Mitschuldigwerden durch seine finanzielle Beteiligung an der Rüstung, in kleinen erweiterbaren Schritten zur Wehr zu setzen.

Die Kriegssteuerverweigerung blickt auf eine lange Tradition und wird zunehmend in europäischen Ländern und Übersee von mutigen Mitmenschen durchgeführt.

Kontaktadresse in Berlin

Marga Richter
Winklerstr.4a
1000 Berlin 33
030/892 80 00 /09



Treffen der Friedenssteuerinitiativen
am 22.3.-24.3.1985 in Köln
Tagungsort: Alte Feuerwache, Kasparstr.5,
5000 Köln 1
Anmeldung: bitte bis 16.3. an AK-Kriegs-
AK-Kriegssteuerboykott
c/o Mosbach
Gellerstr. 14
5000 Köln 60
tel: 0221/734457

6. März 1985 -

-12-

Zum Todestag Martin Niemöllers

Es ist eine jüdische Sitte, den ersten Todestag eines Menschen noch einmal zu bedenken, im Abstand sein Wirken noch einmal zu sehen, seine Spuren kenntlich zu machen.

In einem seiner letzten Interviews wurde Martin Niemöller gefragt, wie er sich denn jetzt fühle, ein Denkmal schon zu Lebzeiten, ein Mensch der Geschichte. Seine Antwort war ebenso kurz wie drastisch: "Ich sch... auf die Geschichte ..". Wenig später wurde er befragt, was er als den eigentlichen Sinn, das Fazit seines langen Lebens ansehe. Er antwortete "wir sind allesamt Bettler vor Gott, aber der Mensch ist die Krone der Schöpfung, wenn er es nur begreifen würde..."

Es scheint, als stünden diese beiden Aussagen über Geschichte und Sinn des Lebens unverbunden nebeneinander, als hätten sie nichts miteinander zu tun. Da hat einer mitgewirkt, "Geschichte gemacht", wie wir sagen würden, und meint doch im nachhinein, daß ihn das überhaupt nicht interessiert. Gemessen an dem kleinen Zeitraum, den auch ein langes Leben in der Geschichte ausmacht, schrumpft die Bedeutung der erlebten Geschichte zum Nichts zusammen.

Mit der Bestimmung "Bettler vor Gott" begibt er sich aus dieser Geschichte heraus in sein fundamentales Verhältnis zu Gott. Dabei bleibt er aber nicht stehen. In der Definition "Krone der Schöpfung" klingt auch an "und machet sie (die Erde) euch untertan".

Aus unserer Abhängigkeit von Gott haben wir uns herausbegeben, unsere stückweise Erkenntnis verabsolutiert in dem Bemühen zu "sein wie Gott", wir haben "Geschichte gemacht". Damit sind wir aus dem Zusammenhang mit der Schöpfung, mit der Natur herausgefallen, haben neue Schöpfungen, Träume, Utopien ersonnen, zerstört, worin und wovon wir leben.

Kommt diese Erkenntnis zu spät, nicht nur angesichts unseres eigenen, individuellen Todes, sondern angesichts des zweiten Todes (wie ihn Jonathan Schell nennt) der Vergangenheit und Zukunft der ganzen Erde auszulöschen droht?

Ist die Möglichkeit des Heils, des Shalom für immer verloren. Wenn wir als "Bettler vor Gott" ebenso wie als "Krone der Schöpfung" begreifen und annehmen lernten,

gäbe es Umkehr oder wie Martin Buber sagt "Des Menschen Sünde ist nicht seine Schuld,... sondern daß er jeden Tag umkehren könnte, und es nicht tut."

Fertha



Mittwoch, den 6. März 1985

18 Uhr: Andacht im Friedenszentrum

19 Uhr: "Bekennende Kirche in dieser Zeit oder religiöse Agentur?"

Ein Gespräch über Niemöllers Vision einer neuen Kirche vor 40 Jahren

Ort: Friedenszentrum

Wenn sich am 6. März Martin Niemöllers Todestag zum ersten Mal jährt, werden bestimmt keine Beleidstelegramme von Strauß oder Carstens zu erwarten sein. Auch keine eifrigen Sympathieerklärungen an den "großen Deutschen" von Seiten der Mächtigen und keine Umarmungen des "unschrockenen Bekenner" durch den evangelischen Klerus. Sein Wort von der Verbrechererziehung der Bundeswehr hat gegessen und sitzt, ebenso wie seine Bemerkung, er habe unter der Nachkriegskirche mehr gelitten als unter dem Dritten Reich.

Auch der tote Martin Niemöller ist bisig genug. So wird es am 6.3. d.J. recht still um ihn bleiben.

Dabei hat er sich nicht zum Ziel gesetzt, "Provokateur" oder "Nestbeschmutzer" zu werden. Er hat einfach gesagt, was er denkt (und getan, was er gesagt hat).

b.w.

So ist es ihm voll und ganz abzunehmen, daß er unter der Nachkriegskirche gelitten hat. Eine ganz neue Kirche schwebte ihm nach der Befreiung vor Augen: Die Kirche Jesu Christi, also keine religiöse Agentur, kein Servicebetrieb, kein Verein von Ja - Sagern.

Und was kam? Selbst die lauen Schulbekenntnisse wie das von Stuttgart, zu denen sich die Kirche durchgerungen hatte, waren heiß umstritten. Und als es dann zur Wiederbewaffnung kam, schien es, als hätte die Kirche mit ihrem Bekenntnis auch wieder ihre Schuld vergessen. Jedenfalls war von ihr nur ein höchst bedeutungsschweres, vieldeutiges und halblaut gemurmertes "jein" zu hören.

Das Problem ist nur: "die" Kirche sind nicht nur "die"-ändern, sondern niemand anders als wir selbst. Wir haben uns deshalb mit ihrer Geschichte zu befassen und auseinanderzusetzen, ob sie uns paßt oder nicht.

Zum Todestag Martin Niemöllers wollen wir über eine Rede sprechen, die er vor 40 Jahren kurz nach der Befreiung gehalten hat. Die darin enthaltenen Gedanken zum Aufbau einer ganz neuen Kirche sind unheimlich spannend - v.a. auf dem Hintergrund der real existierenden Kirche, wie sie sich dann tatsächlich entwickelt hat.

Martin B.

Termine * Termine * Termine *

Dienstag, den 5. März - 19.30 Uhr
Europäische Friedensaktion
"Die Frauensfriedensbewegung in der Krise?"

Versöhnungsbund Berlin - 20 Uhr
Thema: "Der 8. Mai"

Mittwoch, den 6. März
18 Uhr - Friedensandacht
mit anschließender Diskussion
zum Todestag von Martin Niemöller
(siehe Info.S.12/13)



Freitag, den 8. März
Internationaler Frauentag
Die Frauen Für den Frieden vermachen folgende Veranstaltungen:
in der Jesus Christus Kirche
Eerlin / Dahlen:
- 16 - 17 Uhr spielt die
Frauen - Big band "Lärm u. Lust"
- 17-18Uhr Feministischer Gottesdienst
"Jenseits von Gott, Vater Sohn und Co."
- 18-19Uhr - Der Film
"Carry Greenham home" über
das Frauenwiderstandscamp
in England 1983

Im Friedenszentrum: 19³⁰ 8.3.
Gustav-Heinemann-Initiative
Ein Abend mit Joseph Huber
"Automatisierung und Arbeitskräfte"

Mittwoch, den 13. März
Graswurzelgruppe/Eerlin
19.30Uhr - Der Film
"Der Mann aus Eisen" über
Polen, von A.Wajda

Dienstag, den 19. März
Plenum der Frauen Für den Frieden
20. Uhr - Friedenszentrum



Mittwoch, den 20. März
Graswurzelgruppe Berlin
19.30Uhr - Utopien des Zusammenlebens:
"Unsere eigene Motivation zur Gewaltfreiheit und zu politischer Arbeit"

Donnerstag, den 21. März
Hausversammlung
20. Uhr

Dienstag, den 26. März
19.30Uhr - Ohne Rüstung Leben
Plenum



AUSSTELLUNG * AUSSTEL

Vom 26.2.-7.4.85 veranstaltet Amnesty International eine Ausstellung unter dem Titel "Aufmachen! Geheimpolizei!" Stationen einer Entrechtung.

Ort: Foyer der Hochschule der Künste Hardenbergstr.33, 1Berlin 12

AI beschreibt die Ausstellung folgendermaßen: "Die Ausstellung soll zu einem Prozeß der Solidarisierung anregen. Sie soll zu der Einsicht führen, daß alle Menschen Menschenrechte brauchen und daß sie verteidigt werden müssen. Denn sie zeigt, daß und warum Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Wir zielen in der Ausstellung darauf hin, daß die Besucher/innen die Konsequenz ziehen, sich für die Menschenrechte anderer einzusetzen.



Aber: Nur bis zu den oben genannten Einsichten können wir führen. Der Sprung zum eigenen Handeln bleibt den einzelnen überlassen."

Vom 2.3.- 14.4.85 findet im Kunstamt Kreuzberg, Mariannenplatz 2, 1Berlin36 die Ausstellung "Nichts wird uns trennen" Südafrikanische Fotografie und Apartheid - statt.

Unter anderem findet im Rahmen des Begleitprogrammes zur Ausstellung am 9.März um 16 Uhr eine Veranstaltung der Frauen für Südafrika -gegen Apartheid (ev. Frauenarbeit)

"...und wenn du dazu noch schwarz bist" Geschichten, Bilder und Gedichte südafrikanischer Frauen vom Widerstand gegen Apartheid und Rassismus, statt.



Vom 15.3.- 29.3.1985 zeigt die Christliche Arbeiterjugend Berlin im Jugendzentrum Witzlebenstr. 10, 1 Berlin 19 eine Ausstellung von Gemälden einer Häftlingsgruppe aus der Jugendvollzugsanstalt Plötzensee.

Im Rahmen der Ausstellung findet u.a. 16.3.85 um 16 Uhr eine Podiumsdiskussion mit dem Titel "Kriminelle Karriere - wie kann ich von draußen helfen?" statt.



Bücherecke

"Frauen im Kirchenkampf" Beispiele aus der Bekennenden Kirche Berlin-Brandenburg 1933 - 1945 von Wolfgang See, Rudolf Weckerling Wichern-Verlag, Berlin 1984

In dem Buch werden zehn Portraits von Frauen vorgestellt, die in der Zeit der Bekennenden Kirche eine große Rolle spielten. "Sie traten nicht so sehr nach außen in Erscheinung; trotzdem hing von ihrer Treue und Entschiedenheit der Bestand einer Bekennenden Gemeinde ab." (so Renate Scharf in dem Vorwort des Buches). Das Buch kann in der Bibliothek des Friedenszentrums ausgeliehen werden.

2

Friedenszentrum 

Pacelliallee 61
1000 Berlin 33
Tel. 030-832 54 97

Mo-Fr: 17-19 Uhr

Martin Niemöller Haus e.V.



Psch.-Amt Berlin West

=====
Februar 1985
=====

Postscheck-Konto Nr. 67 132 - .105,

Inhalt:

- Die Rüstungsexplosion - S.2
- Berlin vor der Wahl - S. 3,4,5 und Anhang
- Kirchentag 1985 - S.4
- Der Katalysator: Ein Wegwerfartikel - S. 6
- Autogas ist sauberer und billiger - S. 7, 8

- Spendenaffäre in Bielefeld - S.8
- Die Rolle der Bundesrepublik im Libanon - S.9,10
- Bücherecke - S. 10
- Gustav Heinemann- unerwünscht?-S.10
- Kurz und Fristlos, Veranstaltungshinweise-S. 11
- Veranstaltungshinweise-S.12
- Bücher zum kaufen - S.12



*Wie spielt man
eigentlich Frieden?*

Die Rüstungs-Explosion

aus: DIE GRÜNEN
Nr. 12 □ 12. Januar 1985 □ 50

Wörners noch geheimes Aufrüstungsprogramm: Waffen für 300 Milliarden DM

Im Bundeshaushalt für 1985 steigen die Rüstungsausgaben um 3,7 Prozent. Die Sozialausgaben werden um 3,1 Prozent gekürzt. Die Regierung des Helmut Kohl geht bei dieser Entwicklung genau nach dem Vorbild des Ronald Reagan vor: Die Armeen sollen hungern. Dafür wirft man den Rüstungskonzernen die Milliarden in den Rachen. Für die nächsten Jahre hat Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner Rüstungsbeschaffungen in den unvorstellbaren Höhen von 300 Milliarden DM vor sich – so weit dies nicht nur die Spitze eines Eisbergs ist. Denn die Westeuropäische Union (WEU) hat dieser Tage alle Rüstungsbeschränkungen für die Bundesrepublik aufgehoben. Es ist nicht anzunehmen, daß dies nur ein platonischer Beschluß sein soll, wie man in Bonn behauptet: Sonst nämlich wäre es ein kapitaler politischer Unfug, wenn man sich die Genehmigung zum Bau von Ferraketten Atom-bombenflugzeugen, Flugzeugträgern und Großkampfschiffen rein theoretisch geben ließe, und dies im Augenblick des kältesten Kalten Krieges. Schon hat die Sowjetunion in einer eisigen Note an den Potsdamer Vertrag mit seiner Verpflichtung zur deutschen Totalabrüstung erinnert, die damals übrigens alle Herzensanliegen insbesondere der Amerikaner gewesen ist. Bonn im Rüstungs-Amoklauf: Das ist die Wirklichkeit unter Wörner und Kohl. Wolfgang Zeller hat darüber in der DVZ die nachfolgenden Einzelheiten veröffentlicht:

Anfang Mai dieses Jahres legte Wörner dem Bundeswehrplan 1985 vor. Dieser Plan ist „vertraulich“ und nur den wenigen Abgeordneten des Haushaltsausschusses bekannt. Er enthält die Rüstungsplanung der Bundeswehr bis 1997.

Die Realisierung von „Bundeswehr 1985“ würde eine umfassende Verschiebung der ökonomischen Gesamtstruktur in Richtung Rüstung und Militarisierung bedeuten in einem Ausmaß, das es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben hat. In der BRD werden heute rund vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung aufgewendet, in den USA fast zehn Prozent. Die Durchführung von „Bundeswehr 1985“ wäre ein deutlicher Schritt hin zu US-Verhältnissen, mit allen bekannten ökonomischen, sozialen, politischen und auch militärischen Konsequenzen. Denn Bundeswehr 1985 würde die Waffen bereitstellen, die die Militärplaner zur Instrumentierung von AirLand-Battle und Rogers-Plan fordern. Damit würde die Kriegsgelahr in Europa weiter steigen.

Die bundesdeutsche Presse brachte bisher selber eigenem Geräuße über die steigenden Kosten kaum etwas an Berichterstattung über den Bundeswehrplan 1985 fertig. Nach dem gegenwärtigen Stand der Information erschließt sich in Unmessen die Dimension eines 300-Milliarden-Aufrüstungsprogramms.

Etwa alle zehn Jahre führt die Bundeswehr eine neue Waffen- und Gerätegeneration ein. Die Hauptsysteme werden dabei umfassend erneuert und ausgetauscht, qualitativ neue Systeme kommen hinzu. Im Zusammenhang mit dem NATO-Langzeitprogramm von 1978 begann die Regierung Schmidt 1977/78 mit der sogenannten „Runderneuerung“, der Beschaffung der Waffensysteme der „2. Generation“. Die bekanntesten Einzelposten dieses Aufrüstungsprogramms sind der Leopard 2 (neun Milliarden DM) und der Tornado (über 32 Milliarden DM). Die Ausführung dieses Rüstungsprogramms wird noch bis 1988 dauern.

„Wehrdienst“, ein „Informationsbrief für die Rüstungswirtschaft und ihre Zulieferer“, veröffentlichte, daß im Bundeswehrplan 1985 allein für den Zeitraum 1985 bis 1988 73 Milliarden DM vorgesehen sind für „verteidigungsrelevante Ausgaben“, also Beschaffungen, Baustellen etc. Im wesentlichen handelt es sich hierbei um den Rest der von Schmidt-Regierungen eingeleiteten „2. Generation“. Allein für den Tornado und den

Leopard 2 sind in den kommenden vier Jahren noch über 15 Milliarden DM zu bezahlen. Noch 1980 hatte die Bundesregierung verlautbaren lassen, daß die Kosten der gesamten Beschaffungswelle 50 Milliarden DM nicht übersteigen würden. Heute steht fest, daß es weit über 100 Milliarden DM sind.

Der Bundeswehrplan 1985 reicht bis 1997, seine Finanzplanung hingegen nur bis 1988, bis zum Auslaufen der sozialliberalen „Runderneuerung“. Ab 1989 gilt Bundeswehr 1985 als „Planungsinstrument“, d. h., die Kosten der kommenden Rüstungswelle sind überhaupt noch nicht im einzelnen erfaßt. Dies macht es möglich, ein riesiges Volumen neuer Rüstungsbeschaffungen anzuvizieren, die Beschaffungsvorhaben durch Forschungs- und Entwicklungsausgaben langsam zu verfestigen, Fakten zu schaffen, die dann gekauft werden „müssen“. Im nachhinein folgen dann Finanzpläne, sprich Erhöhungen des Rüstungsplans.

Der SPD-Abgeordnete Kolbow bezifferte in „report“ (8. 5. '84) den Umfang des Bundeswehrplans 1985 auf über 200 Milliarden DM. Dies sind nur Beschaffungskosten, nicht etwa der Gesamtwert. Doch scheint diese Zahl zu niedrig gegriffen. Ab 1988/89 stehen folgende Großsysteme auf der Planungsliste des Verteidigungsministeriums:

Neue Waffensysteme

● Der Raketenwerfer MARS mit einer Reichweite bis zu 45 Kilometern wird etwa vier Milliarden DM kosten, die für die neunziger Jahre dafür vorgesehenen „intelligenten“ Munition mindestens noch einmal dasselbe.

● In den USA haben soeben die Forschungsarbeiten an einem weitreichenden Raketenwerfersystem begonnen. Dieses JTACMS (Joint Tactical Missile System) soll Reichweiten bis zu 200 Kilometer haben und wird eines der Hauptwaffen für den sowohl in AirLand-Battle wie im Rogers-Plan vorgesehenen „tiefen Schlag“. Bei der derzeitigen Euphorie für den „tiefen Schlag“ in den Militärkreisen der BRD ist es schlecht vorstellbar, daß die Bundeswehr freiwillig auf dieses System verzichtet. Ein Preis von zehn Milliarden ist eine nicht zu hoch gegriffene Schätzung.

● Ein fast vertraglich abgeschlossen zwischen Wörner und dem französischen Verteidigungsminister-Matru ist der Bau eines nachkampfsfähigen Panzerabwehrubers (PAH 2). Die Bundeswehr will davon 212 Stück anschaffen, der heutige Preis liegt bei etwa fünf Milliarden DM.

● Unter dem Titel „Gepanzerte Truppen 90“ zusammengefaßt ist eine neue Generation gepanzerter Fahrzeuge zu verschiedenen Zwecken. „Der Spiegel“ (14. 5. '84) spricht von „4500 gepanzerten Kampfwagen für 12,1 Milliarden DM“ zu heutigen Preisen. Dies sind lediglich die größten bekannt gewordenen Beschaffungsvorhaben des Heeres. Im Bereich der Marine sind rund zehn Milliarden DM eingeplant für den Bau von sechs Fregatten und 18 U-Booten. Die Luftwaffe will noch weit mehr.

● Das Studium von Vorverträgen erreicht das Patriot/Roland-Projekt mit den USA zur Schaffung eines neuen umfassenden Luftabwehrsystems. Dieses Projekt wird laut „Spiegel“ sieben Milliarden DM kosten. Die politische und militärische Bedeutung der Patriot liegt u. a. darin, daß sie mit relativ einfachen Mitteln zur Raketenabwehr befähigt werden kann. Die Patriot steht dann neben der Pershing II und sichert damit deren Entscheidungsfähigkeit (vgl. dazu DVZ/die tat Nr. 25).

● Zusätzlich zur Pershing II ist die Beschaffung von 65 atomaren Pershing II für über 2 Mrd. DM geplant. Nach Angaben von „Aviation Week & Space Technology“ wurde schon im Dezember 1983 ein entsprechender Vertrag abgeschlossen.

● Der finanziell dickste Brocken ist der Jäger 90, den die Bundesrepublik zusammen mit Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien bauen und ab Mitte der 90er Jahre einführen will. Für den „Bedarf“ dieser fünf Staaten sind 800 Stück geplant, weitere 800 sollen exportiert werden. „Wehrdienst“ schrieb am 20. 2., daß für dieses Flugzeug im Bundeswehrplan 1985 17,5 Mrd. DM vorgesehen seien, während die Produk-

tion in Wirklichkeit 25 Mrd. DM kosten würde. Weiter schrieb der Dienst, daß schon in den kommenden vier Jahren 1,8 Mrd. DM für die Entwicklung „fehlen“ würden, die nicht eingeplant seien.

Der Jäger 90 wird ein neuer Fall Tornado werden, allerdings in weit größerem Maßstab. Anfangs der siebziger Jahre wurde der Öffentlichkeit weisgemacht, ein Tornado würde 20 Mio. DM kosten. In Wirklichkeit sind es heute fast 100 Mio. DM. Dazu kommen die immensen Wartungskosten. Ähnliches ist beim Jäger 90 schon jetzt absehbar: Am 17. 12. 1983 bezifferte die „FAZ“ den Systempreis dieses Flugzeugs auf 51 Mio. DM, fast zur gleichen Zeit nannte die „Internationale Wehrrevue“ unter Berufung auf „Bonner Kreise“ 70 Mio., während „Wehrdienst“ im Februar dieses Jahres bei einem Systempreis von 100 Mio. angelangt war. Dies alles in einem Vierteljahr! Es bedarf keiner sonderlich ausgebauten Phantasie, um sich vorzustellen, bei welchem Preisinflationsniveau man 1995 angelangt sein wird.

Wir teuer kommt der „Jäger 90“ wirklich?

Rechnet man allein die genannten Großprojekte zu heutigen Preisen zusammen, kommt man auf rund 80 Mrd. DM. Zusammen mit den Haushaltsansätzen für den Zeitraum von 1985 bis 1988 in Höhe von 73 Mrd. DM sind dies bereits über 150 Mrd. DM. Dabei sind allerdings noch nicht gerechnet:

– Bauvorhaben, die in den vergangenen Jahren jeweils ca. 2,5 Mrd. kosteten, in den 12 Jahren Laufzeit von Bundeswehr 1985 also rund 30 Mrd. DM.

– Munitionsbeschaffungen, laut Weißbuch 1983 allein für 1984 2 Mrd. DM, in 12 Jahren rund 25 Mrd. DM.

– Ebenfalls nicht voll gerechnet ist das Kfz-Beschaffungsprogramm von 1977–1990, in dessen Rahmen 115 000 Kfz für 10 Mrd. DM angeschafft wurden und werden.

– Des weiteren nicht berücksichtigt ist eine Vielzahl von kleineren und mittleren Beschaffungsvorhaben (die in die Hunderte gehen), Nachbesserungen an vorhandenem Gerät sowie die geplante – und von AirLand-Battle und Rogers-Plan geforderte – umfassende Verbesserung des elektronischen Aufklärungs- und Führungsgeräts.

– Bestenfalls am Rande berücksichtigt sein dürfte die von den Militärplanern ab Beginn der 90er Jahre vorgesehene Anschaffung „intelligenter“ Munition. Preisangaben oder auch nur Schätzungen dafür gibt es kaum, aber klar ist, daß diese völlig neue Munition viele Milliarden kosten wird.

Berücksichtigt man diese Posten, dann belaufen sich die Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr 1985 bis ins Jahr 1977 auf mindestens 230 Mrd. DM zu heutigen Preisen. Der SPD-Abgeordnete Hoffmann machte darauf aufmerksam, daß darin nur ein Teil der Kosten für das NATO-Infrastrukturprogramm enthalten ist, es bestünde hier „ein Unterschied von 4–5 Mrd. DM“.

Zusätzlich stellen die USA weitere Forderungen an die Bundesrepublik in Höhe von über 10 Mrd. DM. „Auch sie seien unberücksichtigt.“ („FAZ“, 4. 5. '84) „Weiter kritisierte Hoffmann, daß der Bundeswehrplan für die 12 Jahre seiner Laufzeit von 1985 bis 1997 weder die Inflationsrate berücksichtige...“ Die jährliche Inflationsrate für militärische Güter beträgt aber mindestens sechs Prozent, für hochentwickelte Technologie 10 Prozent und mehr. Das heißt, daß bei einem Beschaffungsprogramm von rund 250 Mrd. zu heutigen Preisen die akkumulierten jährlichen Inflationsraten hinzuzurechnen sind, um zu den wirklichen Summen zu kommen.

Damit zielt Bundeswehr 1985 für die kommenden 12 Jahre auf ein Rüstungsprogramm von mindestens 300 Mrd. DM.

Dies sind wohl gemerkt nur die Beschaffungs- und Investitionskosten, die in den vergangenen Jahren etwa 36 bis 40 Prozent des offen ausgewiesenen Rüstungshaushalts ausmachten. Dieser „Einzelplan 14“ umfaßt im Haushaltsentwurf 1985, 49,3 Mrd. DM. Nach NATO-Kriterien, die auch andere, unmittelbar rüstungsrelevante Aus-

gaben anderer Haushaltstitel mitzählen, sind dies schon rund 60 Mrd. DM. Das ist aber noch nicht alles. Denn zum einen sind über die NATO-Kriterien hinaus weitere Rüstungsausgaben in anderen Ressorts – sowie bei Ländern und Gemeinden – versteckt, zum anderen sind anteilig zu etwa einem Viertel die Aufwendungen der „Bundesschuld“ hinzuzuzählen. Unter „Bundesschuld“, Aufwendungen für den Schuldendienst, sind im Haushaltsentwurf 1985 fast 34 Mrd. DM ausgewiesen.

Zusammengenommen bedeutet dies, daß die Rüstungsausgaben der BRD heute etwa 75 bis 80 Mrd. DM pro Jahr liegen. Das Beschaffungsvolumen liegt zur Zeit bei etwa 18 Mrd. pro Jahr. Die Realisierung von „Bundeswehr 1985“ würde bedeuten, daß es auf 30 Mrd. DM jährlich steigen würde und darüber. Dabei ist zu berücksichtigen, daß man bei Hochtechnologiesystemen wie etwa dem Tornado heute von einer Kostenverteilung von etwa 1:3:6 für Entwicklung, Produktion und Betrieb ausgeht. Das heißt, daß jede Steigerung der Beschaffung eine noch weit höhere Steigerung der laufenden Betriebskosten zwangsläufig nach sich zieht.

Dazu kommen die Pläne des Verteidigungsministeriums, den Personalumfang der Bundeswehr durch Einbeziehung von Frauen, Vergrößerung der Wehrpflicht und Einstellung von mehr Berufssoldaten auf 500 000 zu halten, was wiederum jährliche Mehrkosten in Milliardenhöhe ergibt.

Alles zusammen bedeutet der Bundeswehrplan 1985 eine Explosion der Rüstungskosten in heute noch schwer vorstellbarem Ausmaß. Dies hätte folgende Auswirkungen:

● Der Anteil des Rüstungshaushalts am Gesamthaushalt, nach NATO-Kriterien dieses Jahr etwa 23 Prozent, in Wirklichkeit fast 30 Prozent, würde drastisch steigen und sich sehr schnell in Richtung 40 Prozent bewegen. Die Verschiebung im Gesamthaushalt würde dadurch beschleunigt, daß es in den 80er und 90er Jahren im Gegensatz zu den 70er Jahren nur sehr geringe allgemeine Wachstumsraten geben wird, während der Rüstungsetat laufend steigt. Für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, für Soziales, Bildung und Umweltschutz bliebe buchstäblich nichts mehr übrig. Im Gegenteil: Die Finanzierung von Bundeswehr 1985 erfordert Raubzüge gegen die Bevölkerung in einem Umfang, der Schmidts Haushaltsoperationen als Fingerübungen erscheinen läßt.

Raubzüge gegen die Bevölkerung

● Die Realisierung von Bundeswehr 1985 ginge einher mit einem enormen Ausbau der BRD-Rüstungsindustrie, mit der Folge wachsender Abhängigkeit der BRD vom Rüstungsmarkt. Am deutlichsten wird dies beim Jäger 90, wo die Hälfte der geplanten Serie von vornherein für den Export bestimmt ist. Auf längere Sicht bedeutet dies eine einschneidende Veränderung des Verhältnisses von Zivilproduktion und Militärproduktion in der BRD.

● Forcierter Rüstungsexport hätte gravierende außenpolitische Folgen. Als Beispiel wieder der Jäger 90: Er wird so teuer sein, daß er fast nur in der Golfregion verkauft werden kann. Er wird so kompliziert sein, daß es Hunderte, wenn nicht Tausender von Experten bedarf, um auszubilden etc. Konsequenzen dessen ist die unmittelbare Verwicklung bundesdeutscher Waffen- und bundesdeutscher Personals in politische und – möglicherweise – militärische Auseinandersetzungen im Nahen Osten. Und dies wiederum auf dem Hintergrund der Komplettierung der AirLand-Battle-Waffenausstattung in Europa und der Geltung der US-Doktrin der „horizontalen Eskalation“.

Über die Einleitung einiger Vorhaben im Rahmen von Bundeswehr 1985 ist schon entschieden. Die Hauptentscheidungen aber stehen erst in den kommenden Monaten und Jahren an. Es scheint so, als ob die Bundesregierung erst nach den Wahlen 1987 mit voller Wucht loszuschlagen will. Deshalb ist es dringend erforderlich, jetzt den Druck hinter der Forderung nach einem Einfrieren der Rüstungsausgaben zu verstärken. Die Auseinandersetzung um den Haushalt 1985 nach der Sommerpause kann dafür ein Ansatzpunkt sein.

Berlin vor der Wahl

Viele Freunde fragen uns, ob wir nicht auch zur Berliner Wahl analog zur Bundestagswahl eine Kampagne zur Wahlbeeinflussung starten wollen. Verschiedenen Friedensinitiativen basteln z.Zt. an Wahlprüfsteinen. Wir tun uns dabei noch ein bisschen schwer, obwohl wir nach wie vor davon überzeugt sind, daß unsere Kampagne "Mit der Erststimme gegen die NATO-Nachrüstung", die im Frühjahr 1983 für einiges Aufsehen sorgte und die beinahe mit dazu beigetragen hätte, daß ausgerechnet Hans Apel nicht den Sprung in den Bundestag geschafft hätte.

Zu einer vergleichbaren Kampagne fehlt uns derzeit die Kraft und es ist auch nicht das "große Thema" da, das alle bewegt wie es zum Beispiel

der NATO-Doppelbeschluß 1983 war.

Ganz tatenlos wollen wir jedoch nicht sein und haben uns ein paar Fragen ausgedacht, die wir in den nächsten Wochen bei den verschiedensten Gelegenheiten diskutiert haben wollen:

Viele von uns wollen Wahlveranstaltungen besuchen und diese Fragen stellen. Einige wollen sich zu Kandidaten der verschiedenen Parteien begeben, um mit ihnen zu diskutieren. Indem wir diese Fragen an die Parteien und evtl. auch Kandidaten schicken, geben wir diesen Gelegenheit zur Stellungnahme. Wenn die Kraft reicht, werden wir Antworten von Politikern noch rechtzeitig vor der Wahl im März Info auswerten und mit Wahlempfehlungen verbinden. Wenn ihr Erfahrungen mit diesen Fragen sammelt, laßt sie uns wissen.....

Folgende Überlegungen sollten vor der Stimmabgabe in jedem Fall stehen:

1. Auch bei der Berliner Wahl gibt es die Möglichkeit, mit der Erst- und der Zweitstimme Zeichen zu setzen. Die Teile der SPD, die eine



Eine Handvoll Fragen zur Berliner Wahl 1985 :

1. Ist es für den Schutz Berlins notwendig, daß die Alliierten vierzig Jahre nach Kriegsende noch immer mit Besatzungsbefehlen demokratische Grundrechte außer Kraft setzen?
2. Dürfen Berliner Richter Berliner Bürger nach alliierten Besatzungsbefehlen verurteilen, oder sollten in solchen Fällen die hierfür vorgesehenen alliierten Besatzungsgerichte tätig werden?
3. Wäre Berlin weniger sicher, wenn sich die Alliierten auch in Berlin an die gleichen vertraglichen Abmachungen halten würden, die seit Jahrzehnten die Stationierung von Truppen in der Bundesrepublik regeln (NATO-Truppenstatut)?
4. Trifft es zu, daß nach dem neuen NATO-Konzept "Rogers-Plan" Berlin und Umgebung im Kriegsfall das Ziel von Angriffen der NATO werden könnte?
5. Kann es irgendeinen Grund im Berliner Interesse geben, der die Lagerung oder den Einsatz alliierter Atomwaffen in Berlin und Umgebung rechtfertigen würde?

große Koalition ablehnen sollten mit der Erststimme unterstützt werden. Insbesondere dort, wo konservative Kandidaten der SPD zur Wahl stehen, sollte die Erststimme an einen Kandidaten einer anderen Partei gehen. Selbst eine Stimmabgabe für die CDU wäre in solch einem Fall nicht schädlich, da dadurch die Direktwahl des SPD-Kandidaten eher verhindert werden kann und die tatsächliche Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses sich ja sowieso durch die Zweitstimmen regelt.

2. Mit der Zweitstimme sollte dann nicht nur gegen eine Große Koalition gestimmt werden, sondern anhand von Inhalten gestimmt werden. Im Anschluß an diesen Artikel drucken wir eine Anzeige ab, die mehrere Persönlichkeiten aus der Westberliner Friedensbewegung kürzlich veröffentlichten. Auch wenn wir nicht bis ins letzte Detail alle dort aufgeführten Punkte für uns gelten lassen würden, so sind in dieser Anzeige doch im großen und ganzen die Knackpunkte genannt, um die es am 10. März geht.

Kirchentag 1985

Das Friedenszentrum wird auch an diesem Kirchentag teilnehmen. Gemeinsam mit dem Laurentiushof Wethen, den vielleicht einige aus den Dahlemer Rundgesprächen 1984 kennen, der Evangelischen Akademikerschaft, Robin Wood, u.a. wollen wir in einer Halle unsere Arbeit zur Diskussion stellen und Anregungen geben. Unsere Schwerpunkte sollen nach der bisherigen Planung in den folgenden Bereichen zu finden sein:

1. Ausländerarbeit/Gemeindearbeit
2. Bekennende Kirche/Aus der Geschichte lernen
3. Vernetzung 3. Welt-Frieden-Menschenrechte
4. Frauen in der Kirche
5. Friedensmahnwache/Gemeindejugend

Eine Vorbereitungsgruppe hat sich gebildet, zu der Interessenten noch jederzeit hinzustoßen können.

Einige Worte zur bisherigen Planung: Wir bilden mit ca 8 Gruppen eine Kooperative von 5 Kooperativen in der Werkstatt VI. Insgesamt werden ca 40 Gruppen in unserer Halle sich einbringen. (Halle 4)

3. Eine Große Koalition mit oder ohne Regierungsbeteiligung der SPD könnte nur durch die SPD verhindert werden. Ich glaube nicht, daß die SPD hierzu in der Lage sein wird. Wahrscheinlicher ist, daß die nächste Wahlperiode nicht 4 Jahre dauert. Bis zu den dann vielleicht stattfindenden Neuwahlen ist es jedoch sinnvoll, die Alternative Liste so zu stärken, daß überhaupt noch Opposition im Abgeordnetenhaus stattfindet, denn die SPD fällt bei einer Großen Koalition ja zunächst einmal als Oppositionspartei aus. Eine parlamentarische Demokratie lebt davon, daß es auch eine Oppositionspartei gibt.

Mike

Im Überblick jetzt noch der Programmablauf, wie er etwa in unserer Halle (nach der bisherigen Ideensammlung von uns) sein könnte.

Jeden Tag findet zunächst eine Bibelarbeit statt, die von Dorothee Sölle und Frau Schottroff durchgeführt wird. Uhrzeit: 9-11 Uhr

Ab 11 Uhr bestehen dezentral für die Gruppen Möglichkeiten sich darzustellen.

Ab 12 Uhr bis 14 Uhr ist die Mittagsphase.

Um am Nachmittag einen Akzent zu setzen, sollen jeweils um 14 Uhr für ca 30-60 Minuten bekannte Personen zentral sprechen. Nach unseren Vorstellungen könnten dies am 6.6.85 (Donnerstag) 2 Abgeordnete der Grünen sein, die zum Thema "Ökonomie-Ökologie" etwas sagen und sich anschließend in den Kooperativen zur Diskussion stellen.

Am 8.6.85 (Samstag) würden wir Robert Jungk vorschlagen, einige Gedanken zur Diskussion zu stellen. Der Freitag ist vorgesehen für ein Hearing zum Thema Rüstungsexporte. So sollen Vertreter aus Südafrika, Mittelamerika und Türkei oder Philippinen und ein Vertreter aus der BRD sprechen. Rüstungsexporte, ein wichtiges Thema in der Stadt Düsseldorf, der Stadt von Rheinmetall.

Es gäbe noch einiges zu berichten über die Vorbereitung. Mehr darüber im nächsten Info.

Mike (WG)

Vier Jahre CDU-Senat sind genug keine große Koalition!

Vier Jahre CDU-Senat:

- Das ist eine Politik, die den Unternehmern gibt, was sie zuvor der lohnabhängigen Bevölkerung genommen hat. Das ist eine Politik, die 85.000 Arbeitslose in dieser Stadt und 30.000 Jugendliche ohne Lehrstelle und Perspektive nicht nur akzeptiert, sondern zudem noch Massenentlassungen wie z.B. bei AEG mit Steuergeldern subventioniert.
- Das ist massiver Sozialabbau in Form der Streichung des Nulltarifs bei den Kindertagesstätten oder der Einführung der Selbstbeteiligung im Gesundheitswesen, während andererseits ca. 75.000 Menschen ihren Lebensunterhalt im Gefolge der Wirtschaftskrise unverschuldet von Sozialhilfe bestreiten müssen.
- Das ist ein Innensenator Lummer, der mit massivem Polizeieinsatz angefeuert von der Springer-Presse die besetzten Häuser räumen ließ, der mit dem nach ihm benannten „Lummer-Erlaß“ Ausländerfeindlichkeit zum Regierungsprogramm erhob und für die Opfer seiner Politik - Klaus Jürgen Rattay, Kemal Altun und die sechs in der Abschiebehafte verbrannten Asylbewerber - nur zynische Worte fand.
- Das ist die bedingungslose Unterstützung der Bonner Wendepolitik, ihrer erklärten Gegnerschaft zur Friedensbewegung, zu den gewerkschaftlichen Forderungen nach der 35-Stunden-Woche und dem Aussperrungsverbot, zur Frauenbewegung und ihrem Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen.

Die Wahlen vom 10. März bieten die Möglichkeit, die CDU in der Fortführung dieser Politik zu hindern: SPD und AL können gemeinsam eine Mehrheit gewinnen. Umso mehr wenden wir uns als Gewerkschafter/innen, Aktive der Friedens- und der Frauenbewegung, Deutsche und Ausländer gegen die Erklärung des SPD-Spitzenkandidaten Hans Apel, nach der es „keine Gemeinsamkeiten zwischen SPD und AL“ geben könne.

Wir meinen:

Keine Gemeinsamkeiten darf es mit denen geben, die an der Massenarbeitslosigkeit verdienen, die den Sozialhaushalt kürzen und die Aufrüstung betreiben. Deshalb fordern wir die SPD auf, sich klar und unzweideutig gegen jede Form einer Großen Koalition - auch die Unterstützung eines CDU-Minderheitsensats - auszusprechen. Stattdessen treten wir für einen SPD-Senat ein, der parlamentarisch von der AL gestützt wird, sich den Forderungen der Gewerkschaften und der gesellschaftlichen Bewegungen verpflichtet fühlt und folgende Maßnahmen ergreift:

- Ein Sofortprogramm gegen die Arbeitslosigkeit, das heißt vor allem: Arbeitszeitverkürzung und Neueinstellungen statt Massenentlassungen. Bei drohenden Massenentlassungen Übernahme der Betriebe durch den Senat verbunden mit Ausweitung der Mitbestimmungs- und Kontrollrechte der Belegschaft über Form und Inhalt der Produktion; keine Subventionen mehr für Arbeitsplatzabbau - stattdessen Entwicklung eines beschäftigungspolitischen Sofortprogramms für den Bereich gesellschaftlich sinnvoller Produktion und ein Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit.
- Die Erklärung Berlins zum Bestandteil einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, verbunden mit einer öffentlichen Ablehnung der Stationierung von Pershing II und Cruise missiles durch den Senat; keine Einbeziehung Berlins in die NATO-Struktur.
- Die Verabschiedung eines Gesetzes, mit dem der Aufenthalt der hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer dauerhaft abgesichert, sie deutschen Staatsangehörigen rechtlich gleichgestellt werden und das aktive und passive Wahlrecht erhalten (eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen, Niederlassungsrecht).
- Sicherung des Rechts von Frauen auf eine eigenständige Existenz. Schritte dazu sind: Abbau der Doppelbelastung von Frauen bei gleichzeitiger Verwirklichung ihres Rechts auf Erwerbstätigkeit, Schaffung und Ausbau sozialer Einrichtungen, Streichung des § 218, Ausbau statt Abbau der finanziellen Förderung von Frauenhäusern und anderen autonomen Frauenprojekten.
- Zur Senkung der Schadstoffbelastung in Berlin absoluter Vorrang für den Ausbau eines billigen öffentlichen Nahverkehrsnetzes und umweltfreundliche Energieversorgung; kontrollierte Auflagen gegenüber Heiz- und Kraftwerken sowie Großbetrieben zur Senkung des Schadstoffausstoßes.
- Gegen Spekulation und Bunkerbau: Schaffung und Erhaltung von billigem Wohnraum durch Aufrechterhaltung des Weißen Kreises, Senkung der Mieten im Sozialen Wohnungsbau - öffentliche Förderung nur noch bei dauerhafter Sozialbindung; Instandsetzung und Modernisierung nur noch unter Mitentscheidung der Bewohner.

Der Aufruf wurde bisher unterzeichnet von:

Dr. Gundula Bölke-Zeuner (Dozentin); Ossip K. Flechtheim (ord. Prof. em.); Vizepräsident Internationale Liga für Menschenrechte); Dr. Heinz Hackelberg (Ärzte gegen den Atomkrieg); Andrea Fischer (IG Druck und Papier); Rainer Knirsch (ehem. Betriebsrat BMW); Michael Lucas (Friedensinitiative Sieglitz); Lutz Meyer (Friedensinitiative Sieglitz); Ton Verkamp (Evangelische Studentengemeinde); Peter Vollmer (ehem. Betriebsrat BMW); Prof. Dr. Bodo Zeuner (Hochschullehrer); Dr. Helmut Becker (ehem. Vizepräsident Ärztekammer Berlin); Dr. Hans Christoph Müller-Busch (Gesundheitspäd. Dr. Ulrich Fegeler (Ärzte gegen den Atomkrieg); Dr. Reiner Cornelius (Bund für Umweltschutz u. Naturschutz Deutschlands); Johanna Benzmann (Betriebswirtin); Harald Wolf (GIM); Sabine Kryszon (Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft); Dr. Volker Gransow (Privatdozent); Werner Hau (IG Metall); Rainer Hasselmann (VLJG Chemie); Ulrich P. Triappe (Europäische Friedens Aktion - E.F.A.c.V.); Manfred Jünke (KPD/Moabit); Bernhard Sauer (BVV Sieglitz); Eckhard Hammer (BR-Vorsitz/IG Metall-Funktionär); Petra Botschafter (ÖTV); Dr. Frigga Haug (Dozentin); Prof. Dr. Wolfgang Haug (Hochschullehrer); Peter Klepper (Alternative Liste Berlin); Elmar Altvater (Hochschullehrer); Dr. Peter Brandt (Hochschulassistent) u.a.

* Die Angaben in Klammern dienen ausschließlich Informations- und Identifikationszwecken. Unterstützung für den Aufruf in Form von weiteren Unterschriften und/oder Spenden bitte an T. Rausch, Mantuffelstr. 54, 1 Bin. 36.

Der Katalysator: Ein Wegwerfartikel

Polemische Untersuchungen zum Nutzen des Katalysators — Autogasanlagen sind besser

Flensburg (taz) - Die Forderung nach Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs wurde bald von der Diskussion um Senkung der Abgaswerte verdrängt. Selbst unter dieser inhaltlichen Einschränkung blieb eine Alternative von vornherein unberücksichtigt: die Autogasanlage. Sie paßt nicht ins Konzept von Industrie und Politik; die Grünen schwiegen mit und bewiesen Staatsräson.

Autogasanlagen gibt es seit vielen Jahren in skandinavischen Ländern. Der TÜV akzeptiert sie mittlerweile auch bei uns. Ein zusätzlicher Tank für Gas wird im Kofferraum auf der Hinterachse installiert und hat eine eigene Zuleitung zum Vergaser. Der Wagen kann wahlweise mit Benzin oder Gas gefahren werden. Der Verbrauch ist in beiden Betriebsarten nach unseren Erfahrungen etwa gleich.

Bei der Verbrennung von Autogas entstehen weder Blei noch Schwefeldioxid oder Rußpartikel und nur sehr wenig Kohlenmonoxid und Benzopyren im Vergleich zu Benzin (rund 80 Prozent weniger). Während die Abgaswerte der etwa gleich teuren Katalysatoren allen möglichen Schwankungen unterworfen sind und in der Tendenz ständig abnehmen, bleiben die geringen Autogasemissionen konstant. Schon nach 50.000 Kilometern ist die Reinigungswirkung der Katalysatoren dagegen auf nur 50 Prozent ihrer ursprünglichen Neuwerte gesunken.

Katalysatoren benötigen eine Mindestbetriebstemperatur von 300 Grad Celsius, um ihre Funktion als Giftumwandler erfüllen zu können. Deshalb ist während der Wintermonate und auf Kurzstrecken im Stadtverkehr mit deutlich höherem Schadstoffausstoß zu rechnen, weil die Temperaturen für das Funktionieren nicht erreicht werden. Eine technische Lösung wäre, den Katalysator nicht ans Auspuffende, sondern dichter an den Motor zu setzen, damit er schneller warm wird. Das hat aber den Nachteil, daß sich der Katalysator im bergigen Gelände und auf Langstrecken überhitzt. Bei Temperaturen über 800 Grad Celsius setzt die Selbstzerstörung des Katalysatorsystems ein. „Kühlere Lagerung“ (am Auspuffende) verlängert die Lebensdauer und hilft im Überlandverkehr. bringt in der Stadt jedoch mehr Gift. Gasgetriebene Motoren leben länger und müssen weniger gewartet werden, weil keine Rußrückstände entstehen. Ein Ölwechsel auf 100.000 Kilometer ist bei Gas normal: welch Drama für die Kfz-Branche. Gasanlagen verschleßen auch nicht. Wenn der Wagen auf den Schrott kommt, kann die Gasanlage ausgebaut und im nächsten montiert werden. Dagegen sind Katalysatoren wegen ihrer nachlassenden Reinigungskraft echte Wegwerfartikel. Wo bleiben die verbrauchten Katalysatoren, und werden die Gifte bei ihrer Vernichtung nicht wieder freigesetzt? Für die Umwelt ist es allemal besser, Gifte gar nicht erst zu erzeugen, statt sie in fragwürdigen Filtern zu speichern. Benzin ist im Unterschied zu Gas eben eine künstliche Substanz, die sich in der Natur nicht findet, und zieht entsprechende Folgen ihrer Verwendung nach sich. Mit ihrem Ja zum

Katalysator haben die Grünen zum ersten Mal einen echten Wegwerfartikel politisch unterstützt und damit ihrer eigenen Programmik einen Tritt gegeben.

System nicht angekratzt

Die ADAC-Begründung gegen die Förderung von Autogasanlagen lautet: Es gäbe nicht genug Gas auf der Welt. Dümmer geht's nimmer, denn täglich werden tausende Kubikmeter Gas abgepackelt, weil sich die wirtschaftliche Nutzung angeblich nicht lohnt. Diese immense Rohstoffvernichtung hat ihre Ursachen in Ölkonzern-Interessen, verbunden mit staatlicher Steuerpolitik. Die massenweise Einführung von Autogasanlagen bedeutet für die BRD Steuerverluste in Millionenhöhe. Deshalb die staatstreue Katalysatorlösung, die das System wenig ankratzt und die Profite der Konzerne erhöht. Autogasanlagen werden aus folgenden Gründen nicht gefördert, obwohl sie die umweltfreundlichste Lösung sind:

- Der Kraftstoffsteueranteil an Autogas liegt mit 32,5 Pfennig pro Liter ganz erheblich unter dem Benzinniveau. Hinzu kommen staatliche Einnahmeverluste an Mehrwertsteuer, weil der Endverkaufspreis von Autogas geringer als der Benzinniveau ist.

- Eine Anhebung der Autogassteuer auf Benzinniveau ist vielleicht trotz des gestiegenen Umweltbewußtseins politisch durch-

setzbar, fordert aber das Tanken im Ausland. In Dänemark und den Niederlanden ist Autogas mit 82 Pfennig pro Liter jetzt schon um 20 Pfennig billiger als bei uns. Diese Nachbarländer sind nicht bereit, ihre Gaskraftsteuer auf BRD-Niveau anzuheben. Die Zollbestimmungen innerhalb der EG führen deshalb zu massiven Steuerverlusten.

- Autogas ist chemisch identisch mit Propan/Butan, das tausendfach zum Heizen und Kochen verwendet wird. Gas zum Heizen unterliegt — genau wie Heizöl — nicht der Kraftstoffsteuer, kann aber problemlos aufs Auto gefüllt werden. Das ist — anders als bei Heizöl und Diesel — schwer kontrollierbar, denn Gas läßt sich nicht so leicht einfärben. Je höher die Gaskraftstoffsteuer, desto mehr wird schwarz gezapft.

- Autogas eröffnet im Unterschied zu Benzin dezentrale Versorgungsperspektiven. Nutzbares Gas gibt es überall. Biogasanlagen, Klärwerke und ähnliche verwenden ihr Gas gegenwärtig hauptsächlich für Heizzwecke. Die Verwendung als Kraftstoff im Auto erhöht die Wirtschaftlichkeit dieser Anlagen und stärkt damit kleinere Einheiten. Biogas aus der eigenen „Scheiße“ mit Kompressor steuerfrei aufs Auto gefüllt — da kommt Freude auf. Die technischen Möglichkeiten hierzu sind längst vorhanden. Es fehlt zumeist die politische Unterstützung und Entscheidung, selbsterzeugtes Gas steuerfrei als Autokraftstoff verwenden zu dürfen.

Katalysator und Kontrolle

Noch etwas spricht gegen den Katalysator. Die Reinigungswirkung nimmt mit zunehmender Geschwindigkeit ab und strebt bei über 100 km/h gegen Null. Wer den Katalysator bejaht, muß deshalb Tempolimit fordern, um wenigstens noch etwas Reinigungswirkung zu erhalten. Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen erfordert aber auch mehr Polizeikontrollen, denn ein Tempolimit, das nicht kontrolliert wird, bringt nichts. Geschwindigkeitskontrollen auf Autobahnen heißt im Klartext Radarfallen mit Videokameras an vielen Orten. Der Einsatz von fahrbaren Radarfallen mit Beamten reicht bei der Größe des Autobahnnetzes allein nicht aus und ist viel zu personalaufwendig. Videoüberwachung ist billiger, vollständiger und wird heute schon in jeder größeren Stadt praktiziert. Aus den Videobildern kann der Computer vollautomatisch die Kfz-Nummer ermitteln und damit den Fahrzeughalter feststellen. Rasterfahndung total: Wer fährt zur Demonstration nach xy-Stadt? Flughäfen und Bundesbahnhöfe werden bereits stärker überwacht. In dieser Sammlung fehlen zur Zeit noch die Autobahnen als letzte, relativ wenig kontrollierte Verkehrsadern. Das Tempolimit untermauert ideologisch den Ausbau des Polizeistaates in diesem Bereich. Zimmermann als Fürsprecher des Tempolimits aus polizeitaktischen Gründen, und die Grünen haben einen neuen Bündnispartner, auf den sie mit Recht stolz sein können. Oder? re

"Polemische Überleitung"

...Ob das, was in der TAZ steht stimmt ist meistens der 'reine Zufall'.....

Wir haben uns gedacht, um diesen Artikel nicht einfach so stehen zu lassen und wir ja auch keine Fachleute und unfehlbare Umweltpapste sind, daß wir als Ergänzung ein Gespräch mit dem frischgebackenen AutogASFahrer von Dahlem Thomas Bailly abdrucken. Das entweder oder des TAZ-Artikels wird dadurch zu einem sowohl als auch, d.h. bei alten Autos scheint Autogas auf jeden Fall empfehlenswert zu sein. Bei Neuwagen scheint am Idealsten wohl Autogas und Katalysator zu sein.

AUTOGAS IST SAUBERER UND BILLIGER

Interview mit Thomas Bailly

Frage: Die Diskussion um den Katalysator füllt die Spalten der Zeitungen. Du hast dein Auto nun auf Gas umgestellt. Was hat dich dazu bewogen?

T.B.: Ja, der Hauptgrund für mich war, daß wir uns alle mit Umweltfragen auseinandersetzen und ich ein schlechtes Gewissen hatte beim Autofahren. Wenn ich viel Geld hätte, würde ich mir vielleicht ein neues Auto mit Katalysator kaufen. Dies ist für uns finanziell jedoch nicht drin; wir haben einen Gebrauchtwagen. Durch Zufall hörte ich von Autogas, hab mich informiert und erfahren, daß man einen Gebrauchtwagen, der nicht älter als 4-5 Jahre alt ist und der nicht mehr als 100 000 km gefahren ist, auf Autogas umstellen kann.

Frage: Für dich standen als auch noch finanzielle Überlegungen im Vordergrund. Was hat dich der Einbau der Autogasanlage gekostet?

T.B.: Der Senator für Umweltschutz und Stadtentwicklung fördert den Einbau mit 1000.-DM - 500.- DM dafür, daß man die Anlage einbaut und 500.-DM dafür, daß man sich auf beiden Seiten einen großen Aufkleber draufklebt. Eine Autogasanlage kostet mit Einbau zwischen 1700.-DM und 2600.-DM, meine kostete 1700.-. Ich selbst habe also nur 700.-DM gezahlt.

Frage: Kannst du was zur Amortisation dieser Anschaffung sagen?

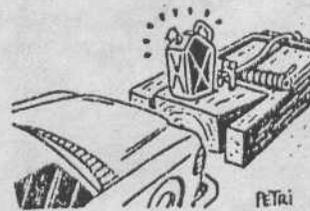
T.B.: Ja, sie amortisiert sich sehr bald. Einmal ist Gas viel billiger. Es kostet zwischen 97 und 99 Pf. In Berlin gibt es 12 Autogastankstellen. Man zahlt also weniger als Benzin, verbraucht dafür aber 10-15 % mehr. Mein Wagen verbraucht ungefähr 10 l Benzin, d.h. er verbraucht ca 11 l Gas. Für Benzin würde ich 14.-DM

bezahlen, für Gas 11.-DM.

Zu der Treibstoffersparnis kommen noch weitere Ersparnisse. Z.B. muß ich nicht alle 5000 km einen Ölwechsel machen sondern kann 10000 km oder mehr, im Schnitt also doppelt so weit oder lange, fahren.

Genauso ist es mit den Zündkerzen, die etwa die doppelte Lebenszeit haben, wenn man Autogas fährt. Auch der Auspuff hält viel länger, denn es gibt keinen Ruß und - ich bin kein Chemiker, aber man hat mir das mal erklärt - es gibt nicht dieses Kondensat, das den Auspuff zerfrißt. Dadurch rostet der Auspuff nur noch von außen.

Es gibt leider keine Steuerersparnisse, wie sie jetzt für Katalysatorautos vorgesehen sind. Es soll aber wohl daran gedacht sein, die Steuern für Autogas herabzusetzen. Autogas würde dann vielleicht 90 Pf kosten.



Suchtberatungsstelle
Auto

Cheruskerstraße 10, 1/62
393 26 58
(Bernd Herzog Schlagk)

Frage: Nun sind es ja nicht nur finanzielle Gründe, die dich dazu gebracht haben, dein Auto auf Autogas umzurüsten. Wie sieht es nun mit den Abgaswerten aus?

T.B.: Wenn ich nicht gerade mal "auf Benzin umgeschaltet habe....

Frage: Wieso Benzin?

T.B.: Naja, alle 1000 km soll man mal für etwa 100 km auf Benzinbetrieb umschalten. Die Motoren sind auf Benzin ausgerichtet und da ist im Vergaser eine Schwimnmadel und verschiedene andere Teile, die einer Schmierung bedürfen. Wenn man nur Gas fährt, fehlt dieser Schmierfilm, den Benzin mit sich bringt. Es gibt ja auch Motoren, die nur mit Autogas fahren, da sind die Motoren dann darauf eingestellt. Doch nun zu den Abgasen. Der CO Wert ist je nach Einstellung ca 80% ge-

ringer als beim Benzinbetrieb. Bei meinem Fahrzeug liegt der CO-Wert bei Benzin ca 1,6-1,7, bei Autogas bei ca 0,2,

Blei und Ruß hast du überhaupt nicht! Was der Haken ist, und deshalb erreicht Autogas auch nicht die amerikanischen Richtwerte, nach denen man sich neuerdings richtet, das sind die Stickoxide. Die sind zwar bei guter Einstellung bis zu 50 % niedriger, aber erreichen nicht den Wert, den z.B. ein Katalysator erreicht. Ideal wäre wohl ein Autogasbetrieb mit Katalysator.

Frage: Wenn ich nun mein Auto auf Autogas umstellen will, wie stelle ich das an, an wen wende ich mich?

T.B. Am besten an den Senator für Umweltschutz. Von dort kann man sich die Unterlagen zuschicken lassen. Den Antrag kann man dann gleich stellen, auch wenn man noch keine Werkstatt hat, weil die Bearbeitung des Antrags ca 14 Tage dauert. Man kriegt auch gleich ein kleines Handbuch, worin alle Werkstätten, die die Anlage einbauen, und alle Tankstellen enthalten sind, die es in der BRD und in Berlin gibt, sowie eine Autokarte, wo die Städte auch noch mal eingezeichnet sind, in denen es Autogas

gibt; das sind schon ca 1000 Autogastankstellen, ziemlich flächendeckend verteilt - in Bayern noch nicht so gut.

Das Auto — Monster unserer Zeit

Das Auto ist der größte Krachmacher, Umweltverschmutzer, Landschaftsfresser und das Sicherheits- und Umweltproblem Nummer eins (Bundesinnenministerium 1980).

■ 1980 gab es allein in Berlin 17 000 Verletzte und 261 Tote im Straßenverkehr (die Mehrheit davon Fußgänger)! Damit nimmt Berlin eine internationale »Spitzenstellung« ein.

■ 80% des Lärms in der Stadt entstehen durch den Autoverkehr.

■ 40% aller Lungenkrebskrankungen sind (nach einer Schweizer Studie) auf Autoabgase zurückzuführen.

■ Der Autoverkehr trägt wesentlich zum Waldsterben bei (Stickoxyde).

■ Das Auto braucht viel asphaltierte Fläche zum Stehen und Fahren, die woanders fehlt.

■ Die meisten Autofahrer und Politiker sind nicht bereit, dies freiwillig zu ändern.

Frage: Wenn 2 Deutsche sich treffen, gründen sie oft bald einen Verein. Bist du schon in einem Club für AutogASFahrer?

T.B. Als ich vor kurzem in der Stadt war, klopfte jemand an meine Scheibe, fragte "Sie fahren Autogas? Wollen Sie nicht mal zu unserem Treffen kommen?" und wie ich gehört habe, kommen da immer so 70-150 AutogASFahrer zusammen. Ich selbst wollte da auch mal hin, bin aber noch nicht hingegangen.

SPENDENAFFÄRE IN BIELEFELD !

===== Eine Gruppe junger Leute - potentiell den Grünen nahestehend - hat sich entschlossen, das Rauchen aufzugeben. Freiwillig unterwarfen Sie sich der strengen Regel, 100.- DM an die CDU zu spenden, wenn jemand seinen guten Vorsatz bricht. Mehrere vergebliche Versuche waren vorausgegangen. Die Bestrafung 100.-DM z.B. an amnesty international zu spenden war immer nur kurzfristig wirksam. Die Vorstellung 100.-DM an die CDU abzuführen war bisher für alle Beteiligten ein so schrecklicher Gedanke, daß bisher niemand die Wende zum Raucher vollzog. Vom Bundesgesundheitsministerium liegt uns in dieser Angelegenheit noch keine Stellungnahme vor.

Täglich in Berlin



Für 2 Millionen Mark Benzin:

338 to CO	4 to SO
40 to NO _x	190 kg Blei
34 to CH.	1,1 to Ruß

DIE ROLLE DER BUNDESREPUBLIK IM LIBANON

"Grundlage unserer Nahostpolitik ist der Respekt vor den berechtigten Interessen aller, z.T. im Widerstreit miteinander lebenden Völker und Staaten in jener Region", heißt es in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl am 4.5.1983. Besondere Verbundenheit mit Israel, daneben aber auch Freundschaft mit der arabischen Welt und sogar die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes; vor allem aber immer wieder beschwörende Apelle für eine friedliche Lösung der Konflikte - das ist die offizielle Bonner Politik, und sie war es auch bereits zu Zeiten der SPD/FDP Koalition. Diese offizielle Politik, die im Libanon den friedlichen Ausgleich im Inneren sowie den Abzug sämtlicher fremder Truppen aus dem Land und die Achtung der Integrität und Souveränität des Landes fordert, befindet sich auch im Einklang mit den vielfach erklärten Zielen der Europäischen Gemeinschaft.

In der Praxis ist allerdings die Bundesrepublik in den letzten Jahren zunehmend in das Fahrwasser der Interventionspolitik der US-Regierungen im Nahen Osten und auch im Libanon geraten. Und sie versucht dabei sogar noch, im Trüben zu fischen, obwohl es auch der Bundesregierung wegen der zunehmenden Risiken dieses Kurses nicht wohl ist.

Die Regierung der USA hat in den letzten Jahren verstärkt versucht, ihre Verbündeten sowohl in der NATO wie auch im Fernen Osten in irgendeiner Form in das militärische Engagement im Nahen Osten einzubeziehen. Für die sogenannten "multinationalen Friedensgruppen" wurden z.B. sämtliche Verbündete, bis hin zu Südkorea, um direkte militärische, logistische oder finanzielle Beiträge angegangen. Auf Druck der USA hat die Verteidigungsplanungsgruppe der NATO am 13.5.1981 zum ersten Mal beschlossen, daß "vitale Interessen von Mitgliedsstaaten auch außerhalb der NATO-Zone bedroht sein könnten, und daß auch diese Interessen von der NATO geschützt werden müßten".

Für die Bundesrepublik bedeutet dies zunächst, daß sie vor allem aufgrund des sog. Wartime Host support-abkommen vom Frühjahr 1982 sich als Drehscheibe sowohl für den Nachschub wie auch den Einsatz der Schnellen Eingreiftruppen der USA zur Verfügung stellen muß. Hierbei spielt der Großraum Frankfurt eine besondere Rolle. Darüberhinaus hat sich die Bundesrepublik verpflichtet, beim Einsatz von US-Verbänden im Nahen Osten mit zusätzlich 9000 Bundeswehrreservisten sowie einem erweiterten Einsatz

der Bundesmarine einzuspringen (vgl. Verteidigungsminister Wörner im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 18.2.83). Presseberichte vom Dezember 1983 berichteten auch über eine Diskussion in amerikanischen Militärkreisen über den eventuellen unmittelbaren Einsatz von Bundeswehrtruppen im Nahen Osten - eine Entwicklung, die bisher (noch?) durch das Grundgesetz verboten ist.

Die Bundesrepublik und ganz Europa haben ein lebenswichtiges Interesse an Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit in und mit dem Nahen Osten. Der Widerspruch zwischen diesem Interesse und der mitläuferischen Unterstützung der gegenwärtigen Vormacht- und Interventionspolitik der USA, und ein daraus herrührendes verstärktes Unbehagen lassen sich deutlich an der Entwicklung der offiziellen bundesdeutschen Haltung zum Libanonkonflikt in den letzten 1 1/2 Jahren ablesen.

Zunächst einmal unterstützte die Bundesregierung beispielsweise zu Beginn des letzten Jahres den Abschluß des verhängnisvollen Abkommens zwischen den USA, Israel und der Gemayel-Regierung. Zugleich ermunterte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Möllemann die deutsche Wirtschaft, beim Wiederaufbau des Libanon "Geld zu verdienen". Mehr noch: bei einem Besuch in Beirut im Februar 1983 stellte Möllemann sogar "Hilfe beim Aufbau einer Grenzschutztruppe" durch die Bundesregierung und die Entsendung von Beratern in Aussicht. Ja, er erklärte, daß die Bundesregierung zur logistischen Unterstützung der multinationalen Streitmacht" bereit sei und daß dabei auch "Transportflügen der Bundeswehr weder materielle noch rechtliche Hindernisse entgegenstünden" (vgl. Frankfurter Allg. Zeitung, 17.2.83; dpa, 18.2.83)

In der Tat wies der Bundeshaushalt für 1984 im Einzelplan 05 Kapitel 0502 unter dem Titel 69626 sechs Millionen für die geplante Beteiligung an dem militärischen Abenteuer im Libanon aus - zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik. Dieser Titel wurde inzwischen vom Haushaltsausschuß aufgrund der Entwicklung "qualifiziert gesperrt".

Ganz anders jedoch klangen die Worte Möllemanns, als sich Anfang Dezember 1983 die Lage im Libanon immer weiter zuspitzte, und als die USA nach dem Abschluß von zwei ihrer angreifenden Maschinen mit den großen Schlag grohten. Am 5.12.83 sprach Staatsminister Möllemann von einem "flamenden Signal", zu Verhandlungen über eine umfassende nahöstliche Friedensregelung zurückzukehren, und fügte hinzu: "Es gibt innerhalb der EG ... keine Bereitschaft einer weiteren Eskalation der Entwicklung in dieser Region"

stillschweigend zuzusehen. Es geht dabei nicht nur um die Sicherheits- und Friedensinteressen der unmittelbar Beteiligten, denn Europa kann blitzschnell in eine Eskalation einbezogen sein."

Staatsminister Mollenhagen wußte, wovon er sprach; am 8.2.84 berichtete der angesehene Kolumnist Michael Getler in der International Herald Tribune (Washington Post Service) etwas, was wohl in keiner deutschen Zeitung veröffentlicht wurde: nämlich die Angriffsziele der US-amerikanischen Kriegsflugzeuge im Libanon sowie die Zeit ihrer Einsätze "Tausende von Meilen entfernt ausgewählt worden seien, von Staboffizieren in der europäischen Kommandozentrale der USA in Stuttgart"...

Noch eines: die neu in Westeuropa stationierten atomaren Mittelstreckenraketen der USA sind teilweise auch für den direkten Einsatz im Gebiet des Nahen Ostens geeignet. Zum anderen gehören sie zur strategischen Planung für den Fall eines Zusammenstoßes der USA und der Sowjetunion, vom Nahen Osten ausgehend. Von daher liegt es in unserem ureigensten Interesse, daß wir uns aktiver als bisher um einen echten Frieden im Libanon und in der gesamten Region bemühen und uns gegen jede Form von militärischen Abenteuern stellen, die heute sehr schnell nicht nur die Völker "da unten" ins Verderben reißen können.

(Dieser Beitrag ist einem ausführlichen Referat über den Konflikt im Libanon entnommen, das Jörg Lang, Rechtsreferent beim Diak.Werk Stuttgart vor einiger Zeit in der Ev. Akademie BaD Boll hielt)

Bücherecke

zum ausleihen.....

Annemarie Liebig, der gute Geist unserer Handbücherei, macht auf die folgenden Bücher aufmerksam:

Johan Galtung

Es gibt Alternativen!

Vier Wege zu Frieden und Sicherheit
Vorwort Robert Jungk Westdt. Verlag
1984

"....Galtung ist im Friedenszentrum kein Unbekannter. Seine Vorschläge sind nachdenkenswert, ja faszinierend. Denken Sie mit ihm nach, beziehen Sie sein Buch in Ihre Gruppengespräche ein! Es stehen meh. rere Exemplare zur Ausleihe zur Verfügung!....."

Begegnungen mit Helmut Gollwitzer

Hrsg v. Ulrich Kabitz und Friedrich-Wilhelm Marquardt, Chr. Kaiser 1984

".....Gollwitzer muß natürlich in so einem erinnerungsträchtigen Haus in Dahlem "im Regal stehen"! Ich freue mich, daß der Verlag auf die Bitte um

Gustav Heinemann unerwünscht?

Verwundert lese ich im letzten Info den Artikel "Gustav Heinemann unerwünscht".

Der Schulleiter der Gustav Heinemann-Schule, Petzlihn, ein ängstlicher Bürokrat, der Mitgliedern der Gruppe Widerstand 84 verbietet, Gedanken des ehemaligen Bundespräsidenten Heinemann-Initiative sind, wie viele andere, die dies lesen, empört.

Dennoch kommen mir Zweifel. Petzlihn (?), den kennst du doch als engagierten Schulreformer. Auf einer Diskussionsveranstaltung hast du ihn doch offen und kritisch erlebt. Ich höre mich um. "Ja, der Heinemann wird an unserer Schule auch vom Schulleiter hochgehoben."

Eigenartig dieser Widerspruch. Ich rufe Herrn Petzlihn an. Den Text mit der Aufforderung, sich mit Heinemann auseinanderzusetzen oder sich versetzen zu lassen, kennt er noch nicht. Nein, mit dem Vorgang hat er nichts zu tun gehabt. Er hat an dem fraglichen Tag niemandem verboten, ein Flugblatt auf dem Schulhof zu verteilen. Er verbindet mich aber mit einem anderen Mitglied der Schulleitung. Der Kollege ist sehr verärgert. Ja, er habe die Flugblattverteiler aufgefordert, die Flugblätter außerhalb des Schulgeländes und nicht auf dem Schulhof zu verteilen. Schärfer sei er erst geworden, als Minuten später weitere Flugblätter nun sogar innerhalb der Schule verteilt wurden.

Ich rufe später Jutta Hilgendorf an. Die Information, daß sie den Schulleiter zu Unrecht angegriffen hat, ist ihr unangenehm. Sie will dem Schulleiter einen klärenden (und entschuldigenden) Brief schreiben.

Manfred Krämer



Spende positiv reagiert hat. Irgendein Beitrag in diesem Buch wird sicher irgendeinen interessieren. Seht's Euch an, blättert drin....."

Kurz und Fristlos

Weitere Termine:

5. Febr. 19.30
Plenum Frauen für den Frieden
Vorbereitung für den 8. März

Donnerstag 7.2.85 19.30 Uhr
Informationsabend von amnesty international:
Rüstungsexporte pro und contra

Videoaufzeichnung einer Podiumsdiskussion mit Manfred Schreiber (CDU); Carsten Voigt (SPD); Walter Schwenninger (Die Grünen)

Dienstag 12.2.85 19.00 Uhr
Soziale Verteidigung - unter besonderer Berücksichtigung historischer und theoretischer Gesichtspunkte
Veranstalter: IdK, Libertäres Forum, Graswurzelgruppe Berlin

22.-24.2.85 Wochenende
Sokratisches Gespräch
Thema: Worin besteht der Unterschied von Macht und Ohnmacht?
.....Aufeinander hören, klären und gemeinsames Weiterkommen im Gespräch.
Uhrzeit: Freitag 18.00 bis Sonntag 14.00 Uhr.

Informationsmaterial über die Methode "Sokratisches Gespräch" kann angefordert werden.
Anmeldung erforderlich unter der Telefonnummer: 8618181 (Gisela Raupach-Strey)
Veranstaltungsort richtet sich nach der Zahl der Teilnehmer



Wildgänse rauschen



Und noch ein Veranstaltungshinweis:
Die ESG in der Gelfertstr. 45 1/33 lädt ein:

Freitag 25.2.85 19.00 Uhr
Weltraumrüstung
Informationsveranstaltung mit Dipl.-Physiker Rainer Rudert (Forum Naturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung)---ab 18.00 Uhr gibt's was zu essen.

Für die Nachwelt!!

Der Wortlaut des Koordinationsausschuß-Beschlusses vom 14.12.84
"Der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung tritt 1985 in eine Beratungsphase ein.

Während dieser Beratungsphase beschließt der KA keine Aktionen und Aktionskonferenzen, es sei denn, auf Grund der Ergebnisse der inhaltlichen Beratungen ergibt sich die Notwendigkeit und Möglichkeit für gemeinsame erfolgreiche Aktionen.

Für 1985 und die Zeit danach entscheidet der KA über Aktionen, Aktionskonferenzen und politische Stellungnahmen grundsätzlich nach dem Konsensprinzip.

Ist ein Konsens nicht zu erzielen, entscheidet der KA nach folgendem Quorum: Ein Antrag ist angenommen, wenn er die Mehrheit (heute 16) der Mitglieder des KA hat und gleichzeitig nicht mehr als 15 % (heute 4,5 d.h. d.h. Veto bei 5) der KA-Mitglieder dagegen sind.

Dieses Quorum gilt für die Beratungsphase im Jahre 1985 auch für alle Beschlüsse, die zu Beratungen über Aktionen führen."



Klitzekleinanzeige: Studentin sucht (alten)Sessel zum drin oder kleines Sofa zum draufsitzen.

Hanna, Tel 813 55 02 (abends)

IN GATOW WIRD GESCHOSSEN

6.2.19.30 Informations- und Protestveranstaltung zur Auseinandersetzung um den Schießplatz (am 12.2. ist in London vor dem High Court ein weiterer Prozeß)

Ort: Haus der Kirche, Goethestr. 27-30
1-B-12

Martin Niemöller Haus

T E R M I N E :

Beratung für Kriegsdienstverweigerer
jeden Montag ab 19.30 Uhr

Beratung für politische Flüchtlinge
Montag und Donnerstag von 18-20 Uhr

Montag 4.2.85 20 Uhr
"Spirituelle Politik-Friedenswanderung quer durch die USA im Sommer 84"

Stephan Marks, ein Teilnehmer der 'Peace Pilgrimage of Europeans' berichtet von seinen Erfahrungen. Friedensarbeit ist mehr als 'Informationen geben', es ist 'das Weiterreichen des Sonnenstrahls von Hand zu Hand'.
.....Stationen des Friedensmarsches...
...Pow Wow bei den Cheyenne und männliche Energie....Sonnentanz bei den Lakota-Indianern.....

Dienstag 5.2.85 19.30 Uhr
Plenum der Frauen für den Frieden

Mittwoch 6.2.85 19.30 Uhr
"CNT, Spanien 1936 - Der kurze Sommer der Anarchie" Referent David Breker
Veranstaltung von der Graswurzelgruppe Berlin

Donnerstag 7.2.85 19.30 Uhr
Treffen der Friedensgruppe "Ohne Rüstung leben"

Donnerstag 7.2.85 19 Uhr
"Nachdenkliches heute, in Erinnerung an Gestern"
ein Abend mit Musik und Texten. Eine Veranstaltung im Rahmen der Ausstellung "Die Investition ins Unheil" die noch bis 9.2.85 bei uns zu sehen ist.

Donnerstag 14.2.85 19 Uhr
Berliner Forum - Gruppenabend

Dienstag 19.2.85 20 Uhr
Plenum der Frauen für den Frieden

B Ü C H E R

zu kaufen.....

"Martin Niemöller- Wer er war-wer er ist" Hrsg: Martin Niemöller Stiftung
Beiträge von K.Scharf, P. Potter, M. Buschmann, H. Albertz, E. Kogon u. a. Preis: 13.-DM

Bundesrepublik und NATO im Spannungsfeld

Die Kritik an den Militärblöcken in Ost und West ist zentrales Thema der Friedensbewegung. Einwände gegen den Warschauer Pakt fallen nicht schwer und werden in der öffentlichen Diskussion angenommen. Schwieriger ist es, Mängel an der NATO aufzuzeigen, die von jedermann verstanden werden und die auch NATO-Befürworter letztlich nur bestätigen können. Die Broschüre "Bundesrepublik und NATO im Spannungsfeld", herausgegeben von der gleichnamigen Studiengruppe, bietet eine konzentrierte Zusammenstellung

unbestreitbarer Probleme der NATO-Einbindung der Bundesrepublik. Als Quellen dienen fast ausschließlich amtliche Dokumente, die nicht nur zitiert, sondern als Faksimile abgebildet und - soweit im Originaltext englisch - übersetzt sind. Eine unentbehrliche Hilfe für jeden, der sich mit Normalbürgern außerhalb der Friedensbewegung erfolgreich über unsere Militärpolitik auseinandersetzen will.
Preis: 5.-DM + Porto/Stück
10 Stück 4.50 DM/Stück, 25 Stück 4.-DM/Stück jeweils + Porto.

Soziale Verteidigung- Der gewaltfreie Weg Hrsg. Internationaler Versöhnungsbund Gruppe Münster
Preis: 5.-DM

graswurzel revolution-Sonderheft Alternative Ökonomie
zum Thema: Anders arbeiten - Selbstverwaltung und Sozialismus
Preis 6.-DM

Wissenschaftler an West-Berliner Hochschulen und Instituten appellieren an ihre Mitbürger:

WÄHLEN SIE

KEINE PARTEIEN,

DIE DAS

WETTRÜSTEN

UNTERSTÜTZEN!

*Was hat denn das
mit Berlin zu tun?*

Die Rüstungsspirale hat sich der Menschheit wie eine Schlinge um den Hals gelegt, die sich weiter und weiter zieht.

Das darf nicht so weitergehen!

Deshalb treten wir, Wissenschaftler an Berliner Hochschulen und Instituten, mit diesem Aufruf an die Öffentlichkeit, um mit allem Ernst und aller Entschiedenheit gegen diese bedrohliche Entwicklung Stellung zu beziehen.

Auch die Wahlen in Berlin sind eine Abstimmung für oder gegen die gegenwärtige Rüstungspolitik.

Am 10. März wird in Berlin gewählt. Wahlen sind im demokratischen Staat eine Möglichkeit für den Bürger, in den Lauf der Dinge einzugreifen. Eine Chance, dem globalen Selbstmordprogramm Einhalt zu gebieten, läge darin, daß immer mehr Bürgerinnen und Bürger ihre Wahlstimme denjenigen Parteien verweigern, die der gefährlichen Entwicklung weiterhin tatenlos zusehen oder sie sogar vorantreiben und durchsetzen. Am Verhalten der Parteien zum Hauptproblem unserer Zeit, zu Rüstung und Frieden, erweist sich, wie es mit der Vernünftigkeit ihrer Politik überhaupt steht.

Man kann einwenden: 'Was haben die Wahlen in Berlin mit dem Rüstungsproblem zu tun? Hier geht es um hautnahe Probleme — um Fragen wie Arbeitslosigkeit, Wirtschaftswachstum, soziale Fragen, Verkehrs- und Umweltprobleme usw.' Sicher geht es um diese Probleme.

Je mehr Atomwaffen angehäuft werden, desto größer wird die Gefahr, daß es zu einer Katastrophe kommt.

Viele glauben, daß wir in einer von Waffen starrenden Welt uns nur dann sicher fühlen können, wenn auch wir möglichst viele Waffen haben, ja uns eindeutig überlegen fühlen. Auf diese Gefühle kann sich in den beiden konkurrierenden Blocksystemen jede Aufrüstung stützen. Immer wieder wird auf diese Weise begründet, es müssten noch mehr Vernichtungspotentiale entwickelt werden.

Einige Zahlen zeigen, in welch gigantischem Ausmaß sie inzwischen angehäuft sind.¹ Zum Beispiel gab es an Atomsprenköpfen

1952: 408 - 1 008

(USA: 400 - 1 000; UdSSR: 6; England: 2);

1982: 43 950 - 59 562

(USA: 26 000 - 30 420; UdSSR: 15 670 - 25 000).

Hinter diesen Zahlen stehen ungeheuerliche Zerstörungskräfte.

Allein schon die USA haben von 1945 bis 1982 umgerechnet alle 30 Minuten die Sprengkraft einer Hiroshima-Bombe produziert — man muß sich das einmal vorstellen: 38 Jahre lang, Tag und Nacht, jede halbe Stunde, kam immer wieder die Vernichtungskraft der Bombe dazu, die in Minutenschnelle 70 000 Menschen tötete — und noch heute, 39 Jahre seitdem, siechen und sterben

me. Aber sie sind von der Rüstungsproblematik nicht zu trennen. Sie verlieren jede Bedeutung, wenn uns der jetzige Rüstungswettlauf in die Katastrophe führt. Tausende von Wissenschaftlern warnen vor dieser Gefahr. Doch auch wenn sich der Atomkrieg derzeit noch verhindern läßt: das Wettrüsten selbst ist eine schleichende Katastrophe und schafft uns gerade viele dieser Probleme, verschärft sie oder verhindert ihre Lösung.

Politiker und Parteien, die diesen Zusammenhang nicht sehen, ihn nicht öffentlich diskutieren und sich nicht um einen Ausweg aus der Sackgasse des Wettrüstens bemühen, handeln gegenüber uns und den nachfolgenden Generationen verantwortungslos. Sie mögen sich noch so werbewirksam darstellen — sie vertreten nicht unsere vitalen Interessen. Sie sind für uns nicht wählbar.

qualvoll die Überlebenden und Nachkommen von damals Geschädigten. Doch das ist noch nicht einmal die Hälfte der Gesamtmenge an atomarer Vernichtungskapazität, die seitdem produziert wurde!

Die beiden Führungsmächte haben davon jedenfalls mehr, als sie zur Zerstörung der ganzen Erde jemals einsetzen können. Es wird geschätzt, daß auf jeden Bewohner des Ost- und Westblocks 60 Tonnen Sprengstoff kommen, zwischen 60 und 240 Zentner auf jeden Erdbewohner. Für jeden Menschen wird weit mehr Energie dafür aufgewendet, daß man ihn umbringen kann, als daß er ernährt und gegen Krankheiten am Leben erhalten wird. Dennoch steigt die Produktion von Atomwaffen weiter.

Die Bundesrepublik ist das Land mit der größten Atomwaffen-Dichte in der ganzen Welt. Ungefähr 5 000 dieser Massenvernichtungsmittel sind hier stationiert.² Einige tausend von ihnen haben Reichweiten von weniger als 15 km, so daß sie "nahezu ausschließlich das eigene Territorium mit Zerstörung bedrohen"³. (Man muß sich klarmachen, daß es für die bundesdeutsche Regierung keine Möglichkeit gibt, im Kriegsfall den Einsatz von Atomwaffen gegen Ziele auf unserem Territorium zu verhindern, wenn ein atomwaffenbesitzendes NATO-

Mitglied — z.B. die USA — dies in ihrem nationalen Interesse für nötig hält; im Gegensatz zu den Engländern⁴ und Italienern⁵ haben wir kein Veto-Recht⁶).

Wissenschaftler aus verschiedenen Ländern sind unabhängig voneinander zu dem Ergebnis gekommen, daß noch weit schlimmere Auswirkungen von Atomkatastrophen zu erwarten sind als bisher angenommen wurde.⁷ Wenn willentlich oder aus Versehen nur geringe Anteile der vorhandenen atomaren Sprengkraft irgendwo in der nördlichen Erdhälfte explodieren, gleichgültig wo, ziehen nicht nur tödliche Strahlungswolken über die ganze Erde, sondern es wird vermutlich auch eine Klimakatastrophe, der 'Nukleare Winter', ausbrechen; riesige Feuerstürme schleudern dichte Rußwolken in die Atmosphäre; das Sonnenlicht dringt nicht mehr auf die Erde; die Temperaturverhältnisse kippen um: über den Rußwolken erhitzt sich die Atmosphäre, so daß die Gletscher der Hochgebirge, z.B. der Alpen und des Himalaya, plötzlich abschmelzen und riesige Flutwellen alles unter sich begraben. Am Erdboden sinkt die Temperatur bis Minus 40 Grad. Alle Süßwasserquellen frieren ein. Die Temperaturunterschiede zwischen Land und Meer verursachen verheerende Hurrikane. In der ständigen Dunkelheit sterben Pflanzen und Algen ab und damit auch die Tiere. Auch die tropischen Urwälder, Hauptquelle des Sauerstoffs, gehen zugrunde. Das Leben überhaupt auf dem Land und in den Ozeanen ist von Vernichtung droht.

Macht man sich die Folgen atomarer Katastrophen klar, wird man verstehen, warum tausende von Ärzten sich gegen Zivilschutzdienste wenden und Architekten gegen Atomschutzbauten: sie wehren sich gegen die Verschleierung der tatsächlichen Gefahren durch die Illusion, es sei in der atomaren Katastrophe Hilfe möglich.

Die Rüstungsausgaben steigen ins Unermeßliche — gleichzeitig hungern Menschen millionenfach.

Mitte der siebziger Jahre lagen die Welt-Rüstungsausgaben bei 214 Milliarden Dollar. 1982 betragen sie bereits über 600 Mrd. Dollar. 1983 waren es, auf unsere Währung umgerechnet, 2 Billionen DM (zweimal tausend Milliarden).¹¹ Jeden Tag wurde ein Stapel von 1 000-DM-Scheinen in der Höhe des Eiffelturms für Rüstung ausgegeben! In jeder Minute waren es 3,3 Millionen DM.

Man kann sich diese gigantischen Summen kaum vorstellen. So soll z.B. der US-Militärhaushalt für 1984-88 1,8 Billionen Dollar betragen.¹² Wenn seit Beginn unserer Zeitrechnung, seit dem Jahr Null, Tag für Tag eine Million Dollar ausgegeben worden wären, er-

Viele wollen die Gefahren, die mit dieser Anhäufung von Vernichtungspotentialen verbunden sind, verdrängen. Sie sagen: 'alle diese Waffen sind gerade dazu da, um zu verhindern, daß sie eingesetzt werden'. Es ist aber unsinnig, zu meinen, die Abschreckungswirkung werde sicherer, wenn die atomaren Großmächte sich öfters als einmal gegenseitig vernichten können (was ja längst der Fall ist).

Vor allem aber: Zu glauben, daß das Abschreckungssystem nicht versagen kann, ist unrealistisches Wunsdenken. Kein Mensch — kein Politiker und kein Militär — kann uns garantieren, daß die angehäuften Vernichtungspotentiale nicht entfesselt werden.

Je mehr es von diesen Massenvernichtungsmitteln gibt, desto größer ist das Risiko, daß aus Versehen oder willentlich Explosionen ausgelöst werden. Fachleute weisen darauf hin, daß technische Systeme grundsätzlich nicht fehlerfrei funktionieren können. Die Giftgaskatastrophen in Seveso und Bhopal sind schreckliche Beweise dafür, aber auch die zahlreichen Atomunfälle und die bekannt gewordenen vielen Fehlalarme der militärischen Computer-Warnsysteme.

In einem Zeitraum von zwanzig Monaten haben die US-Computer 147 mal irrtümlich einen Sowjetangriff angezeigt⁸. Beispielsweise führte am 9. November 1979 ein Programmierfehler zu der Meldung, die Sowjets griffen mit ihren auf U-Booten stationierten Raketen an. Aus dem Pentagon verlautete, daß man sechs Minuten brauchte, um den Fehler zu finden⁹. Innerhalb dieser Zeit hätten die modernen Mittelstreckenraketen bereits ihr Flugziel erreicht gehabt.

US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger äußerte über Atomwaffen: "Insbesondere müssen wir uns immer der Gefahr von Unfällen und unerwarteten Fehlern, sowohl menschlicher als auch technischer, bewußt bleiben."¹⁰

gäbe das bis heute noch nicht einmal die Hälfte dieser Summe!

Gleichzeitig hungern derzeit 600 Millionen Menschen.¹¹ Tag für Tag sterben 40 000 Kinder an Unterernährung und Krankheit — 32 in jeder Minute. Das heißt: Rüstung tötet auch ohne Krieg. Vor 5 Jahren waren noch die Ausgaben für Rüstung 'nur' 20 mal höher als für Entwicklungshilfe; inzwischen sind sie 40 mal höher.

Vor diesem Bankrott von Menschlichkeit werden künftige Generationen einmal so fassungslos stehen wie wir heute vor den Bildern von Auschwitz und Bergen-Belsen.

Die Stationierung von Pershing II-Raketen verbessert nicht unsere Sicherheit, sondern gefährdet sie.

Viele meinen: es sei natürlich nicht gut, daß die Rüstungsausgaben und das Risiko der Menschheitsvernichtung ständig wachsen, aber wir müßten das alles in Kauf nehmen, um unsere Freiheit zu schützen. Die Sowjetunion habe in der Entspannungsphase eine starke Rüstung besonders mit SS 20-Raketen vorgenommen. Damit sei es ihr gelungen, das Gleichgewicht der Abschreckung zu ihren Gunsten zu verändern. Es sei daher notwendig, für die Aufrechterhaltung der Abschreckungsfähigkeit das Gleichgewicht durch die Stationierung gleichartiger landgestützter Mittelstreckenraketen wiederherzustellen.

Diese Überlegung beruht auf Fehlschlüssen. Europa war schon seit über 15 Jahren von russischen Atomrake-

ten bedroht — mit oder ohne SS 20. Eine einzige Interkontinentalrakete konnte immer schon die ganze Bundesrepublik vernichten. Die Abschreckung gegen einen Angriff war jedoch durch die amerikanischen Interkontinental-Raketen und durch die den SS 20 entsprechenden see- und luftgestützten atomaren Mittelstreckenraketen der Amerikaner gesichert. (Schon ein einziges Poseidon-U-Boot kann mit seinen 140 Atomsprengköpfen den größten Teil der Sowjetunion verwüsten). Die Stationierung landgestützter amerikanischer Mittelstreckenraketen erhöht demgegenüber die Gefahr eines sowjetischen Präventivschlages. Durch die "Nachrüstung" ist also die Gefahr des Ausbruchs eines atomaren Krieges nicht vermindert, sondern erhöht worden.

Das neue militärstrategische Konzept der USA droht Europa zum Schlachtfeld eines begrenzten Atomkriegs zu machen.

Der "Nachrüstung" mit Pershing II und Cruise Missiles ist die "Nach-Nachrüstung" des Warschauer Paktes durch Verlegung von Atomraketen in die DDR und CSSR gefolgt, die mit einer Flugzeit von 4 Minuten auf die Raketenabschußrampen in unserem Land zielen und in Krisensituationen dem Abschluß der amerikanischen Raketen zuvorzukommen versuchen könnten.

Hinter dieser Entwicklung steht eine eiskalte Logik, die sich gegen unsere Lebensinteressen richtet. Die neuen treffgenauen Atomraketen erlauben es den beiden Führungsmächten, das Risiko eines militärischen Konfliktes von ihren eigenen Territorien weg auf Mitteleuropa zu verlagern.

Die großen Interkontinental-Raketen sind nicht zu begrenzter Kriegführung geeignet. Mit ihnen kann dem Gegner nur ein vernichtender Vergeltungsschlag angedroht werden, falls er militärisch angreifen sollte. Die Abschreckungswirkung dieser Waffen besteht in ihrer Vernichtungsdrohung. Da beide Führungsmächte über diese Fähigkeit verfügen, mußte sich jede Seite selbst bremsen, um nicht durch eine zu aggressive Politik gegenüber dem Rivalen die Selbstvernichtung auszulösen: 'Wer zuerst schießt, stirbt als zweiter' war die Regel.

Das änderte sich mit der neuen Waffengeneration. Die zielgenauen Raketen sind mit kleinen atomaren Sprengköpfen ausgerüstet; ihre Schäden sind zwar verheerend — aber räumlich begrenzt. Sie können so do-

siert werden, daß der Gegner nicht gezwungen ist, mit dem ganz großen Schlag zu antworten — was nach wie vor seine Selbstvernichtung bedeuten würde.

Die USA haben dabei einen geographischen Vorteil gegenüber der Sowjetunion: sie können mit den neuen Atomraketen, den Pershing II und Cruise Missiles, von ihren vorgeschobenen Abschußrampen in Westdeutschland gezielte atomare Schläge gegen das russische Territorium führen, ohne daß ihr eigenes Land von den entsprechenden Waffen der Sowjetunion erreicht wird.

So haben die USA das Risiko der Selbstvernichtung nach Europa exportiert. Aus der Sicht der amerikanischen Regierung ist dieser Risiko-Export verständlich. Schließlich hat der amerikanische Präsident geschworen, Schaden vom eigenen Land fernzuhalten. Aber für uns ist dieser Risiko-Export eine Lebensbedrohung. Ob die neuen Waffen von unserem Territorium abgeschossen werden oder nicht — darauf haben wir keinen Einfluß. Darüber verfügt allein der amerikanische Präsident. Aber wir werden die erste Zielscheibe der zielgenauen östlichen Atomraketen sein.

Die Stationierung dient also nicht unserer Verteidigung. Unser Land wird auf jeden Fall vom Erdboden verschwunden sein, wenn es zu einem militärischen Konflikt im Ringen der Rivalen um die Vormacht in der Welt kommt — gleichgültig wer dabei gewinnt oder verliert.

Daß durch die "Nachrüstung" die Bedrohung für unser Land eindeutig gestiegen ist, gilt erst recht, wenn

man sie im Zusammenhang der offensiveren, risikobereiteren Politik der Stärke von Präsident Reagan sieht. Wir sind es, die in erster Linie die Risiken tragen müssen. Der konservative amerikanische Politik-Professor Paul Zinner hat kürzlich in Berlin die Absichten Präsident Reagans so charakterisiert: Reagan wolle der Präsident werden, der die Sowjetunion vom Rang einer Weltmacht zurückgedrängt und den Vereinigten Staaten endgültig die überlegene Vormacht gesichert habe. Wir Europäer sollten uns keine Illusionen machen: Reagan werde dabei notfalls über unsere Interessen unbeirrt hinweggehen.¹³

Es hat nichts mit 'Anti-Amerikanismus' zu tun und ist nicht 'Anzeichen kommunistischer Unterwanderung', wenn wir uns realistisch den unbestreitbaren Interessengegensatz zwischen der gegenwärtigen US-amerikanischen Militärpolitik und den europäischen, insbeson-

dere unseren deutschen Lebensinteressen bewußt machen.

Der ehemalige US-Chefunterhändler für die amerikanisch-russischen Abrüstungsverhandlungen SALT II, Paul Warncke, erklärte 1981 zur Raketenstationierung: "Als Amerikaner stehe ich fest zu diesem Beschluß und halte ihn für sinnvoll und vernünftig. Wenn ich allerdings Europäer wäre und Sie mich dasselbe fragten, so kann ich Ihnen nur sagen: Gegen diesen Beschluß würde ich kämpfen!"¹⁴

Entsprechend erklärte der ehemalige Verteidigungsminister Präsident Kennedys, McNamara: "Worüber sich die Westdeutschen klar werden müssen, das ist, daß ihr Kulturkreis völlig verwüstet werden wird, wenn sie sich weiterhin an die NATO-Strategie halten."¹⁵

Eine neue Aufrüstungswelle wird derzeit in Gang gesetzt. Im Rahmen der veränderten NATO-Strategie wird die Entwicklung einer "dritten Waffengeneration" vorangetrieben.

Zur Zeit wird ein mächtiger Rüstungsschub in der NATO mit neuen, vor allem konventionellen Waffen getrieben. Die CDU/CSU- und FDP-Regierungs-Koalition hat bereits die Weichen für die neue Aufrüstungswelle gestellt.

Die Bundesregierung hat inzwischen ohne Bedenken den Rogers-Plan akzeptiert, der eine neue konventionelle Aufrüstung vorsieht. Sie hat außerdem den "Bundeswehrplan '85" vorgelegt, der bis 1997 circa 240 Milliarden vor allem für die Entwicklung der sogenannten "dritten Waffengeneration" vorsieht.¹⁶ Diese neue Waffengeneration stellt die Systeme bereit, die zur Verwirklichung der veränderten NATO-Doktrin der "Follow-on-Forces-Attack" (FOFA) erforderlich sind: Waffen für den Angriff in die Tiefe des gegnerischen Hinterlandes. Entsprechend sieht der gerade verabschiedete Haushalt für das Jahr 1985 2,5 Milliarden DM für Wehrforschung vor (zum Vergleich: für Umweltforschung nur 129,5 Millionen DM, für Friedensforschung 2,8 Millionen — gegenüber 2500 Millionen für Wehrforschung!).¹⁷

In einer Stellungnahme mehrerer Wissenschaftler-Gruppen zum Rüstungshaushalt 1985 heißt es: "Die ruckartige Ausweitung der Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung um 29,2% im kommenden Jahr wird von der Bundesregierung mit der Notwendigkeit begründet, jetzt die Entwicklung der Waffensysteme der "dritten Generation" zügig voranzutreiben, mit denen die Bundeswehr in den 90er Jahren ausgerüstet

werden soll ... Die jetzt vorgesehenen Entwicklungsausgaben haben den Charakter einer Einstiegsdroge, von der es später — wie auch die Erfahrungen der letzten 25 Jahre zeigen — kaum noch ein Zurück gibt."¹⁸

Statt sogleich die Entwicklung der neuen Waffen für die veränderte NATO-Strategie (FOFA) voranzutreiben, wäre zuerst einmal ernsthaft zu prüfen, wie weit durch die neue Technik mit weit weniger Aufwand rein defensive Waffen entwickelt werden können, die unsere Sicherheit gewährleisten, ohne daß sie von unseren Nachbarn als Bedrohung empfunden werden können.

Die CDU/CSU und FDP behaupten, die riesigen Rüstungskosten von 240 Milliarden DM seien zu unserer Sicherheit notwendig: denn wenn immer weitere Kreise der Bevölkerung die Verteidigung unseres Landes mit Atomwaffen ablehnten, dann müsse stattdessen die nichtatomare Rüstung verstärkt werden. So könne man die Atomschwelle anheben, das heißt: den Einsatz von Atomwaffen immer länger zurückhalten.

Diese Behauptung ist falsch. Denn erstens wird nicht etwa die Stationierung der neuen für uns so gefährlichen Atomraketen zurückgenommen — sie wird sogar beschleunigt vorangetrieben. Der konventionelle Rüstungsschub erfolgt also nicht **anstelle** des atomaren Rüstungsschubs, sondern **zusätzlich** zu ihm. Zweitens aber ist das äußerst Gefährliche an dem neuen amerika-

nischen Kriegsführungskonzept, daß in ihm ausdrücklich der gleichrangige frühzeitige Einsatz von konventionellen, nuklearen und chemischen Waffen vorgesehen ist und geübt wird. Atomwaffen sind nicht mehr vor allem politische Waffen, die nur zur Drohung da sind und nie eingesetzt werden sollen — sondern es wird riskiert, daß sie als militärische Kriegsführungswaffen für das 'Schlachtfeld Europa' zur Verfügung stehen. Durch den konventionellen Rüstungsschub sollen wir von der konventionellen Seite her die Verwirklichung dieses riskanten militärischen Kriegsführungskonzeptes abstützen.

Immer wieder wird behauptet: 'Alle die Waffen dienen nur zur Sicherung des Friedens. Sie dienen dazu, den Gegner davon abzuschrecken, einen Krieg zu beginnen. Diese Abschreckung ist dann besonders wirksam, wenn der Gegner bei einem Angriff sogleich schon in seinem eigenen Territorium bekämpft wird. Das ermöglichen gerade die neuen zielgenauen intelligenten Waffen.'

Sicherheit wird dabei weiterhin auf dem Weg gesucht, daß der Gegner noch wirksamer bedroht wird. Diese Be-

Die weiteren Rüstungsanstrengungen verlangen von uns immer mehr finanzielle Opfer, die durch Kürzungen im Sozialbereich aufgebracht werden. Sie nützen auch nicht unsere Wirtschaft, sondern sie verursachen schwere soziale und wirtschaftliche Schäden.

Jedem einzelnen von uns werden immer mehr Opfer und Verzichtleistungen zur Finanzierung des Wettrennens abverlangt. Und zwar

Erstens indirekt:

Das Geld, das für das gigantische amerikanische Rüstungsprogramm erforderlich ist, wird nur zu einem Teil in den USA selbst aufgebracht (dort vor allem durch scharfe Kürzungen von Sozialausgaben: 35 Millionen Amerikaner leben wieder in Armut). Das Kapital wird vor allem durch politisch hochgehaltene Zinsen wie mit einem Staubsauger aus der übrigen westlichen Welt (und der Dritten Welt) angesaugt. Für das bundesdeutsche Kapital ergab die Bilanz von Abfluß und Zufluß für 1981 einen Überschuß von 9,2 Milliarden; 1982 ein Minus von 4,4 Milliarden, 1983 ein Minus von 16,2 Milliarden.¹⁸ Das abgezogene Geld fehlt bei uns für sinnvolle Investitionen, mit denen z.B. unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt verbessert und Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Zweitens direkt:

Unsere Steuergelder werden mehr und mehr in die Rüstung gelenkt, statt daß sie zur Lösung unserer haut-

drohung muß bei ihm den entsprechenden Versuch auslösen, wiederum uns noch stärker zu bedrohen. Eingebunden in die veränderte NATO-Strategie leitet die neue Waffengeneration eine neue Welle des Mißtrauens und der Konfrontation zwischen den Blöcken ein. Sie widerspricht zudem der Aufgabe jeder Sicherheitspolitik: zu verhindern, daß eine Krise sich in einen Krieg ausweitet; denn sie fordert in einer zugespitzten Krise die eine oder die andere Seite geradezu zu einem Präventivschlag heraus.

Durch die neue NATO-Strategie und die entsprechenden Waffen sollen strategisch wichtige Orte im "gegnerischen Hinterland" im Kriegsfall möglichst umgehend ausgeschaltet werden. West-Berlin ist umgeben von einer Vielzahl solcher strategisch wichtiger Orte, die damit zu Zielen der NATO würden. Berlin wäre somit in jedem Fall mitten im Strudel — denn aus der Sicht der NATO liegt Berlin im "gegnerischen Hinterland". Es ist daher ein vitales Lebensinteresse der Berliner Bevölkerung, diese Planungen zu kennen, zu kritisieren und zu verhindern.

nahen Alltagsprobleme und zur Hebung unserer Lebensqualität verwendet werden.

Der "Finanzplan 1983-87" der CDU/CSU- und FDP-Regierung zeigt sehr deutlich, daß eine Umverteilung unserer Steuergelder geplant ist — weg von Sozialleistungen, hin zur Rüstung.

Die Staatsausgaben sollen bis 1987 um 27,8 Milliarden steigen. 22,4 Mrd. müssen für die "allgemeine Finanzwirtschaft" verwendet werden — für Zinsen, Subventionen, Versorgungsbezüge und Einkommenserhöhungen für Bundesbedienstete (das sind zu vier Fünftel Soldaten und Zivilbedienstete des Verteidigungsministeriums). Es stehen also noch 5,4 Milliarden für eine Steigerung der Ausgaben in den Hauptaufgabenbereichen des Staates zur Verfügung.

Demgegenüber sollen aber die Rüstungs- und Militärausgaben um 7 Mrd. wachsen. Deshalb müssen 1,6 Mrd. durch Kürzungen in den Ausgaben des Staates z.B. für Soziales, Familien, Jugend, Gesundheit, Umwelt und Forschung eingespart werden. Wenn dieser Finanzplan

der g
müs
% ge
und
und
rung
D
über
für d
zur R
müs
E
beits
täris
cher
werd
Staa
öffn
Wiss
fast
Rüst
für d
sond
rung
Un
B
sch
war
Spa
ten u
zu le
ding
ger v
sten
gen
Einr
und
Milit
mitt
Gr
ierte
A
gen.
Win
D
E
2 G
s
3 D

der gegenwärtigen Regierung verwirklicht werden soll, müssen z.B. die Ausgaben für Soziale Sicherung um 1,5 % gesenkt werden, die Ausgaben für Familien, Jugend- und Sozialhilfe um 13,5 %, die Ausgaben für Gesundheit und Sport sogar um 34,3 % — alles, damit eine Steigerung der Militärausgaben möglich wird.¹⁹

Dabei sind sie jetzt schon wahrhaftig hoch genug — über 50 Milliarden DM pro Jahr; wobei die vielen Zinsen für die Staatsschulden noch nicht mitgerechnet sind, die zur Finanzierung der Militärausgaben gemacht werden müssen.

Es wird immer wieder behauptet, Rüstung schaffe Arbeitsplätze. Das stimmt nicht. Denn Arbeitsplätze im militärischen Bereich sind teurer als in allen anderen Bereichen: und diese Kosten müssen woanders eingespart werden.²⁰

Staatsausgaben schaffen in den Bereichen Verwaltung, öffentliche Gesundheit, Landwirtschaft und Ernährung, Wissenschaft und Bildung 30-36 %, im Sozialbereich fast 50 % mehr Arbeitsplätze als eine gleiche Summe an Rüstungsausgaben.²¹ Ein großer Teil der Steuergelder für die Rüstung schafft direkt gar keine Arbeitsplätze, sondern wird von den atemberaubenden Preissteigerungen der Rüstungsunternehmen aufgeessen. Der

Tornado, der einmal mit 10 Millionen pro Stück kalkuliert war, kostet inzwischen über 100 Millionen.

Weltweit fließen seit 1945 (nach einem UNO-Bericht) 40 % aller Forschungsmittel in den militärischen Bereich. Die Rüstungsforschung selbst, so grandios sie entwickelt ist, ist jedoch unwirtschaftlich. Wissenschaftler haben errechnet, daß zur Herstellung einer militärischen Produkteinheit 20 mal mehr Forschungsmittel gebraucht werden, als für eine zivile Produkteinheit.²² So bremst Rüstungsforschung sinnvollen technischen Fortschritt. Sie drängt ihn in eine falsche, nutzlose Richtung. Japan, das sich nur ein Minimum militärischer Forschung leistet, hat die USA in der Produktivitätsentwicklung weit überrundet.

Die Sachinvestitionen des Bundes lagen 1984 um 0,3 Milliarden unter dem Niveau von 1975, die Investitionen im Militärbereich dagegen um 7,5 Mrd. darüber. Für die erforderlichen großen Programme zur Erschließung neuer Energiequellen, zur Reinigung der Luft, des Wassers, zur Beseitigung von Abfällen und Giften fehlt es an Geld und entsprechenden Arbeitskapazitäten. Die Gemeinden stehen am Rand des Bankrotts. Sie müssen Stellen und notwendige Investitionen streichen.

Unsere Stadt soll ein Ort friedenspolitischer Initiativen werden.

Berlin genießt aufgrund seiner Lage und seiner Geschichte große Aufmerksamkeit in der Welt. West-Berlin war seit 1945 immer ein empfindlicher Seismograph für Spannungen im Ost-West-Verhältnis. Seine Bürger hatten unter der Atmosphäre des Kalten Krieges besonders zu leiden. Die Entspannungspolitik hat die Lebensbedingungen für die West-Berliner Bürgerinnen und Bürger verbessert, aber die militärische Aufrüstung im Westen wie im Osten ging währenddessen weiter. Seit einigen Jahren werden auch in West-Berlin die militärischen Einrichtungen der Alliierten verstärkt ausgebaut: Radar- und Funkstationen, Munitionsdepots, Schießplätze usw. Militärische Übungen auf Trainingsplätzen, aber auch mitten in der Stadt und in den Wäldern nahmen zu. Die Grundrechte der Bürger werden nach wie vor durch alliierte Vorbehaltsrechte eingeschränkt.

Ansehen in der Weltöffentlichkeit kann Berlin erlangen, wenn die Stadt ihre besondere Lage und ihre be-

sondere Geschichte nutzt und ihre Aufgabe darin sieht, zum Abbau der Spannungen zwischen den Blöcken beizutragen. Das heißt z.B., wenn von hier eine neue Initiative zur Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa ausgeht; wenn diese Stadt zu einem Zentrum für Friedensforschung wird; wenn nationale und internationale Institutionen und Initiativen ermutigt werden, sich hier anzusiedeln, deren Ziel die Völkerversöhnung, der Abbau von Feindbildern und die wirtschaftliche, militärische und kulturelle Entspannung zwischen den Blöcken ist.

Die Sicherheit Berlins ist abhängig vom Abbau der Blockkonfrontation. Militärisch ist Berlin nicht zu verteidigen — alle wissen es, aber nur wenige sprechen es aus. Die Parteien sind daran zu messen, welche Aufgaben sie unserer Stadt für die Erhaltung des Friedens zusprechen.

Wir appellieren an Sie: Wählen Sie keine Parteien, die das Wettrüsten unterstützen!

Die folgenden Zahlen sind Berechnungen des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts SIPRI, abgedruckt in: Alfred Mechsersheimer, Zeitbombe NATO, Köln 1984, S.31

² Gunter Walpuski, Verteidigung + Entspannung = Sicherheit, Bad Godesberg 1983, S. 146 (Sonderaufgabe für die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Berlin).

³ Dr. Wörner, Bundesverteidigungsminister, in der Wörner-Würzbach-Studie, CDU/CSU-Fraktion im deutschen Bundestag, 21.5.1982

- 4 Erklärung des britischen Verteidigungsministers Michael Heseltine am 31. Okt. 1983, Europa-Archiv, Folge 4/1984, S. D 88
- 5 Bundestagsdrucksache 10/1657 vom 4. Juni 1984
- 6 Tatsachen und Dokumente, 6. Auflage, NATO-Informationsdienst, Brüssel 1982, S.170
- 7 Der Tagesspiegel vom 28.10.1983
- 8 Senator Gary Hart, Senator Barry Goldwater, Report rezent false allerte from the Nation's Missile Attack Warning Systems, Committee on armed services, U.S. Senate, Washington, 9.10.1980.
- 9 Nuklear Arms Reduction Proposals, Hearings before the Committee on Foreign Relations, U.S.Senate, Washington, 29./30.4. und 11.-13.5.1982, S. 208
- 10 U.S.Department of Defense, Annual Report to the Congress, Fiscal Year 1983, Washington 1982, S. I-19
- 11 Alfred Mechttersheimer, Zeitbombe NATO, Köln 1984, S.12
- 12 Alfred Mechttersheimer, Zeitbombe NATO, Köln 1984, S. 30
- 13 Mitgeteilt im Frühkommentar des SFB vom 7.11.1984
- 14 Auf einer Tagung von "Americans for Democratic Action" vom 26.-28.6.1981, zitiert in: Alfred Mechttersheimer (Hg.), Nachrüsten? rororo aktuell, Nr. 4940, 1981 S., 11
- 15 Frankfurter Rundschau vom 10.10.1983 über eine britische Fernsehsendung
- 16 Ausführlicher Bericht in der "Tageszeitung" vom 13.11.1984
- 17 Arbeitsgruppe alternative Wirtschaftspolitik u.a., Stellungnahme zum Rüstungshaushalt 1985, 28.11.1984, erhältlich bei: Forum Naturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung, Friedrich-Ebert-Str. 114, 44 Münster
- 17 Stellungnahme zum Rüstungshaushalt 1985 (siehe vorige Anmerkung), S. 12 und S. 14.
- 18 Frankfurter Rundschau vom 19.11.1984, S.15
- 19 Finanzbericht 1984, Bonn 1983, S.169
- 20 Ausführlich dazu: Ulrich Albrecht u.a., Rüstung gegen Arbeitslosigkeit? rororo aktuell Nr. 5122, 1982.
- 21 Jochen Schmidt, Zur Bedeutung der Staatsausgaben für die Beschäftigung. Input-Output-Studie der Beschäftigungswirkungen von Staatsausgaben. DIW-Beiträge zur Strukturforchung, Heft 46, West-Berlin 1977, S.60 ff.
- 22 Nach Angaben des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI

Bisher unterstützen folgende Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer den Aufruf:

Ulrich Albrecht, Elmar Altvater, Alex Baumgartner, Gerhard Bauer, Anke Bennholdt-Thomsen, Jarg Bergold, Ralf Bösel, Horst Birr, Gianni Boris Bradac, Margherita von Brentano, Axel Busch, Carsten Colpe, Walter Dieckmann, Wolfgang Dittmann, Hans-Peter Dreitzel, Rolf Ebbinghaus, Theodor Ebert, Hartmut Eggert, Helmut Essinger, Tilman Evers, Ossip K. Flechtheim, Thomas von Fragstein, Walter Francke, Heiner Ganßmann, Johann Gerlach, Dietrich Goldschmidt, Peter Götz, Helmut Golwitzer, O. Gottschalk, Bodo von Greiff, Peter Grottian, Wolfgang Hochheimer, Wolfgang Fritz Haug, Michael Hoenisch, Gerd Hoff, Claudio Hofmann, Christine Holzkamp, Klaus Holzkamp, Friedrich W. Hossbach, Urs Jaeggi, Ulf Kadritzke, Dieter Kartschoke, Thomas Kotschi, Ekkehart Krippendorff, Wolfgang Lefèvre, Helmut Lessing, Manfred Liebel, Ernst Randolf Lochmann, Hans-Ernst Mittig, Hansjörg Neubert, Arnhelm Neusüß, Christel Neusüß, Hans J. Nissen, Karl-Adolf Noack, Hans Notbaar, Helmut Peitsch, Hermann Pfüze, Ulf Preuss-Lausitz, Uwe Rabenhorst, Hans-Georg Rappl, Siegfried Reck, Hartmut Reeb, Irmfried Reinecke, Dieter Reinsch, Klaus Riedel, Georg Rückriem, Klaus Scherpe, Dieter Schnebel, Jutta Schöler, Bruno Schonig, Hilde Schramm, Ulf Schramm, Sebastian Schuchhardt, Lothar Schuster, Jürgen Schutte, K.D. Seemann, Bernd Senf, Manfred Soeffky, Paul Speck, Irmingard Staeuble, Enrico Straub, Peter Teigeler, Michael Theunissen, Ernst Tugendhat, Günter Warnecke, Joachim Wernicke, Frieder O. Wolf, Reinhart Wolff, Manfred Zaumseil, Jürgen Zeck, Axel Zerdick, Bodo Zeuner, Wolfgang Zytadib.